Bd. VII

Termine:

ed.

Justizprüfungsamt?
Ja — Nein
Falls ja: P — K — V — R
Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn. MiStra.
Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht~~ Berlin

Kammergericht

Strafsache

bei de – ..... Strafkammer des – ..... gericht

Verteidiger:
RA. Buchholz f. Nr. 20 Vollmacht Bl. 213

gegen 1) Streckenbach,

Bruno u.a.

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01
Nr.: 453

wegen Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.
Anklage Bl.
Eröffnungsbeschluß Bl.
Hauptverhandlung Bl.
Urteil des I. Rechtszugs Bl.
Berufung Bl.
Entscheidung über die Berufung Bl.
Revision Bl.
Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im Vollstreckungsheft – Bl.

Zählkarte Bl.
Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

1 Js 13/65 (RSHA)

Weggelegt 1977
Aufzubewahren: – bis ~~19~~
– dauernd –
Geschichtlich wertvoll? – Ja – ~~nein~~ –

AU 57
Fabrik Stolzenberg, Berlin-Reinickendorf 10000 3226 / 10. 64

+ hv an abt roem eins =

-- funkfernschreiben --

+ bymulk nr. 6788 2009 1500 =

KJ 3/1

br
pp - roem eins a - ki 3 berlin - =

betr.: ev d. gsta b.d. kg berlin- 1 js 13/65 (rsha)- gg ang. d.
ehem. rsha
bezug: fs nr. 22 v. 1.9.66 d. pp berlin - roem eins a- ki 3

wilhelm supp steht im zeitraum v. 24.10.- 4.11.66 zur verfuegung.
josef eichberger befindet sich voraussichtlich bis ende sept.66
im urlaub und konnte nicht angetroffen werden.=

blka muenchen roem drei a/sk tnr. 1139/66 gu. -
i.a. thaler +

rrr abt roem eins 20.9. nr 6788 fs 1530 seidel +
=

angenommen:	von:	an: HV
am: 1. SEP. 1966 um: 1600	am: um:	am: 1. SEP. 1966 um:
durch: Sch	durch:	durch: Sch

Spruchkopf: (verschlüsselt)

An

Kripo Augsburg

nachrichtlich:

Bayerisches Landeskriminalamt
- III a/Sk -
M ü n c h e n

Betr. : Ermittlungsverfahren des GenStA b.d. KG Berlin gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes - Az. : 1 Js 13/65(RSHA) -

Bezug : Ersuchen des GenStA KG Berlin - StA'in Bilstein -

In Weiterverfolgung des vorstehend bezeichneten Verfahrens soll

Dr. Ernst T e i c h m a n n ,
27.11.1905 Wien geb.,
Augsburg, Kilianstr. 1 wohnh.,

dort durch hiesige StA vernommen werden.
Ich bitte, den Vorgenannten zu befragen, ob er innerhalb des Zeitraums vom 24.10. -4.11. verfügbar.ist.

Rückantwort bis 20.9.erbeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

(Paul) , KK

Sb. :KM Hillert
int.: 3015

Din A 4 Bk 100
Vordruck
Nr. 1 FTA
500. 11. 64
BD

KJ 3/1

+ hv an abt roem eins=

-- funkfernschreiben --

+byaupd nr 945 1409 0815 =

br
polizeipraesidenten -roem eins a -ki 3- 523/66- berlin =

betreff: erm.-verfahren des gensta b.d. kg berlin gegen angehoerige
des ehem.reichssicherheitshauptamtes wegen mordes
az.: 1 js 13/65(rsha)
bezug: dort.fs nr.118 v.1.8.66

zeuge dr.ernst teichmann, 27.11.1905 wien, wohnhaft augsburg, kilianstrasse 1, steht zwischen 24.10-4.11.66 zu einer vernehmung zur verfuegung.=

pol.dir.augsburg - kripo -ki.roem eins/1- 84/66/ga
i.a.gez.adam +

rrr abt roem eins 14.9. nr 945 fs 0936 seidel +

m

+ hv an abt. roem eins =

-- funkfernschreiben --

+ byaupd nr 2107 3009 0845 =
br

an herrn pol.- praesident berlin
roem. eins a/ ki. 3- 523/66=

betr.: ermittlungsverfahren gegen bruno streckenbach
u.a. wg. mordes- gsta. bei dem kammergericht berlin
1 js 13/65 (rsha)

hier: vorladung des zeugen dr. ernst reichmann zur vernehmung
am 10.11.1966 um 0900 uhr.-

dr. reichmann wurde von der beabsichtigten vernehmung in kenntnis gesetzt. er glaubt, dasz die vernehmung nicht notwendig ist, weil er bruno streckenbach nicht kennt. der name liegt ihm nur im ohr und weil er ueber dessen dienstliche taetigkeit nichts aussagen kann. der zeuge reichmann stellt sich jedoch zur vernehmung am 10.11.1966 zur verfuegung, falls dies trotzdem erforderlich sein sollte.=

pol.- dir.- augsburg kripo ki roem. eins/1/ 84/66 ba/
i.a.gez. baur +

+ rrr abt roem eins 30.9. augsburg 2107 kunert +

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift | Funkspruch-Funkfernschreiben | Fernspruch

Absender: I A - KI 3	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: am: 1. SEP. 1966 um: 0835 durch: Sch	von: am: um: durch:	an: HV 1. SEP. 1966 am: um: durch: Sch

Spruchkopf: (verschlüsselt)

Bayerisches Landeskriminalamt
III a / SK
z. H. v. KAtm. Thaler - o. V. i. A. -

München

Betr. : Ermittlungsverfahren des GenStA b. d. KG. Berlin gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes - Az.: 1 Js 13/65(RSHA) -

Bezug : Ersuchen des GenStA KG Berlin - StA'in Bilstein -

In Weiterverfolgung des vorstehend bezeichneten Verfahrens sollen

1. Wilhelm S u p p,
3.7.06 Nürnberg geb.,
München 13, Schellingstr.110 wohnh. und

2. Josef E i c h b e r g e r,
21.8.1896 Endorf geb.,
München 9, Peter-Anzinger - Str. 9 wohnh.,

dort durch hiesige StA vernommen werden.Ich bitte, die Vorgenannten zu befragen, ob EM im Zeitraum vom 24.10.-4.11. dort verfügbar.

Rückantwort bis 20.9. erbeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

(Paul) ,KK

Sb. :KM Hillert
int.: 3015

Din A 4 Bk 100
Vordruck
Nr. 1 FTA
500. 11. 64
BD

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift | Funkspruch-Funkfernschreiben | Fernspruch

Absender: I A - KI 3	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: am: 1. SEP. 1966 um: 1600 durch: Sch	von: am: um: durch:	an: HV am: 1. SEP. 1966 um: durch: Sch

Spruchkopf: (verschlüsselt)

An

Kripo Nürnberg

nachrichtlich:

Bayerisches Landeskriminalamt
- III a/ Sk-
München

Betr. : Ermittlungsverfahren des GenStA KG Berlin gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes - Az. : 1 Js 13/65(RSHA) -

Bezug : Ersuchen des GenStA KG Berlin - StA'in Bilstein -

In Weiterverfolgung des vorstehend bezeichneten Verfahrens soll

Eduard J e d a m z i k,
17.6.1901 Alt- Uktar geb.,
Nürnberg, Bucherstr. 52 wohnh.,

dort durch hiesige StA vernommen werden.
Ich bitte um Befragung des Vorgenannten, ob er innerhalb des Zeitraums vom 24.10.- 4.11. verfügbar ist.

Rückantwort bis 20.9.erbeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

(Paul) , KK

Sb. :KM Hillert
int. :3015

Din A 4 Bk 100
Vordruck
Nr. 1 FTA
500. 11. 64
BD

Der Polizeipräsident in Berlin
- Abteilung I -
- 7. SEP. 1966
Anlagen:
Briefmarken: KJ 3

+ hv an abt roem eins =

-- funkfernschreiben --

+bynupp nr 665 0609 1617 =

br
1. polizeipraesidium abt roem. eins a ki 3 523/66 berlin
by
2. nachrichtl. bayerisches landeskriminalamt abt roem. drei a/sk muenchen =

betrifft: ermittlungsverfahren des gensta kg berlin gg. angehoerige des ehem. reichssicherheitshauptamtes wegen mordes
az:1 js 13/65 (rsha)

bezug: dort. fs nr 119 v. 1.9.1966

jedamzik eduard, geb. 17.6.1901, steht innerhalb des zeitraums vom 24.10. bis 4.11.1966 zur verfuegung. er bittet eine evtl. einvernahme in seiner wohnung nuernberg, bucher-strasze nr 52 vorzunehmen, weil er gehbehindert und schwer erkrankt ist.=

polizeipraesidium nuernberg kriminalpolizei insp. roem. eins
k 1 tgb. nr 10364 i. a. gez: dill+

rrr abt roem eins 6.9. nuernberg nr 665 fs 1749 scholz+

1

1 Js 13/65 (RSHA) z.Zt. Hannover, den 12. 9. 1966

Vernehmungsprotokoll

Gegenwärtig: Staatsanwältin Bilstein
Justizangestellte Flehe

Auf Vorladung erscheint im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Hannover die Rentnerin

Liesbeth R i c h t e r, geb. am 4. März 1891 in Köslin, wohnhaft in Hannover-Wülfel, Am Mittelfelde 101

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wegen Verdachts der Teilnahme am Mord an Justizgefangenen zu meiner Tätigkeit im Reichskriminalpolizeiamt (RKPA) als Zeugen schaftlich vernommen werden soll. Ich bin ferner darüber belehrt worden, daß ich auf solche Fragen, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung ich mich selbst strafrechtlicher Verfolgung aussetzen könnte, die Auskunft verweigern kann.

Ich bin mit keinem früheren Angehörigen des RSHA verwandt oder verschwägert.

Ich war seit 1927 im Polizeipräsidium in Berlin, zuletzt bis 1933 als Vorzimmerdame bei Regierungsdirektor Scholz tätig. Im Oktober 1933 wurde ich wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen, ab 1.1.1934 aber wieder eingestellt.

Als das Reichskriminalpolizeiamt gegründet wurde, kam ich vom Polizeipräsidium dort hin. ~~Ich war bei der zunächst~~
Etwa 1938/39 wurde ich Kanzleivorsteherin im RKPA. Zunächst war ich noch dem Kriminalsekretär ~~Herr~~ N e u b a u e r unterstellt, der während des Krieges verstorben ist.

2

Beim RKPAmt, das Ende September 1939 als Amt V dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) eingegliedert wurde, bestand eine Zentralkanzlei mit etwa 8 - 12 Schreibkräften, die mir unterstanden. Daneben hatten die einzelnen Gruppen eigene Schreibkräfte, mit denen ich nichts zu tun hatte. Die leitenden Beamten des RKPAmt hatten eigene Vorzimmerdamen, die auch für sie schrieben.

Im August 1943 wurde ein Teil der Kanzlei zusammen mit anderen Dienststellen nach Drögen/Mecklenburg in die Polizeischule Fürstenberg evakuiert. Auch ich ging mit nach Drögen. Das Dienstgebäude des RKPA in Berlin am Werderschen Markt war damals noch unbeschädigt. Es wurde erst nach der Evakuierung etwa im November 1943 durch Bombenangriff schwer getroffen.

Welche Dienststellen nach Drögen verlagert waren, weiß ich nicht genau. Ich erinnere mich aber, daß dort das Referat "Vorbeugung", die weibliche Kriminalpolizei und der Erkennungsdienst tätig waren.

Aus Drögen kamdie Kanzlei und das Referat "Vorbeugung" im Januar 1945 nach Berlin zurück. Der Erkennungsdienst blieb dagegen in Drögen. Im März 1945 wurden dann verschiedene Dienststellen, darunter auch das Referat "Vorbeugung" nach Moringen/Solling verlagert. Die Kanzlei kam nicht mit nach Moringen. Ich hatte inzwischen eine Beamtenkartei übernommen und kam mit dieser Kartei auch nach Moringen. Schon nach etwa 14 Tagen wurden die Beamten aus Moringen nach Berlin zurückgerufen und dort bei der Verteidigung eingesetzt. In Moringen wurde praktisch nicht mehr gearbeitet. Ungefähr am 8./9. April 1945 wurde Moringen von amerikanischen Streitkräften besetzt. Kurz vorher waren die Akten des RKPA verbrandt worden. Die Schreibmaschinen waren eingemauert worden. Ob alle Akten vernichtet worden sind, kann ich nicht mit Sicherheit sagen. Ich weiß aber nichts darüber, daß Akten vergraben sein sollen.

Über die Tätigkeit des Referats "Vorbeugung" (V A 2) kann ich keine genauen Angaben machen. Ich weiß, daß dieses Referat "Vorbeugungshaft gegen Berufsverbrecher und Asoziale bearbeitete. Zu diesem Referat gehörte auch die "Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens".

Ich kenne aber nicht die interne Einteilung des Referats in Sachgebiete und weiß auch nichts über die Arbeitsweise innerhalb des Referats. Auch nach Vorhalt des Geschäftsverteilungsplanes des Amtes V kann ich dazu keine Angaben machen.

Ich erinnere mich, daß Schriftwechsel über Vorbeugungshäftlinge und Genehmigungen der Vorbeugungshaft durch die Kanzlei liefen und daß ich derartige Schreiben beglaubigt habe. Mir wurden Ablichtungen von verschiedenen Schriftstücken aus den Dokumentenbänden "Vorbeugungshaft" III und V vorgelegt, die meinen Beglaubigungsvermerk tragen. Wenn derartige Schriftstücke in der Kanzlei gefertigt wurden, dürften mit den entsprechenden Verfügungen der Sachbearbeiter oder Dienststellenleiter auch die Akten zur Kanzlei gekommen sein. Ich habe mir aber seinerzeit diese Akten nicht näher angesehen. Dazu war der Arbeitsanfall zu groß. Ich kann deshalb nicht angeben, wer die Akten im einzelnen bearbeitet hatte und wer für die verschiedenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Vorbeugungshaft zuständig war.

Mir ist auch die Ablichtung der Verfügung - Dokumentenband "Vorbeugungshaft III" Blatt 59 - vorgelegt worden. An derartige Verfügungen erinnere ich mich nicht. Ich weise darauf hin, daß die mir vorgelegte Verfügung auch keinerlei Kanzleivermerke trägt. Die Unterschrift lautet R i c h r a th. Das Namenszeichen am Rand der Verfügung kann ich nicht identifizieren. Das Diktatzeichen "Sp" könnte von Frl. Spanka stammen.

Mir ist ferner der Auszug aus Akten der KPLSt Köln betr. Karl Neumann vorgelegt worden. In der "Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft" vom 6. März 1944 steht der Satz: "Eine Rückkehr ist nicht erwünscht". Die Genehmigung der Vorbeugungshaft vom 22.3.1944 - Richrath - ist von mir beglaubigt. Ich kann mich nicht erinnern jemals einen solchen Satz in den Akten gelesen zu haben. Die Formulierung ist mir ganz unbekannt.

Mir war bekannt, daß die Vorbeugungshäftlinge in die verschiedenen Konzentrationslager eingewiesen wurden. Mir war auch bekannt, daß die Häftlinge in diesen KL unter sehr schlechten Umständen leben mußten.

Näheres war mir aber nicht bekannt. In Drögen waren in der Dienststelle zum Reinemachen, in der Küche und zu sonstigen Arbeiten weibliche Häftlinge aus dem KL Ravensbrück eingesetzt. Es war uns streng verboten mit ihnen zu sprechen. Dennoch ist es durchgesickert daß diese Frauen sehr froh waren, in Drögen arbeiten zu können, und daß sie sich fürchteten nach Ravensbrück zurückzukommen. Ich habe mit niemanden über die KL gesprochen. Auf Grund meiner Erfahrungen mit Kollegen im Jahre 1933 habe ich mich bewußt zurückgehalten und keinen Kontakt zu den übrigen Angehörigen des RKPA gehabt. Mir ist einmal angeboten worden - von wem ist mir nicht mehr erinnerlich - mit zum KL-Ravensbrück zu fahren. Ich habe das aber abgelehnt. Ich habe davon gehört, daß es Lagerstrafen gab. Ich kann aber nicht sagen welcher Art sie waren und von wem sie verhängt wurden. Von Exekutionen in dem KL ist mir nichts bekannt. Ich weiß auch nichts davon, daß Straftäter, die von Gerichten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, durch Polizeidienststellen auf Befehl Himmlers hingerichtet worden sind. Ich kann auch keine Angaben über medizinische Versuche an Häftlingen und darüber machen, wer Häftlinge für solche Versuche abgestellt hat.

Ich kann mich auch nicht daran erinnern, daß im RKPA regelmäßig Listen über Verstorbene Personen, die erkennungsdienstlich behandelt worden waren, herausgegeben worden sind. Möglicherweise sind derartige Listen nicht bei mir in der Kanzlei, sondern direkt beim Erkennungsdienst aufgestellt worden.

Mir sind zwar gelegentlich Todesmeldungen über KL-Häftlinge bekannt geworden. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, daß zu irgendeinen Zeitpunkt die Zahl dieser Todesmeldungen so stark angestiegen wäre, daß es mir auffiel.

Ich hatte keinen Einblick in die Arbeitsweise der Tagebuchführer beim Referat V A 2. Ich weiß insbesondere nicht wieviele Tagebücher geführt worden sind und was die römischen Zahlen in den Aktenzeichen der mir vorgelegten Schriftstücke bedeuten. Ich kann nichts sagen, ob diese römischen Ziffern auf bestimmte Kriminalpolizeistellen hindeuten.

5

Ich habe keinerlei Erinnerungen an eine Sonderaktion des Referats V A 2, bei der Justizhäftlinge vor Ablauf ihrer Strafzeit und Sicherungsverwahrte aus den Vollzugsanstalten der Justiz übernommen und als Vorbeugungshäftlinge in KL eingewiesen worden sind. Mir ist erinnerlich, daß Strafgefangene nach Strafverbüßung von den kriminalpolizeilichen Dienststellen überprüft ~~wurden~~ und evtl. als Vorbeugungshäftlinge in die Konzentrationslager gebracht wurden. Ich erinnere mich auch an eine Sonderaktion gegen Zigeuner. Den genauen Zeitpunkt kann ich nicht mehr angeben. Damals kamen viele Zigeuner und auch ihre Sippenhäuptlinge in die Dienststelle zu Herrn Kriminalrat Otto.

Mir sind folgende Schreiben aus den Dokumentenband VIII vorgelegt worden: a) vom 26. 11. 1942 - gez. Dr. Schefe-(Bl. 98,)
b) vom 12. 1. 1943 - gez. Dr. Maly - (Bl.99),
c) vom 1o. 3. 1943 - gez. Böhlhoff - (Bl. 1o2),
sowie aus den Dokumentenband "Zuchthaus Bremen" :
d) vom 11. 1. 1943 - gez. Langenau - (Bl. 18),
e) vom 15. 1. 1943 - gez. Langenau - (Bl. 34).

Diese Schreiben stehen im Zusammenhang mit der Sonderaktion gegen Justizhäftlinge. Sie tragen meinen Beglaubigungsvermerk. Auch nach Vorhalt dieser Schreiben kann ich mich an diese Sonderaktion nicht erinnern. Ich kann daher auch nicht angeben wer damit im Referat "Vorbeugung" befaßt war.

Ich erinnere mich noch an folgende frühere Angehörige des RKPA:

Kriminalrat Andexer ist mir persönlich genau in Erinnerung, ich kann aber nicht genau angeben, welche Tätigkeit er im RKPA ausgeübt hat.

Kriminalsekretär Baschin war beim Referat "Vorbeugung" tätig. Er arbeitete mit dem Kriminalinspektor Grahneis zusammen. Er saß in Drögen mit ihm im gleichen Zimmer oder unmittelbar nebenan.

Die Kanzleiangestellte Baschin war mit dem vorgenannten Kriminalsekretär nicht verwandt. Sie arbeitete bei mir in der Kanzlei und war auch mit in Drögen. Ich habe sie auch noch einmal in Moringen gesehen. Ich habe keinen Kontakt mit ihr. ~~und~~ Mir ist erzählt worden sie habe einen Juristen geheiratet und wohne in Lüneburg.

Ri

Über das Schicksal des Kriminalsekretär Karl Baschin habe ich folgendes gehört:
Als er zum Einsatz kommandiert wurde, soll er seiner Ehefrau gesagt haben, sie solle sich erschießen, falls er nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder nach Berlin zurückgekehrt sei. Die Ehefrau habe sich zu dem genannten Zeitpunkt erschossen. Kurze Zeit darauf sei Karl Baschin zurückgekehrt und habe sich dann am Grabe seiner Frau erhängt.

Frl. Erna Bellenbaum war zunächst Vorzimmerdame des Geschäftsleiter Gattow. Sie kam später nach Prag oder nach Budapest. Sie soll ein Kind bekommen haben. Wo sie später verblieben ist, ist mir unbekannt.

Ein Frl. Berkel war zunächst in der Kanzlei. Sie hat auch eine Zeitlang im Vorzimmer des Leiters der Gruppe V A gearbeitet. Sie hat sich dort jedoch nicht bewährt und ist zu einer anderen Dienststelle versetzt worden. Über ihren Verbleib weiß ich nichts.

Frl. Erna Blankenburg hat meiner Erinnerung nach für Herrn Kriminalrat Otto geschrieben. Sie hat später geheiratet, und soll bei der Geburt eines Kindes gestorben sein.

Frl. Uschi Boblenz war in der Kanzlei tätig. Ich habe sie noch in Moringen gesehen, und zwar nach dem Kriege, etwa Ende 1945/Anfang 1946. Sie war damals mit einem Polen verheiratet. Später habe ich gehört, daß sie sich von ihm getrennt habe und nach Frankfurt/M. gegangen sei. Sie war etwas leicht veranlagt.

Der Kriminaldirektor Böhlhoff kam etwa 1941/1942 aus Klagenfurt zum RKPA. Er war meiner Ansicht nahh Leiter des Referats "Vorbeugung". Ihm waren sowohl der Kriminalrat Otto als auch der Kriminalrat Richrath und der KK. Langenau unterstellt. Herr Böhlhoff war auf jeden Fall Dienststellenleiter in Drögen, d.h. Leiter der Ausweichstelle Drögen. Sein Vertreter war dort der Kriminalrat Richrath. Herr Böhlhoff war in der Dienststelle nicht sehr beliebt. Er hatte eine etwas zynische Art zu Sprechen.

Kriminalobersekretär Boese, Vorname nicht bekannt, war in der Geschäftsstelle 1 (Personalsachen) bei Kriminalinspektor Gattow tätig. Er blieb in Berlin und verwaltete für Herrn Gattow Grundstücke in Ost-Berlin. Er war schon älter. Sein weiteres Schicksal ist mir nicht bekannt.

Ein KOS Bonse ist mir nur namentlich in Erinnerung.

Der Kriminalangestellte Bullert ist mir zwar erinnerlich, ich kann aber keine Angaben über seine Tätigkeit machen.

Der KOS. Otto Dohse arbeitete im Referat "Vorbeugung" mit Herrn Grameis zusammen. Er ist verstorben.

Frl. Käthe Dürstling war vorübergehend in der Kanzlei tätig. Sie ist dann versetzt worden. Möglicherweise zum Amt IV des RSHA.

Der KI. Josef Eichberger war in der Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens tätig. Ich habe ihn einmal in München getroffen.

Der KR. Heinzgünther Engelmann war Adjutant des Amtschefs V, Nebe.

Der KI. Hans Gattow, den ich schon verschiedentlich erwähnt habe, war Leiter der Personalgeschäftsstelle des RKPA. Er ist in Göttingen verstorben.

Der KK. Gornickel ist mir namentlich bekannt. Ich kann nicht mehr mit Sicherheit sagen, was er bearbeitet hat.

Der KOS. Karl Grameis war im Referat "Vorbeugung" tätig. Nähere Angaben über seine Tätigkeit kann ich nicht machen. Er war auch mit in Drögen.

Frl. Grützmacher war in der Geschäftsstelle 1 bei Herrn Gattow tätig. Sie war befreundet mit Frl. Bellenbaum. Sie hat später geheiratet. Wo sie jetzt lebt, weiß ich nicht.

Der RuKR. Walter Hasenjäger war Leiter des Referats"Vorbeugung" und zugleich Personalchef. Er ist etwa 1942 pensioniert worden. Sein Nachfolger, mindestens in Personalsachen, war der PR. Kant. Herr Hasenjäger ist vor einigen Jahren verstorben.

Der PR. Hilgärtner soll der Nachfolger des PR. Kant als Leiter der Geschäftsstelle gewesen sein. Ich habe aber nichts mehr mit ihm zu tun gehabt.

Frau Maria Neumann - jetzt Frau Hirkes - war meine Vertreterin. Sie ist 1943 aus dem RKPA ausgeschieden.

Frau Höchtl geb. Ranneberg war im Vorzimmer des Amtschefs V - Nebe - tätig. Sie war die Vorgängerin von Frau Neumayer geb. Theseler. Sie ist etwa 1942 ausgeschieden.

Ein KS. Hoffmann arbeitete in Drögen im gleichen Gebäude wie Herrn Baschin u. Herr Grameis. Ich nehme deshalb an, daß er auch im Referat "Vorbeugung " Tätig war. Er war sehr groß und wurde "Herr 1,90" genannt. Er lebt in Hannover und ist hier beim LKP-Amt tätig gewesen, dürfte aber schon pensioniert sein. Sein Vorname und seine Anschrift sind mir nicht bekannt.

Frl. Hubert war bei mir in der Kanzlei tätig. Sie ist aus Drögen nach Berlin zurückgeschickt worden, weil sie sich mit falschen Angaben 3 Tage Urlaub erschwindelt hatte. Sie soll in Wiesbaden verheiratet sein. Dort lebten ihre Eltern.

An den damaligen Regierungsassessor Isernhagen habe ich keine Erinnerung. Auch nach Vorhalt des Schreibens Bl. 12 Dokumentenband "Vorbeugungshaft" V kann ich mich nicht auf ihn besinnen.

Der PR. Kant den ich bereits erwähnte, war Personalchef und Leiter der Geschäftsstellen. Sonst kann ich über ihn keine Angaben machen.

Der ROI. ~~xxxxx~~ Kratzsch war Leiter der Verwaltungsgeschäftsstelle.

Der KOS. Krumpholz war in der Geschäftsstelle 1 bei Herrn Gattow tätig. Er soll ~~1945~~ nach 1945 in Sachsenhausen verstorben sein.

Der damalige KK. Langenau war im Referat "Vorbeugung" tätig. Er arbeitete mit Richrath und Böhlhoff zusammen. Seine genaue Dienststellung ist mir nicht bekannt.

Frau Lorenz-jetzt Lissigkeit- habe ich kennengelernt, als sie bei Herrn Thomas in der Rauschgiftzentrale arbeitete. Sie ist später in Holland gewesen. Wo sie im RKPA gearbeitet hat kann ich nicht sagen.

An den KR. Dr. Maly habe ich keine Erinnerung. Wie ich aus den mir vorgelegten Schreiben-Bl. 99 Dokumentenband VIII- ersehe, muß er im Referat "Vorbeugung" tätig gewesen sein. Ich kann aber keine Angaben über die Art und die Dauer seiner Tätigkeit machen. In Drögen ist er nicht mit gewesen.

Der RR. Dr. Menke war, soweit ich mich erinnere, vor Kriegausbruch persönlicher Referent des Amtschef Nebe. Über seine spätere Tätigkeit kann ich keine Angaben machen.

Vermerk: Die Vernehmung wurde um 16.oo Uhr unterbrochen und soll am 13. September 1966 9.3o Uhr fortgesetzt werden.

Die Vernehmung war ferner von 11.3o Uhr bis 13.oo Uhr zu einer Mittagspause unterbrochen.

Fortsetzung der Vernehmung am 13. 9. 1966:

Frau Christel Neumayer geb. Tieseler kam als 16-jähriges Mädchen zu mir in die Kanzlei. Ihr Vater, der KS. Tieseler, war kurz vorher aus Schneidemühl zum RKPA versetzt worden. Frau Neumayer war eine sehr tüchtige Stenotypistin. Sie kam schon nach kurzer Zeit als Nachfolgerin von Frl. Ranneberg zum Amtschef Nebe als persönliche Sekretärin.

KR. Otto war meiner Erinnerung nach der Leiter der Zigeunerdienststelle. Es ist möglich, daß er auch Vorbeugungshaft in anderen Fällen bearbeitet hat. Ich kann mich daran aber nicht erinnern. Herr Otto war nicht Uniformträger, während sonst üblicherweise die Herren im Dienst Uniformen trugen. Es war auch erwünscht, daß sie mit ihren SS-Diensträngen angesprochen wurden. Herr Otto war kein fanatischer Anhänger des Regimes. Mit ihm habe ich in Drögen hin und wieder unter vier Augen offen sprechen können.

Der RR. Dr. Pokorny ist mir erinnerlich. Ich kann aber nicht sagen, in welcher Referat er tätig war und wie lange er beim RKPA war.

KR. Richrath war im Referat "Vorbeugung" tätig. In Drögen war er der Vertreter von Herrn Böhlhoff. Er hatte ein sehr zurückhaltendes Wesen und wohnte in Drögen in der Wohnbaracke mit Herrn Böhlhoff. Einzelheiten über seine Tätigkeit im Referat "Vorbeugung" kann ich nicht angeben.

PI. Riech war in der Geschäftsstelle 2 ~~II~~ in der Registratur tätig.

ORRuKR. Dr. Riese war seinerzeit im Polizeipräsidium in Berlin öfter bei Herrn Reg.Dir. Scholz. Später habe ich ihn aus den Augen verloren. Es ist mir nicht erinnerlich, daß er auch im Referat "Vorbeugung" tätig war.

Frau Ritter war Kanzleiangestellte und mit in Drögen. Sie war Beamtenwitwe und hat sich in ~~xxxxxx~~ der Drögener Zeit wieder verheiratet. Ihren jetzigen Namen kann ich nicht angeben.

Der KS. Roese war möglicherweise im Referat "Vorbeugung" tätig. Es war ein älterer Herr der schon pensioniert war und ~~xxx~~ nur noch einmal für kurze Zeit zurückkam. Er war nicht mit in Drögen.

An KK. Saevecke erinnere ich mich nur namentlich. Über seine Tätigkeit ist mir nichts bekannt.

Der Name Dr. Schefe ist mir durchaus geläufig. Über seine Tätigkeit weiß ich nichts zu sagen.

KOS. August Schulz war in der Geschäftsstelle 1 bei Herrn Gattow tätig. Nach dem Kriege soll er in Schleswig-Holstein gelebt haben und tätig gewesen sein. Nach wenigen Jahren soll er verstorben sein.

Frau Elli Schwartze geb. Pick war bei mir in der Kanzlei tätig. Sie heiratete dann nach wenigen Jahren. Sie kam nicht mit nach Drögen.

Frl. Seeger war nur kurze Zeit in der Kanzlei tätig. Sie wurde dann zu einer anderen Dienststelle versetzt. Sie war nicht mit in Drögen. Sie war ein sehr flottes Mädchen.

KR. Dr. Sommerfeld kenne ich noch aus der Zeit um 1935. Welche Tätigkeit er im RKPA ausgeübt hat, weiß ich nicht. Er war mit Nebe befreundet und redete ihn mit dem Vornamen an. Seine Interessen lagen mehr auf musikalischem Gebiet. Er hat nach dem Kriege in Hamburg gelebt. Er soll dort während eines Konzerts einen Herzschlag erlitten haben und verstorben sein.

Frl. Spanka, Vorname Ilse, war kurze Zeit in ~~xxx~~ der Kanzlei. Sie kam dann möglicherweise zum Referat "Vorbeugung". Sie war sehr musikalisch und hatte eine reizende Stimme. Sie soll später öffentlich aufgetreten sein.

Ri

Den KS. Tieseler habe ich bereits erwähnt. Er war im Referat "Vorbeugung" tätig. Er hatte irgendetwas mit Strafregisterauszügen zu tun. Ich hatte damals den Eindruck, daß es sich um irgendeinen Sonderauftrag handelte. Seine Tochter, Frau Neumayer, hat mir erzählt, daß er bei der Verteidigung von Berlin gefallen und in einem Vorgarten im Norden Berlins begraben sei.

Den damaligen KK. Dr. Wächter kenne ich aus der Zeit im Polizeipräsidium. Er wude sehr geschätzt. Über seine spätere Tätigkeit kann ich keine Angaben machen. Er soll nach dem Kriege von den Russen verhaftet worden sein und in irgendeinem Gefängnis verstorben sein.

Frau Elfriede Kastner geb. Warnke war bei mir in der Kanzlei tätig. Sie hatte die Absendung. Ich habe viel mit ihr gelesen und ihr dann die Schriftstücke zur Verteilung bzw. Absendung übergeben. Sie hat etwa Ende 1942/ Anfang 1943 geheiratet. Sie war mit in Drögen. Nach dem Kriege wohnte sie in Pankow, Zillerthalstr. 21. Dort habe ich sie einmal besucht. Ihr Ehemann arbeitete wohl seinerzeit in West-Berlin. Ob Frau Kastner später nach West-Berlin verzogen ist, weiß ich nicht.

Herr Paul Werner war der Vertreter Nebes und Gruppenleiter V A. Für ihn hat Frau Winkelmann gearbeitet. Er war sehr geschätzt und zugänglich. Man konnte mit persönlichen Sorgen jederzeit zu ihm kommen. Nach dem Kriege hat er über Herrn Gattow meine Anschrift erfahren und mich gebeten, ihm ein Zeugnis über sein Verhalten und über seinen Ruf in der Behörde auszustellen. Ich habe dies getan, da mir nichts Abträgliches über ihn bekannt war. Ich weiß nicht, ob er während des Krieges für einige Zeit zu einer anderen Dienststelle versetzt war.

Weitere Angaben über frühere Angehörige des RKPA habe ich bereits in meiner Vernehmung durch Herrn Staatsanwalt Hauswald am 17. Januar 1966 gemacht. Darüberhinaus vermag ich heute keine Hinweise zu geben.

Ich bin von Herrn Staatsanwalt Hauswald damals nach "Sagan" und "Düppel" gefragt worden. Ich habe in der Zwischenzeit häufig darüber nachgedacht. Ich kenne nur die entsprechenden Ortsnamen, kann aber sonst mit diesen Begriffen nichts anfangen. Ich bin den Gedanken nicht losgeworden, daß Kriegsgefangene seinerzeit erschossen worden sein sollen. Es ist mir noch immer unbegreiflich, daß damit die Kriminalpolizei etwas zu tun gehabt haben soll. Das ist doch völkerrechtswidrig. Ich kann nur noch einmal wiederholen, daß ich seinerzeit nichts von diesen Dingen erfahren habe.

Die Vernehmung wurde um 11.2o Uhr beendet.

selbst gelesen, g. u. u.

Liesbeth Richter

. . . . . .

geschlossen:

Bielstein

(Bielstein) Staatsanwältin

Flehe

(Flehe) Justizangestellte

12a

Durchschrift für die Akten
Gilt nicht als Kassenanweisung

Kassenanweisung

für die Auszahlung von Zeugengebühren

Verbuchungsstelle: Einzelplan 11 Kapitel 1104 Titel 304 Unterteil t der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Landeshaushalts für das Rechnungsjahr 1966

Gericht (oder Staatsanwaltschaft): GStA b.d. Kammergericht Berlin

Bezeichnung der Angelegenheit: Ermittlungsverfahren gegen fr. Angehörige des RSHA

wegen Mordes — Aktenzeichen: 1 Js 13165 (RSHA)

Termin am 12.9. + 13.9. 1966

..... DM Auslagenvorschuß — in Kostenmarken entrichtet — eingezahlt — zum Soll gestellt — nach Blatt ..... der Sachakten.

..... (Name) ..... (Amtsbezeichnung)

In Rechtshilfesachen
Ersuchende Behörde: GStA b.d. KG Berlin
Aktenzeichen: 1 Js 13165 (RSHA)

		1	2	3
	Name und Vorname	Richter, Liesbeth	Richter, Lizbeth	
1	Berufsangabe	Rentnerin	Rentnerin	
	Aufenthaltsort	Hannover 12.9.66	Hannover 13.9.66	
2	Stunde a) des Termins	a) 9 30 Uhr	a) 9 30 Uhr	a) ..... Uhr
	b) der Entlassung	b) 16 30 Uhr	b) 12 00 Uhr	b) ..... Uhr
3	a) Antritt	a) 9 00 Uhr	a) 9 00 Uhr	a) ..... Uhr
	b) Beendigung der Reise	b) 17 00 Uhr	b) 12 30 Uhr	b) ..... Uhr
	Berechnung der Entschädigung			
	a) Zeitversäumnis	..... Stunden	..... Stunden	..... Stunden
		zu ..... DM ..... Pf	zu ..... DM ..... Pf	zu ..... DM ..... Pf
	b) Reiseentschädigung	..... km Eisenbahn	..... km Eisenbahn	..... km Eisenbahn
	Straßenbahn	Zuschlag f. E-D-Zug	Zuschlag f. E-D-Zug	Zuschlag f. E-D-Zug
4		..... km Landweg 1 40	Straßenbahn ..... km Landweg 1 40	..... km Landweg
	c) Aufwand außerhalb des Aufenthaltsortes	..... km	..... km	..... km
		..... Tage ..... Stund.	..... Tage ..... Stund.	..... Tage ..... Stund.
	d) Übernachtungsgeld	..... Übernachtung	..... Übernachtung	..... Übernachtung
	Zehrgeld	4 —		
	e) Sonstige notwendige Auslagen (z.B. Vertretungskosten)			
5	**Summe und Quittung**	5 40	1 40	

Anleitung

1. Die Kassenanweisung ist im Durchschreibeverfahren herzustellen und von der Geschäftsstelle vor dem Termin vorzubereiten. Dabei kann in Rechtshilfesachen die Erteilung der Bescheinigung über den erhobenen Auslagenvorschuß unterbleiben, wenn Unterlagen hierfür nicht vorhanden sind.
2. Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Sachakten zu geben.
3. Von den beiden im unteren Teil des Vordrucks vorgesehenen Auszahlungsanordnungen ist bei der Erteilung der Kassenanweisung
   a) durch den Feststeller die auf der rechten Seite.
   b) durch den Richter usw. die auf der linken Seite zu verwenden.
4. Vom Bezugsberechtigten etwa vorgelegte Rechnungsaufstellungen, Lohnbescheinigungen usw. sind der Kassenanweisung beizufügen.
5. Die einzelnen Ansätze sind, soweit erforderlich näher zu begründen, notfalls auf der Rückseite.

Aufrechnung

Nr. 1: 5 DM 40 Pf
„ 2: 1 „ 40 „
„ 3: — „ — „
Summe 6 DM 80 Pf

Festgestellt (auf 6 DM 80 Pf).
D 12 Zeuge — zu Nr. 12 — erklärte auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben.
Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

Justizobersekretär
(Name) (Amtsbezeichnung)

Sachlich richtig.
Auszuzahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.

Hannover, den 13. Sep. 1966 195
Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hannover
(Behörde)

(Unterschrift)
Staatsanwältin

D ..... Zeuge ..... — zu Nr. 1 bis ..... — ist — sind — bestimmungsgemäß zu entschädigen.

....., den 195

(Behörde)

(Unterschrift)

Sachlich richtig und festgestellt (auf ..... DM ..... Pf).
D ..... Zeuge ..... — zu Nr. ..... — erklärte ..... auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben.
Auszuzahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.
Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

....., den 195

(Name) (Amtsbezeichnung)

Pohl, Celle HKR 172 Kassenanweisung für die Auszahlung von Zeugengebühren (Vordruck mit Durchschrift)

13

1 Js 4/64 (RSHA)
(
1 Js 13/65 (RSHA)

z.Zt. Bremen, den 14.September 1966

Vernehmungsprotokoll

Gegenwärtig: Staatsanwältin B i l s t e i n
JAng. Daseler als Protokollführerin

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bremen erscheint um 9,oo Uhr der Archivleiter

Dr. Alfred S c h w e d e r , geb. am 29. 6.1911 in Parchim, wohnhaft in Bremen-Huchting, Hohenhorster Weg 57.

Ihm wurde eröffnet, daß er in dem gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssciherheitshauptamtes (RSHA) anhängigen Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Teilnahme an der Ermordung

a) von ausländischen Zivilarbeitern - 1 Js 4/64 (RSHA)-
b) von Justizgefangenen - 1 Js 13/65 (RSHA)-

als Beschuldigter vernommen werden soll.

Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freist stehe, sich zu den Beschuldigungen zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Er erklärte:
Ich will mich jetzt zu den Beschuldigungen äußern.
Zu meiner Person und zu meinem Lebenslauf beziehe ich mich auf die schriftlich Äußerung vom 13. 9.1966, die ich hiermit zu den Akten reiche. Ergänzend gebe ich dazu an: Das Kirchenreferat im Geheimen Staatspolizeiamt, zu dem ich Ende November 1938 versetzt wurde, trug die Bezeichnung II B 1. Es wurde damals von Regierungsassessor K o r n - d ö r f e r geleitet. Ich wurde sein Vertreter.

Etwa nach einem Viertel Jahr wurde Herr Korndörfer versetzt und ich übernahm nunmehr die Leitung des Kirchenreferats für katholische Kirchen. Mir wurde aus dem Geschäftsverteilungsplan des Geheimen Staatspolizeiamtes -Stand vom 1. 7.1939- vorgehalten, daß Leiter des Sachgebiets II B 1 - Behandlung aller Angelegenheiten des politischen Katholizismus der damalige Regierungsassessor B a a r t z war. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß Herr Baartz die Leitung dieses Sachgebietes hatte. Nach meiner Erinnerung war er immer im Sachgebiet II B 2 - Angelegenheiten der evangelischen Kirchenbewegung tätig. Welche Tätigkeit Herr Baartz später ausgeübt hat, ist mir nicht bekannt. Ich weiß auch nicht, wo er nach dem Kriege verblieben ist.

Das Abwehrreferat, mit dessen Einrichtung ich Anfang 1940 beauftragt wurde, gehörte zur Gruppe IV E des RSHA. Es dürfte mit dem im Geschäftsverteilungsplan des RSHA von 1941 ausgewiesenen Referat IV E 2 identisch sein. Leiter der Gruppe IV E war szt. S c h e l l e n b e r g . Der Aufbau des Referats war, wie ich schon angegeben habe, etwa im Sommer 1940 beendet. Mein Nachfolger als Referatsleiter war Reg.Ass. S e b a s t i a n . Auf meine Tätigkeit im Organisationsreferat werde ich später noch ausführlich eingehen.

Beim BdS Krakau, zu dem ich im August 1942 versetzt wurde, habe ich nur in der Abteilung I/II (Personal, Verwaltung und Recht) gearbeitet. Mit der Exekutive hatte ich nichts zu tun. Auch beim BdS Metz habe ich vorwiegend die Aufgaben der Abteilungen I und II (Personal, Verwaltung und Recht) geleitet. Teilweise war ich auch mit den SD-Berichten in Abteilung III befaßt. Mit der Abteilung V (Kripo) hatte ich kaum zu tun. Sie wurde von einem sehr tüchtigen Kriminalrat geleitet, der weitgehend selbständig arbeitete.

Die Abteilung IV (Stapo) hatte sich der BdS Dunckern selbst vorbehalten. Ich hatte damit nichts zu tun.

In Wiesbaden war ich etwa von November 1944 bis Februar 1945 Vertreter des BdS Trummler. Auch dort hatte ich wenig mit der Exekutive zu tun. Unmittelbar in der Exekutive war ich erst als Leiter der Staatspolizeistelle Bremen tätig. Allerdings befand sich damals die Dienststelle schon nahezu in der Auflösung.

Gegen mich war zunächst beim Spruchgericht Benefeld-Bomlitz und später bei Spruchgericht Bergedorf ein Spruchgerichtsverfahren anhängig, in dem ich wegen Zugehörigkeit zur GeStapo und SS zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten, die durch Internierungshaft verbüßt war, verurteilt worden bin.

Vor etwa 1 1/2 Jahren bin ich in einem Ermittlungsverfahren der StA Oldenburg als Beschuldigter vernommen worden. Gegenstand des Verfahrens war die Exekution eines Polen im Bereich der Stapostelle Bremen. Die Exekution war schon vor meiner Zeit, als Leiter der Stapostelle Bremen (etwa 1943/44) erfolgt. Ich habe von dem Ausgang des Verfahrens nichts wieder gehört.

Außerdem bin ich schon in verschiedenen Verfahren als Zeuge vernommen worden.

Zu meiner Tätigkeit im Organisationsreferat erkläre ich folgendes:

Mir ist die Referatsbezeichnung II A 1 in Erinnerung. Es ist möglich, daß die Bezeichnung 1940 zunächst I B 1 gelautet hat. Ich bin der festen Überzeugung, daß das Organisationsreferat schon im Sommer 1941 aus dem Amt II ausgeschieden und als Referat I Org. unmittelbar dem Amtschef I -S t r e c k e n b a c h - unterstellt worden ist.

Mir ist vorgehalten worden, daß im Geschäftsverteilungsplan des RSHA vom 1. 3.1941 ein handschriftlicher Vermerk vorhand ist, nach dem die Gruppe II A lt. Runderlaß II A 1 vom 9. 4.1943 aufgelöst worden ist,und daß einige Sachgebiete des Referats II A 1 (neu I A 7) dem Referat III A 5 übertragen worden sind. Ich kann mir das nur so erklären; ALS das Organisationsreferat zum Amt I übernommen wurde, erhielt es die Bezeichnung I Org. Die Bezeichnung II A 1 ist offensichtlich nicht ersatzlos weggefallen. Offensichtlich sind unter dieser Bezeichnung seitdem Aufgaben zusammengefaßt worden, die früher in der Gruppe II A bearbeitet wurden, teilweise beim Organisationsreferat, teilweise beim Gesetzgebungsreferat(II A 2). Dieser Aufgabenkomplex, der keine ~~Aufgaben im strengen~~ organisatorischen Aufgaben im strengen Sinne mehr erhielt, konnte dann 1943 in das Amt III eingegliedert werden. Es wäre absurd gewesen, die Organisation der Sicherheitspolizei in das SD-Amt zu übertragen. Folglich müssen in der Zeit, in der das Org.-Referat als I Org. firmierte, im Amt II weiterhin Aufgabenkomplexe unter der Bezeichnung II A 1 wahrgenommen worden sein. (Der vorstehende Absatz wurde von Herrn Schweder selbst diktiert).

Ich bin sicher, daß ich noch in der Zeit vor meiner Versetzung im August 1942 die Referatsbezeichnung I Org. geführt habe. Als weiteren Anhaltspunkt für den Zeitpunkt der Übernahme des Org.-Referats ins Amt I möchte ich folgendes angeben: Ich habe ~~am~~ am 4. 8. 1941 geheiratet. Als Hochzeitsgeschenk erhielt ich vom Amtschef I Streckenbach einen Leuchter, vom Amt II habe ich keinerlei Geschenke bekommen. Vor der Eingliederung ins Amt I war ich mit Streckenbach nicht so gut bekannt, daß er mir ein Hochzeitgeschenk ~~hätte machen können~~ gemacht hätte. Ich m u ß also am 4. 8.1941 schon längere Zeit Streckenbach unterstellt gewesen sein.

$

Die Übernahme muß bald nach dem Weggang des Amtschefs II Dr. N o c k e m a n n erfolgt sein.

Das Org.-Referat war nur klein. Es bestand aus mir als Leiter, einem Sachbearbeiter für Kripoangelegenheiten (Kriminalrat Dr. Schäfer), einem Sachbearbeiter für SD-Angelegenheiten (SS-Hauptsturmführer Friedrich), der später zu einer Einsatzgruppe kam, und einem Sachbearbeiter für Stapo-Angelegenheiten (Amtmann B o r t h). Dazu kamen Registratur-Beamte und 1 Schreibkraft.

Zum Aufgabengebiet des Org.-Referates gehörte folgendes:

Mitwirkung bei der Aufstellung der Geschäftsverteilungspläne des RSHA:
die Vorschläge für eine neue Geschäftsverteilung wurden zunächst innerhalb der einzelnen Ämter besprochen und abgestimmt. Sie wurden erst dann im Org.-Referat zu einem Gesamtplan zusammengefaßt.

Organisation der örtlichen Stapo- und SD-Dienststellen:
z.B. Suspendierung oder Auflösung einzelner Stapostellen und Außenstellen. Der Grund für eine derartige Auflösung lag z.T. im Personalmangel wegen der Abstellung von Stapo-Beamten zu den Einsatzgruppen und -kommandos. Die Abstellungen wurden allerdings nicht vom Org.-Referat veranlaßt, sondern vom Amt I im Zusammenwirken mit Amt IV. Beim Amt IV bestand ein Steuerungsreferat für die Einsatzgruppen und -kommandos, das auch die Kommandoberichte erhielt und Weisungen an die Kommandos übermittelt haben dürfte. Nähere Angaben über die Bezeichnung dieses Steuerungsreferats und seine Besetzung kann ich nicht machen.

Bearbeitung von Fragen, die das Verhältnis Sicherheitspolizei- Ordnungspolizei betreffen:
Z.B. hatte H e y d r i c h den Plan, die Zweiteilung der Polizei in Sicherheits- und Ordnungspolizei bis indie Polizeipräsidien durchzuführen, d.h. bei den einzelnen Polizeipräsidien sollten getrennte Abteilungen für Sipo und Orpo eingerichtet werden mit direkten Befehlswegen zum Reichssicherheitshauptamt bzw. zum Hauptamt Ordnungspolizei. In dieser Angelegenheit habe ich verschiedene Reisen durchgeführt. gemeinsam mit Angehörigen des Hauptamtes Ordnungspolizei Die Aufteilung ist später nicht durchgeführt worden.

Fragen der Zuständigkeit der deutschen Polizei in den besetzten Gebieten und des Verhältnisses zur einheimischen Polizei:

Heydrich wollte in Norwegen 1. die Zweiteilung der norwegischen Polizei nach deutschem Muster
2. eine stärkere Beteiligung der deutschen Polizei bei Erledigung politisch-polizeilicher Aufgaben gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Da er mich kannte, (aus meiner Tätigkeit in München 1931)und als SD-Abschnittsführer 1932/34) beauftragte er mich, in einer dreitägigen Dienstreise nach Norwegen diese Fragen mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und dem zuständigen Leiter der norwegischen Polizei zu besprechen. Ergebnis der Dienstreise: Ich riet, von der Zweiteilung der norwegischen Polizei nach deutschem Muster abzusehen, da die Verhältnisse des dünnbesiedelten Landes eine solche Zweiteilung nicht erlaubten und aus politischen Gründen die deutsche Polizei gegenüber der norwegischen Bevölkerung soweit wie möglich im Hintergrund zu lassen.
(Dieser Absatz wurde von Herrn Schweder selbst diktiert)
Entsprechende Aufträge für andere Länder habe ich nicht bekommen, möchte auch noch bemerken, daß diese Dienstreise und die vorher erwähnten Reisen zu Polizeipräsidien ~~in der Zeit~~ auf direkter Weisung von Heydrich zurückgingen.

Von Streckenbach habe ich derartige Aufträge nicht erhalten.

Zuständigkeitsabgrenzung der Sicherheitspolizei zu anderen Behörden:
Heydrich hatte die Idee, die Kriminalpolizei mit der Staatsanwaltschaft zu vereinigen, so daß nur noch eine Behörde die Ermittlungen führte und auch die Anklagen vor Gericht vertreten sollte. Dieser Gedanke ist aber nur diskutiert worden; zu einer Ausführung ist er nicht gekommen.

Mitzeichnung bei Gesetzen, Erlassen pp, die sicherheitspolizeiliche Belange berühren:
Derartige Gesetze und Erlasse wurden daneben auch von anderen betroffenen Referaten des RSHA mitgezeichnet.

Es ist mir nicht erinnerlich, daß beim Referat IA 1 bzw. I Org. eine Sammlung von Erlassen anderer Referate des RSHA geführt wurde, ich will aber die Möglichkeit nicht ausschließen.

Mir sind folgende Erlasse betr. "Fotografieren von Exekutionen" vorgehalten worden
a) Erlaß vom 16. 4.1942 - II A 1 Nr. 1042 II/41 -151-
b) Erlaß vom 26. 6.1942 - II A 1 Nr. 1042 X/41 -151-

Diese Erlasse sind mir unbekannt. Sie sind nicht in meinem Referat bearbeitet worden. Sie hatten auch nichts mit meinem Aufgabengebiet zu tun. Entweder gab es damals tatsächlich neben I Org., das ich leitete, ein neues Referat II A 1, oder die Erlasse sind vom Amtschef oder sogar dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD unter Verwendung des Aktenzeichens entworfen worden. Beide Erlasse tragen auch die Unterschrift des jeweiligen CdS Heydrich bzw. Streckenbach.

Zu den Vorwürfen einer Beteiligung an der Ermordung ausländischer Fremdarbeiter erkläre ich folgendes:

Mir ist zwar bekannt, daß die Stapo polnische und russische Fremdarbeiter bzw. Kriegsgefangene in Konzentrationslager einweisen konnte, wenn sie gegen Anordnungen zur Regelung ihrer Lebensführung im Reich verstoßen hatten. Mir ist auch bekannt, daß in besonders schweren Fällen Sonderbehandlung angeordnet werden konnte. Ich kann nicht mehr angeben, wann mir die entsprechenden Anordnungen bekanntgeworden sind. Ich habe sie irgendwann während meiner dienstlichen Tätigkeit außerhalb Berlins erfahren. Bei meiner Tätigkeit im Org.-Referate des RSHA war ich mit diesen Dingen nicht befaßt. Das Org.-Referat hat derartige Erlasse weder entworfen noch mitgezeichnet.

Von der Sonderaktion, bei der Strafgefangene und Sicherungsverwahrte aus Vollzugsanstalten der Justiz an die Polizei übergeben und von Stapo und Kripo in Konzentrationslager eingewiesen worden sind, weiß ich nichts. Mir ist bekanntgegeben worden, daß diese Abgabeaktionen aufgrund einer Vereinbarung zwischen H i m m l e r und dem damaligen Reichsjustizminister Dr. T h i e r a c k vom September 1942 durchgeführt worden ist. Ich weise darauf hin, daß ich zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr im RSHA tätig war. Z

Zu beiden Komplexen kann ich keine Angaben darüber machen, wer für die Planung und Durchführung der einzelnen Maßnahmen verantwortlich gemacht ist. Ich kann insbesondere nicht angeben, ob Angehörige des Gesetzgebungsreferates bzw. der Leiter der Gruppe II A an diesen Bestimmungen mitgewirkt haben. Ich bin der Meinung, daß das Gesetzgebungsreferat nur für Gesetze und Verordnungen zuständig war, nicht dagegen für Erlasse anderer Referate des RSHA. Auch über die personelle Besetzung des Gesetzgebungsref. kann ich keine näheren Angaben machen.

Das Vernehmungsprotokoll wurde in meiner Gegenwart laut diktiert. Ich verzichte auf nochmaliges Durchlesen und bestätige die Richtigkeit durch meine Unterschrift.

Ende der Vernehmung 14.20 Uhr

Geschlossen
gez. Bilstein
Staatsanwältin

Gesehen:
Bilstein

Unterschrift

Als Protokollführerin

22

Dr. Alfred Schweder
Bremen-Huchting
Hohenhorster Weg 57

Bremen, d.13.9.1966

Lebenslauf

Am 29.6.1911 bin ich in Parchim i.M. als Sohn des Wachtmeisters Paul Schweder geboren. Von 1918 bis 1930 besuchte ich das Friedrich-Franz-Gymnasium in Parchim und bestand im März 1930 die Reifeprüfung. Von 1930 bis 1934 studierte ich an den Universitäten München, Freiburg und Rostock Rechts- und Staatswissenschaften und bestand 1934 mein Referendarexamen in Rostock i.M. Nach achtmonatiger Amtsgerichtszeit in Parchim bewarb ich mich um Übernahme in den preußischen Höheren Verwaltungsdienst und wurde Anfang Dezember 1935 als Regierungsreferendar zur Regierung Stettin einberufen. Im September 1938 bestand ich das Regierungsassessorexamen vor der Prüfungskommission des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern in Berlin mit dem Prädikat "Gut". Während meiner Referendarzeit hatte ich mit dem Prädikat "Sehr gut" in Rostock promoviert.

Nach dem Regierungsassessorexamen wurde ich, da bereits meine Versetzung zum Hauptamt Sicherheitspolizei schwebte, bis Ende November noch beim Regierungspräsidenten in Stettin beschäftigt und dann zum Geheimen Staatspolizeiamt versetzt. Hier war ich von Ende November 1938 ~~bis~~ bis zum Winter 1939/40 im Kirchenreferat beschäftigt, zunächst als Hilfsreferent dann als Referent für Katholische Kirche. Hier schied ich aus, weil meine Versetzung zu einer Staatspolizeistelle schwebte. Das entfiel aber und ich wurde statt dessen Anfang 1940 mit der Einrichtung eines Wirtschaftsspionage-Abwehr-Referats beauftragt. Als das im Sommer 1940 beendet war , wurde ich Organisationsreferent im Amt II (Referat II A 1). Dies Referat wurde im Sommer 1941 als Referat I Org. zum Amt I übernommen, blieb aber an seinem alten Dienstsitz in der Hermann-Göring-Straße. Weder das Referat II A1 noch I Org waren mit Einsatzkommandos befaßt, deren Angelegenheiten von einem Referat des Amtes IV erledigt wurden.

23

Im August 1942 wurde ich als Leiter der Abteilung I/II (Personal, Verwaltung und Recht) zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD nach Krakau versetzt, von dort kam ich im August 1943 als Vertreter des Befehlshabers der Sicherheitspolizei nach Metz und nach dem Fall von Metz in gleicher Eigenschaft zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD nach Wiesbaden. Im Frebruar 1945 wurde ich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters der Staatspolizeistelle Bremen beauftragt.

Nach dem Zusammenbruch wurde ich vom 8. Mai 1945 bis zum Juli 1948 interniert. Entnazifiziert wurde ich nach Gruppe V. Nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit in Brunsdorf, Kreis Osterholz-Scharmbeck) arbeitete ich als Reporter und später Redakteur beim Osterholzer Kreisblatt, seit 1953 beim Weser-Kurier in Bremen als Archivleiter und Journalist.

Seit 4. August 1941 bin ich mit Gerda, geb. Klöckmann verheiratet. Wir haben sechs Kinder im Alter von 24, 23, 22, 17, 15 und 13 Jahren.

Der NSDAP trat ich im April 1930 bei, der SS im Mai 1930. Mit dem Eintritt in die Sicherheitspolizei wurde ich als Regierungsassessor 1939 zum SS-Hauptsturmführer, als Regierungsrat im April 1941 zum Sturmbannführer und nach der Beförderung zum Oberregierungsrat 1944 zum Obersturmbannführer befördert.

Dr. Schnell

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

z.Zt. Kassel, den 20.9.1966

1 Js 13/65 (RSHA)

Vernehmungsprotokoll

Gegenwärtig: Staatsanwältin Bilstein
als Vernehmende

Justizangestellte Schied
als Protokollführerin

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Kassel erscheint um 9.oo Uhr

der Kriminaldirektor a.D.,jetzt Kaufmann,
Erwin F e l g e n h a u e r,
geb.am 25.10.1906 in Berlin,
wohnhaft in Kassel, Otto-Bähr-Straße 3 1/2,

und erklärt:

Mir wurde eröffnet, daß ich in dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen d Verdachts der Teilnahme am Mord an Justizgefangenen zeugenschaftliche vernommen werden soll. Ich wurde darüber belehrt, daß ich auf solche Fragen, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung ich mich selbst strafgerichtlicher Verfolgung aussetzen könnte, die Auskunft verweigern kann.

Ich bin mit keinem früheren Angehörigen des RSHA verwandt oder verschwägert.

Zu meinem Lebenslauf gebe ich folgendes an:
Von 1926 bis 1933 habe ich in Berlin Maschinenbau studiert. Aus wirtschaftlichen Gründen mußte ich mein Studium abbrechen. Ich bewarb mich im Sommer 1933 um den Eintritt in die Kriminalpolizei. Nach meiner Ausbildung als Kriminalkommissar-Anwärter und der abschließenden Prüfung war ich ab 1936 bei der Kriminalpolizei in Berlin tätig. Etwa im September 1936 wurde ich nach

Essen versetzt, kam aber im März 1938 zur KPLSt Berlin zurück. Am 1.4.1939 wurde ich dann zum Amt Kriminalpolizei im Hauptamt Sicherheitspolizei versetzt. Ich war dort als Bürohilfsarbeiter (Expedient) im Referat S.-Kr. 2 oder 3 tätig. ~~Es handelte sich um das Referat, das Fragen~~ Leiter des Referats war damals ~~Krx~~Kriminalrat Dr.Riese. Weitere Referenten waren die Kriminalräte Dr.Wächter, Berger und Dr.Baum. Ferner waren neben mir als Expedienten tätig die Kommissare Dr.Menke, Dr.Horn und Dr.Julius Schäfer. Schon nach kurzer Zeit etwa im Juni 1939 wurde ich als Prozeßbeobachter nach Schlesien (Waldenburg) entsandt. Ich kam erst Anfang August 1939 nach Berlin zurück. Nach einem Urlaub war ich nur noch kurze Zeit im Dienstgebäude Burgstraße tätig. Dann wurde das Amt Kriminalpolizei des Hauptamtes Sicherheitspolizei zusammen mit dem Reichskriminalpolizeiamt als Amt V dem neuen RSHA eingegliedert. Unsere Dienststelle wurde das Referat V A 1 . Ihm gehörte ich bis Kriegsende an. Die Dienststelle befand sich bis Februar 1945 in Berlin, Werderscher Markt und wurde dann nach Moringen/Solling ausgelagert. Schon am 6. April 1945 bekamen wir aber Marschbefehl nach Berlin und wurden von dort weiter nach Süddeutschland verlegt.

Im Referat V A 1 war ich in der Dienststelle V A 1a tätig. Ich war mit dem Strafregisterwesen und polizeilichen Listen sowie mit organisatorischen Fragen der Kriminalpolizei beschäftigt. Mein Spezialgebiet war später Film- und Pressewesen. Außerdem habe ich einheitliche Formulare für die Kriminalpolizei bearbeitet. Außerdem habe ich redaktionell an der Herausgabe der "Kriminalistik" mitgewirkt. Zu den Aufgaben der Dienststelle gehörte ferner die Mitwirkung bei der Gesetzgebung auf kriminalpolizeilichem Gebiet. Dabei bemerke ich, daß die Jugendschutzgesetzgebung das besondere Steckenpferd des Leiters der Gruppe V A ,Ministerialrat Paul Werner, war.

Mit Einzelfragen der Vorbeugungshaft war unser Refereat nicht befaßt. Diese Angelegenheiten sind wahrscheinlich direkt beim Referat V A 2 (Vorbeugung) bearbeitet worden. Ich habe jedenfalls nie mit diesen Dingen zu tun gehabt.

Mir ist mitgeteilt worden, daß auf Grund einer Vereinbarung zwischen Himmler und dem damaligen Reichsjustizminister Dr.Thierack ab Ende 1942 Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene aus den Vollzugsanstalten der Justiz an die Polizei abgegeben und in KZ eingewiesen worden sind. Mir ist von dieser Sonderaktion gegen Justizgefangene nichts bekannt. Ich habe wohl seinerzeit davon gehört, daß zu milde Urteile der Justiz unmittelbar nach Urteilsverkündung durch polizeiliche Maßnahmen "korrigiert" wurden. Wer diese Korrekturen angeordnet hat, bezw. daran mitgewirkt hat, kann ich nicht sagen. Ich habe auch keine Kenntnis davon, daß das RKPA bei Exekutionen von Häftlingen in KZ beteiligt war.

Zur organisatiorischen Gliederung und personellen Besetzung der Gruppe V A kann ich folgendes sagen:
Leiter der Gruppe V A war bis Kriegsende Ministerialrat Paul Werner. Ich erinnere mich, daß er etwa 1943 für vorübergehend nach Stettin abgeordnet war. Es kann sich etwa um ein halbes Jahr gehandelt haben, soweit ich mich erinnere.

Es ist möglich, daß die Gruppe V A während der Abwesenheit Werners von Dr.Schefe geleitet worden ist. Ich habe aber keine nähere Erinnerung an ihn. Ich weiß auch nicht, wo er herkam und wo er später verblieb.

Leiter des Referats V A 1 waren nacheinander:

Kriminalrat Dr.Baum, der etwa 1940 nach Straßburg versetzt wurde,

Kriminalrat Dr.Wächter; ich kann nicht sagen, wielange er Referatsleiter war und wohin er dann versetzt worden ist.Ich weiß aber, daß er nach dem Kriege in Friedrichshafen von den Russen verhaftet worden ist. Er soll etwa 1952/54 zurückgekehrt sein.

Kriminalrat Dr.Menke, der dieses Amt bis Kriegsende inne hatte.

Ich selbst war zunächst Sachbearbeiter, später Hilfsreferent in der Dienststelle V A ~~1~~ 1a. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß dort auch der damalige Regierungsassessor Isernhagen tätig war. Er ist mir zwar namentlich bekannt, ich kann aber keine Angaben über seinen Aufgabenbereich im RKPA machen.

Mir unterstellt war der KOS Neuenfeldt. Er war etwa Jahrgang 1896/98. An seinen Vornamen kann ich mich nicht erinnern. Auch sein Verbleib ist mir nicht bekannt.

Als Schreibkraft war Fräulein Martha Spieß bei mir tätig.

Zum Referat V A 1 gehörte möglicherweise auch der damalige KK Dr.Teichmann, der mir aber mehr als persönlicher Referent des Amtschefs Nebe erinnerlich ist. Ich hatte nach meiner Erinnerung keine direkten dienstlichen Beziehungen zu ihm und bin auch über die Art seiner Tätigkeit im einzelnen nicht informiert.

Über die Gliederung, Tätigkeit und personelle Besetzung des Referats V A 2 (Vorbeugung) kann ich nur wenig sagen. Meines Wissens war Referatsleiter der KD Böhlhoff ,der etwa 1941/42 aus Klagenfurt oder Graz kam. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß der Regierungs- und Kriminalrat Hasenjaeger Leiter des Referats war. Ich kenne ihn nur als Personalchef des RKPA. Er hatte ein sehr gutes Verhältnis zu Arthur Nebe. Das Referat V A 2 war in zwei Dienststellen - V A 2a und V A 2b-unterteilt. V A 2a wurde von Kriminalrat Richrath geleitet. Er war die rechte Hand Böhlhoffs. Leiter der Dienststelle V A 2b war Kriminalrat Otto. Angaben über ihre Mitarbeiter kann ich aus meiner Erinnerung nicht machen.

Mir wurden eine Reihe von Namen früherer Angehöriger des RKPA genannt. Ich werde im folgendem dazu angeben, was mir über ihre Tätigkeit und ihr Schicksal erinnerlich ist.

KR Engelmann — war Erster Adjutant Nebes. Er kam als Nachfolger des KR Maisch, der nach Stuttgart versetzt wurde, zum RKPA. Etwa Anfang 1944 kam als weiterer Adjutant mein alter Kursuskamerad, KR Heinz Drescher zur Adjutantur Nebes.

KR Dr.Gornickel: — Er war meiner Erinnerung nach nur kurze Zeit im RKPA beim der Gruppe V A. Genaue Angaben über seine Tätigkeit kann ich nicht machen. Ich erinnere mich aber, daß er 1945 mit in Moringen war.

KR Dr.Sommerfeld — leitete im Referat V A 1 die Dienststelle V A 1c (Bibliothek, Archiv, Statistik). Er war sehr eng mit Nebe befreundet. Er ging dann nach Hamburg und ist dort verstorben.

Die übrigen Namen sind mir erinnerlich. Ich kann aber keine Angaben über die Tätigkeit dieser Personen machen.

Auch im übrigen kann ich keine weiteren Hinweise für dieses Verfahren geben.

Laut diktiert, genehmigt und unterschrieben:

Erwin Felgenhauer

Geschlossen: (12.45 Uhr)

Hölscheid
Schied

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

z. Zt. Hameln, den 21. Sept. 1966

1 J s 13/65 (RSHA)

Vernehmungsprotokoll

Gegenwärtig: Staatsanwältin Bilstein
als Vernehmende

Justizangestellter Wisnewski
als Protokollführer

Vorgeladen zum Dienstgebäude des Amtsgericht Hameln erscheint um 9.30 Uhr

der Regierungs- und Kriminalrat i. R.
Kurt F ä h n r i c h ,
geb. am 22. Sept. 1900 in Charlottenburg
wohnhaft 3251 Groß Berkel, Haus Nr. 343

und erklärt:

Mir wurde eröffnet, daß ich in dem Ermittlungsverfahren gegen Verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord an M Justizgefangenen zeugenschaftlich vernommen werden soll. Die Vorschriften der §§ 52 und 55 StPO sind mir bekannt.

Ich sollte bereits im Oktober 1964 auf Ersuchen des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht informatorisch vernommen werden. Ich habe seinerzeit eine schriftliche Äußerung zu den Akten gegeben. Diese Äußerung ist mir heute aus dem Vorgang 1AR (RSHA) 321/64 noch einmal vorgelegt worden. Wegen meines Lebenslaufes und meiner Tätigkeit im RKPA bzw. dem Amt V des RSHA nehme ich auf diese Äußerung Bezug.

Wie ich dort angegeben habe, war ich seit Gründung des RKPA bis Herbst 1944 Leiter der Reichszentrale zur Bekämpfung von Kapitalverbrechen. In die Arbeit der anderen Gruppen des RKPA, insbesondere in die Tätigkeit der Gruppe V/A hatte ich keinen Einblick. Ich hatte zwar einen guten Kontakt zum Amtschef Nebe und zu seinem Vertreter, Ministerialrat Paul Werner. Mit beiden

habe ich des öfteren auch dienstlich zu verhandeln gehabt, wenn es sich um Angelegenheiten aus dem Zuständigkeitsbereich meiner Reichszentrale handelte. Es ist durchaus möglich, daß ich auch mit dem Einen oder anderen über Anwendung des sogenannten Wilderererlasses verhandelt habe.

Über Anwendung der Vorbeugungshaft ist dabei aber nicht gesprochen worden.

Mir ist heute bekannt gegeben worden, daß Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene auf Grund einer Vereinbarung zwischen Himmler und dem damaligen Reichsjustizminister Dr. Thierack aus den Vollzugsanstalten der Justiz an die Polizei abgegeben und " zur Vernichtung durch Arbeit " in Konzentrationslager eingewiesen worden sind. Von dieser Sonderaktion habe ich seinerzeit nichts erfahren; ich höre heute zum erstenmal davon. Auch die Formulierung "zur Vernichtung durch Arbeit" habe ich noch nie gehört.

Nach dem Kriege habe ich davon gehört, daß ein Wilderer, gegen den seinerzeit von meiner Reichszentrale ermittelt worden war und der auch verurteilt worden war, aus dem Strafvollzug zur Bewährung zur Einheit " Dirlewanger " gekommen ist. Mir wurde heute gesagt, daß etwa zur gleichen Zeit, als die Sonderaktion gegen Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene durchgeführt wurde, in den Strafanstalten auch die Wilderer erfaßt wurden und gefragt wurden, ob sie sich zu einer Bewährungseinheit melden wollten. Selbst von dieser Aktion, die mindestens mittelbar die Arbeit meiner Reichszentrale berührte, habe ich seinerzeit nichts erfahren.

Ich habe auch keine Kenntnis davon, ob das RKPA in irgendeiner Weise an der Exekution von Häftlingen in Konzentrationslagern mitgewirkt hat.
Ich entsinne mich lediglich eines Falles, der aus dem allgemeinen Rahmen meiner Tätigkeit besonders herausfiel. Meine Reichszentrale bekam den Auftrag, Angehörige von 11 Eisenbahnern, die an Colli-Diebstählen teilgenommen hatten und zu Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafen verurteilt worden waren, zu benachrichtigen oder benachrichtigen zu lassen, daß sie erschossen worden sind. Die Erschießungen selbst sollten durch das Amt IV des RSHA (Geheimes Staatspolizei-Amt) veranlaßt werden.

31

Da der Amtschef V und sein Vertreter und, soweit ich mich entsinne, auch der Referatsleiter - RuKR Lobbes - nicht anwesend waren, habe ich den Amtschef IV (Gruppenführer Müller) angerufen und ihn darauf hingewiesen, daß doch Gerichtsurteile vorliegen und das insbesondere 2 von den Eisenbahnern bereits in Kürze ihre Gefängnisstrafe verbüßt hätten. Ich fragte ihn, ob es möglich sei, daß hier ein Irrtum vorliegen könne. Er erklärte mir, daß er selbst erstaunt bzw. überrascht über diesen Befehl sei und er wolle sofort unter Hinweis auf die von mir vorgetragene Erklärung Rückfrage im Führerhauptquartier halten. Mein Anruf fand etwa am späten Nachmittag statt. Gegen 23 Uhr etwa rief mich - desselben Tages - rief mich Müller wieder an, und erklärte mir, daß sein Anruf im Führerhauptquartier vergeblich gewesen sei. Hitler habe befohlen, daß die Erschießungen durchzuführen - zuführen seien. Wer die Erschießungen durchgeführt hat, ist mir nicht bekannt. Wann sich dieses Ereignis zugetragen hat, kann ich auch mit annähernder Sicherheit auch nicht sagen. Es kann in den Jahren 1942 oder 1943 geschehen sein.

(Die beiden vorhergehenden Absätze wurden von Herrn Fähnrich selbst diktiert).

Ich bin nach verschiedenen früheren Angehörigen der Gruppe V - A gefragt worden. Ich kann dazu folgendes angeben:

Ministerialrat Paul Werner kam etwa kurz nach der Gründung zum RKPA als Vertreter Nebes. Er war damals Amtsgerichtsrat und es erregte Verwunderung bzw Verärgerung im Amt, daß gerade ein Richter als Vertreter des Chefs der Kriminalpolizei eingesetzt wurde. Es stellte sich dann aber heraus, daß Werner ein vortrefflicher, gradliniger Mann war, der auch Entscheidungen traf, wo Nebe selbst auf Furcht vor Heydrich zögerte. Er behandelte auch alle Beamtenund Angestellten ohne Unterschied des Dienstgrades menschlich anständig. Es wurde deshalb allgemein hoch geschätzt.
Herr Werner war bis zu meinem Weggang Vertreter des Amtschefs. Es ist mir nicht erinnerlich, daß er zeitweise zu einer anderen Dienststelle abgeordnet war.

RuKR Dr. ~~Schefer~~ Schefe ist mir namentlich bekannt. Ich kann mich aber nicht erinnern, welche Tätigkeit er im RKPA ausgeübt hat. Insbesondere weiß ich nicht, ob er zeitweise - wegen Abwesenheit Werners - Vertreter des Amtschefs V und Leiter der Gruppe V-A war.

Adjutanten Nebes waren: zunächst KK Maisch, dann KK Engelmann. Wann der Wechsel erfolgte, weiß ich nicht mehr. Ich habe auch keine Erinnerung daran, daß der KK Drescher, dessen ich mich wohl entsinnen kann, als weiterer Adjutant neben Engelmann zu Nebe kam.

Der KS Zabel, der im Vorzimmer des Amtschefs saß, ist mir erinnerlich. Er war so eine Art Faktotum.

RuKR Hasenjaeger ist mir nur als Personalchef des RKPA bekannt. Ich weiß nicht, ob er auch Leiter des Referats V-A/ 2 (Vorbeugung) war.

Mit KR Richrath habe ich 1930 gemeinsam auf dem Polizeiinstitut Charlottenburg das KK-Examen abgelegt. Seine spätere Tätigkeit ist mir nicht bekannt.

Ich erinnere mich ferner ~~an~~ - nach Vorhalt der Namen - an RuKR Dr. Wächter, KR Dr. Menke, KK Dr. Teichmann, KR Dr. Sommerfeld, KR Dr. Riese, KD Böhlhoff, KD Andexer, KK Saevecke, KR Dr. Maly, die Gebr. Nauck, KR Dr. Zaucke, und ~~an~~ an KK Erdmann. Ich kann aber bei keinem der Genannten angeben, in welchem Referat des RKPA er tätig war.
Alle anderen Namen, die mir genannt wurden, sind mir entweder völlig unbekannt oder mindestens nicht erinnerlich.

Weitere Angaben zu dem hier interessierenden Sachverhalt kann ich nicht machen.

Laut diktiert, genehmigt und unterschrieben:

Geschlossen: 12.30 Uhr

aus 1 AR (RSHA) 321/64

33

A. Lebenslauf:

Am 22. September 1900 wurde ich in Charlottenburg geboren.
Mein Vater, der 1936 verstorben ist, war 40 Jahre Beamter der Bank des Berliner Kassen-Vereins.
Von meinem sechsten Lebensjahre ab besuchte ich das Schiller-Real-Gymnasium in Charlottenburg und legte dort auch das Abiturientenexamen ab.
Im Jahre 1917 wurde ich zum Kriegshilfsdienst nach freiwilliger Meldung verpflichtet und war bis etwa Juni 1918 als vereidigter Rechner und Zeichner bei der "Königlich Preussischen Artillerie-Prüfungskommission" tätig. Dann wurde ich zum 1. Garde-Feldartillerie-Regiment als Kanonier eingezogen, kam aber wegen einer beim Geschützdienst erlittenen Verletzung nicht mehr zum Fronteinsatz.
Nach Beendigung des Krieges studierte ich ab 1919 an der Universität Berlin zunächst Mathematik, Physik und Chemie im Hauptfach. Wegen einer Gasvergiftung gab ich auf ärztliches Anraten dieses Studium auf. Durch einen befreundeten Polizeibeamten war ich zu dieser Zeit für den Beruf des Kriminalbeamten interessiert worden. Auf väterliche Anordnung genoss ich nunmehr eine besonders vielseitige Ausbildung. Neben dem Studium der Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaften und Kriminalistik volontierte ich nach einem festgelegten Plan in verschiedenen Abteilungen mehrerer Gross- und Privatbanken sowie in der Industrie, um das Bankwesen und den kaufmännischen Betrieb kennen zu lernen. Um auch das Leben in handwerklichen Betrieben kennen zu lernen volontierte ich ebenfalls (etwa ein Jahr) im Tischler-, Stellmacher-, Schmiede- und Schlosserhandwerk.
Im Winter 1927/28 legte ich die psychotechnische Eignungsprüfung für die Kriminalpolizei ab und wurde zum 15. November 1928 als Kriminalkommissar-Anwärter zur Kriminalpolizei Berlin einberufen. Nach der üblichen praktischen Ausbildung und einem 9-monatigen Lehrgang beim Polizeiinstitut Charlottenburg bestand ich 1930 die Kriminalkommissar-Prüfung mit dem Resultat "gut". Von 1930 bis 1933 war ich in der Mordinspektion tätig und leitete dort von 1931 bis 1933 ein Raub-Kommissariat.
Gegen meinen Willen und trotz meines Protestes - weil ich das mir lieb gewordene Raubkommissariat nicht verlassen wollte - wurde ich Anfang 1933 zur Abt. I A (politische Polizei) kommandiert, aus der später das Geheime Staatspolizeiamt gebildet wurde. Hier habe ich Straftaten der Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen bearbeitet. Aus 2 Gründen wurde ich 1934 aus der Geheimen Staatspolizei als für diese "nicht tragbar" entfernt und zur Kriminalpolizei zurückbeordert. Die Gründe waren folgende:

1.) Am 30. Juni 1934 wurde ich unter dem Vorwand der angeblichen

Beteiligung

Beteiligung an der sogenannten Röhmrevolte festgenommen und als Häftling in das Konzentrationslager Lichtenburg bei Torgau gebracht. Wie ich sehr bald aus den Vorhaltungen merkte, hatte die SS es mir verübelt, dass ich 1933 einmal einen SS-Sturmbannführer des SS-Oberabschnitts Spree wegen einer Straftat festgenommen hatte. Hier muss ich der Vollständigkeit halber erwähnen, dass ich in den ersten Monaten meiner Tätigkeit im Geheimen Staatspolizeiamt sehr häufig Schwierigkeiten mit dem SA-Gruppenführer E r n s t von der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg hatte, wenn ich SA-Männer seiner Gruppe festnehmen musste. Um diese Schwierigkeieten zu vermeiden, war ich auf Anraten eines mir bekannten SA-Sturmführers der SA beigetreten. Ich erhielt, ohne jemals Dienst gemacht zu haben und auch später nicht zu machen, den Dienstgrad eines SA-Truppführers. Der Erfolg war übrigens verblüffend. Statt jemals wieder Schwierigkeiten zu haben, brauchte ich den Gruppenführer oder seinen Chefadjutanten nur anzurufen und die "Auslieferung" des von mir benötigten SA-Mannes zu "erbitten". Ohne jeden Einwand wurde mir dann der Betreffende durch die Polizeiabteilung I E der SA- Gruppe zur Vernehmung oder soger zur Festnahme zugeführt. Das Geltungsbedürfnis des SA-Gruppenführers war befriedigt. Die "Zusammenarbeit" war von dieser Zeit an reibungslos. Aus der SA bin ich dann 1936 oder 1937 wieder ausgetreten. Bei meinem Eintritt in die SA war ich noch nicht Mitglied der NSDAP. Dieser bin ich erst einige Monate später eingetreten. Ich glaube, es war im September 1933. Das Parteibuch erhielt ich jedenfalls im Dezember 1935 erst, aber als Eintrittsdatum war 1. Mai 1933 eingetragen. Dass mein Eintritt erst später erfolgt ist, geht m.E. schon aus der hohen Mitgliedsnummer hervor, die bei etwa 3-einhalb Millionen lag.

2.) Inzwischen, d.h. während meiner Konzentrationslagerhaft, die etwas über einen Monat gedauert hatte, war bekannt geworden, dass ich vor 1933 der republikanischen Vereinigung bei der Polizeiverwaltung Berlin angehört hatte. Diese Mitgliedschaft, die mir auch später noch oft vorgehalten worden ist, gab den Ausschlag für die Feststellung, dass ich für die Geheime Staatspolizei untragbar sei. Das wurde mir offiziell bei meiner Rückversetzung zur Kriminalpolizei eröffnet.

Von 1934 bis 1936 leitete ich dann ein Morddezernat bei der Kripo Berlin. Mein Vorgesetzter war der bekannte Regierungs- und Krimnalrat G e n n a t. In diesen Jahren habe ich eine Reihe von Mordkommissionen erfolgreich geleitet. Wegen dieser erfolgreichen Tätigkeit wurde mir die Leitung der Reichszentrale zur Bekämpfung von Kapitalverbrechen im Reichskriminalpolizeiamt (Amt V des RSHA) übertragen.

Nach dem 20. Juli war ich zunächst wieder festgenommen worden, wurde ~~aber~~ nach zwei Tagen wieder aus der Haft entlassen, aber nach Hannover versetzt. Der damalige Leiter des RKPA, SS-Oberführer Panzinger hatte mir eröffnet,

dass

ich wegen meiner engen Zusammenarbeit mit dem zu dieser Zeit flüchtigen bisherigen Leiter des RKPA, Reichskriminaldirektor N e b e , für das RKPA nicht mehr " tragbar" sei.

Im April 1945 wurde ich beim Einmarsch der amerikanischen Truppen in Reinstedt bei Aschersleben, wo ich mich krankheitshalber mit Genehmigung des Polizeiarztes aufhielt, in Automatikhaft genommen, aus der ich im März 1947 entlassen wurde.

Meine Beförderung zum Kriminalrat erfolgte erst im Januar 1939.

Nach Teilnahme an einem Führerlehrgang der Sicherheitspolizei (nicht der SS, der ich nicht angehörte) wurde ich am 9. November 1943 zum Kriminaldirektor befördert.

Entnazifiziert war ich nach Kategorie III und später nach Kategorie IV.

Von 1951 bis 1954 war ich Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag.

Am 17. Dezember 1955 wurde ich unter Beförderung zum Regierungs- und Kriminalrat in die Niedersächsische Landeskriminalpolizei wieder eingestellt. Hier war ich zunächst ein Jahr in Hannover bei der Polizeidirektion und dann den Rest bis zu meiner Pensionierung als Leiter der Landeskriminalpolizei-Aussenstelle in Hameln. Am 1. Oktober 1960 wurde ich wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt.

Seit 1961 (August) bin ich beim Beamtenheimstättenwerk in Hameln im Vortragsdienst tätig.

B. Zu den gestellten Fragen erkläre ich folgendes:

1.) Bei Errichtung des Reichskriminalpolizeiamtes (1935 oder 1936)

2.) Reichszentrale zur Bekämpfung von Kapitalverbrechen (Referat ?)

3.) Kriminalkommissar

4.) Nein, immer Reichszentrale zur Bekämpfung von Kapitalverbrechen.

5.) entfällt, siehe zu Ziff. 4

6.) 24. Januar 1939 zum Kriminalrat
9. Novemb.1943 zum Kriminaldirektor

7.) Alle Dienstgrade in derselben Dienststelle, siehe Ziff.2,3 und 4.

8.) Leiter der Reichszentrale, die in erster Linie Nachrichtensammelstelle aller RKP-Meldungen über Kapitalverbrechen im Reichsgebiet, karteimässige Erfassung und Auswertung. Hinweise auf vermutliche Tatzusammenhänge an die jeweiligen Stellen im Reichsgebiet. - Sodann auch eigene Exekutive, wenn auswärtige Kripostellen bei der Bearbeitung nicht zur Aufklärung gelangten. - Insbesondere Wiederaufnahme der kriminalpolizeilichen Bearbeitung von alten Vermisstensachen, in denen die vermisste Person nicht wieder aufgefunden worden war, und ein Verbrechen nach Ansicht meiner Reichszentrale nicht ausgeschlossen erschien. Hierbei sind Mordsachen aufgeklärt worden, die 10, 11, 14, 18 Jahre und auch darunter zurücklagen. - Eine weitere Aufgabe der Reichszentrale war die vorbeugende und auch die verfolgende Bekämpfung der Wilderei.

noch 8.) In besonders gelagerten Fällen, wenn z.B. keine erfahrenen Sachbearbeiter vorhanden waren, oder die örtlich zuständigen Beamten den Fall nach längerer Zeit nicht klären konnten, übernahmen Beamte meiner Reichszentrale oder ich persönlich die Fälle. Das waren zwar Ausnahmen. Zwei Sonderaufträge hatte die Reichszentrale, und zwar die kriminalpolizeiliche Überwachung der Staatstheater und der Schorfheide. Sie ergaben sich aus den Aufgabenbereichen der Reichszentrale, nämlich Bekämpfung von Brandstiftungen (Sonderauftrag Staatstheater) und der Wilderei (Sonderauftrag Schorfheide).

9.) meine damaligen Vorgesetzten waren:

✓ a) Oberregierungs-u. Kriminalrat Hans L o b b e s
Geburtsdatum unbekannt, vermutlich in West-Berlin wohnhaft

✓ b) Reichskriminaldirektor Arthur N e b e, im Zusammenhang mit dem 20.Juli hingerichtet

✓ c) Ministerialrat W e r n e r, Vorname unbekannt, Geb.Dat.unbekannt. war Vertreter von Nebe. - Jetzt im Bad.-Württemb. MdI in Stuttgart

10.) L o b b e s war Referatsleiter im RKPA. Ihm unterstanden, soweit ich mich entsinne, vier Reichszentralen. (z.B. die Reichszentrale für Vermisste und unbekannte Tote)

N e b e war Leiter des RKPA

W e r n e r war Vertreter des Leiters,

Lobbes gehört zum Kreis der Beteiligten des 20. Juli.

11.) Ich habe keine Verbindung zu ehemaligen Kameraden des RKPA.

12.) Keine Anschriften bekannt, ausserden zu 9 a und c angegebenen.

13.) In keinem Ermittlungsverfahren als Beschuldigter vernommen. Als Zeuge lediglich in einem Ermittlungsverfahren gegen einen Krim.-Sekretär Schulz oder Schulze aus dem Rheinland vernommen worden, der,, wenn ich mich recht entsinne , wegen Misshandlung beschuldigt wurde. Ich habe ihn aber nicht gekannt. Das war vor etwa 5 oder 6 Jahren. Aktenzeichen und bearbeitende Dienststelle weiss ich nicht mehr.

14.) Angehörige von mir waren weder zum RKPA noch zu einem anderen Amt des RSHA dienstverpflichtet oder sonstwie tätig.

Meine Wohnungsadressen in Berlin waren:
Charlottenburg, Holtzendorffstr. 3
Nikolassee, Strasse am Wannsee, Ecke Am Schlachtensee
Marienfelde, Manntzstr.15

In der Knesebeckstrasse 68 habe ich nie gewohnt. Hier muss ein Irrtum vorliegen Ich war, da ich als SS-untauglich befunden worden war, nur " Uniformträger", d.h. ich hatte einen Uniformausweis, der nur in Verbindung mit dem kriminalpolizeilichen Dienstausweis galt. Den Uniformausweis hatte ich erhalten, als ich zur Aufklärung einer Mordsache nach Lemberg entsandt worden war. Bei jeglicher Tätigkeit im Gebiet ausserhalb der alten Reichsgrenzen musste die Uniform getragen werden, also auch von mir, obwohl ich nicht SS-fähig war und auch nicht rangangeglichen.

Zu der Frage 13 möchte ich noch nachtragen, dass ich in dem Ermittlungsverfahren gegen den SS-Obergruppenführer Udo von W o y r s c h , der vom Schwurgericht Osnabrück am 2.8.57 zu 10 Jahren Gefängnis wegen Beihilfe zum Totschlag in 8 Fällen verurteilt worden ist, die kriminalpolizeilichen Ermittlungen mit

dem Erfolg geführt habe, dass es nach 23 Jahren gelungen ist, die schon zur Tatzeit (30.Juni 1934) von der damaligen Staatsführung geheimgehaltenen Vorgänge mit einer zur Verurteilung ausreichenden Sicherheit aufzuklären. - Diesen Auftrag hatte ich erhalten, da ich selbst als Betroffener der 30. Juni 1934 einige Kenntnisse über die damaligen Geschehnisse hatte. Das von mir gesammelte Beweismaterial hat, wie der Herr Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Osnabrück hervorhob, zur Überführung des Angeklagten von W o y r s c h trotz seines Bestreitens wertvolle Dienste geleistet.

Kurt Fähnrich

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

z.Zt. Northeim, den 22.9.1966

1 Js 13/65 (RSHA)

Vernehmungsprotokoll

Gegenwärtig: Staatsanwältin Bilstein
als Vernehmende
Justizangestellte Krikkis
als Protokollführerin

Vorgeladen zum Dienstgebäude des Amtsgericht Northeim erscheint um 8,3o Uhr in Begleitung des Rechtsanwalts Hans-Georg Zapf aus Northeim der Pensionär

Albert Grösche aus Northeim, Bürgermeister-Peters-Str.2,
geb.am 4.2.19o2 in Northeim/Han.

Ihm wurde eröffnet, dass er in dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Beschuldigter vernommen werden soll. Er wurde darauf hingewiesen, dass es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zu den Beschuldigungen zu äussern oder nicht zur Sache auszusagen.

Er erklärte: Ich will mich hier zu den Beschuldigungen äussern.
Wegen meines Lebenslaufes und meiner Tätigkeit im RKPA nehme ich auf meine schriftliche Äusserung vom 22.September 1966 Bezug, die ich hiermit zu den Akten reiche.
Ergänzend gebe ich folgendes an:Wie ich bereits in meinem Lebenslauf ausgeführt habe, war ich ab November 1937 bis Kriegsende im Referat " Vorbeugung" des Reichskrimminalpolizeiamts (RKPA) tätig. Das Referat trug die Bezeichnung A2II. Das Reichskrimminalpolizeiamt war seit Oktober 1939 als Amt V dem Reichssicherheitshauptamt eingegliedert. In unserem Arbeitsbereich wurde aber überwiegend die alte Bezeichnung Reichskrimminalpolizeiamt weiter verwendet. Nur in ganz seltenen Fällen firmierten wir RSHA Amt V.

Das Referat "Vorbeugung" war in zwei Dienststellen - A 2 a und A2b - eingeteilt. Bei A2a wurden Vorbeugungsangelegenheiten, dass heißt Vorbeugungshaft und planmässige polizeiliche Überwachung, gegen Berufs-und Gewohnheitsverbrecher bearbeitet, während A2b Vorbeugungsmaßnahmen gegen

Asoziale traf. Der Dienststelle A2b war organisatorisch die Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens angeschlossen.

Ich war immer in der Dienststelle A 2a tätig. Gegen Kriegsende war allerdings die Trennung der Dienststellen nicht mehr streng durchgeführt, sodass es möglich ist, dass ich in dieser Zeit gelegentlich auch Vorgänger aus A 2 b bearbeitet habe.

Wie ich bereits in meiner Äusserung ausgeführt habe, lag mein Aufgabengebiet in der Zeit von etwa Frühjahr 1939 bis Herbst 1944 ausschliesslich auf dem Gebiet der polizeilichen planmäßigen Überwachung. Mein Sachgebiet trug die Bezeichnung A 2 a [2]. In dieser Zeit hatte ich weder mit der Genehmigung von Vorbeugungshaft noch mit Entscheidungen über Haftentlassungen bzw. Haftprüfungen zu tun.

Mir ist ein Geschäftsverteilungsplan des RKPA vorgelegt worden. Nach diesem Plan waren für die Genehmigung von Vorbeugungshaft und für die Bearbeitung von Gesuchen um Aufhebung der polizeilichen Vorbeugungshaft jeweils verschiedene Sachgebiete zuständig. In der Praxis ist eine solche strenge Trennung der Aufgabengebiete nicht durchgeführt worden. Die Bearbeitung war vielmehr nach örtlichen Gesichtspunkten aufgeteilt, d.h. jeder Sachbearbeiter war für Vorgänge aus dem Bereich bestimmter Kripoleitstellen zuständig. Entsprechend erschienen in den Aktenzeichen der Vorgänge am Anfang römische Zahlen, durch die die Kripoleitstellen gekennzeichnet waren.

Mir ist ferner aus dem Dokumentenband VH 3 ein Vorgang betreffend Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft vorgelegt worden. Ich bestätige, dass bei uns Formulare wie Blatt 59 verwandt worden sind. Ich erkenne auf dem mir vorgelegten Formular die Unterschrift unseres Dienststellenleiters Richrath. Das Namenszeichen rechts unten dürfte von dem Kriminalsekretär Schottke stammen; das Diktatzeichen (Sp.) wurde von Fräulein Spanka geführt.

Die Entscheidung über die Genehmigung der von den Kriminalpolizeistellen angeordneten Vorbeugungshaft lag grundsätzlich nur beim Dienststellenleiter bzw. seinem Vorgesetzten. Die Sachbearbeiter führten nur die Vorprüfung durch. Sie hatten keine Zeichnungsbefugnis.

Die Entscheidung darüber, in welches Konzentrationslager die einzelnen Häftlinge eingewiesen wurden, erfolgte ebenfalls nach örtlichen Gesichtspunkten. Für jede Kriminalpolizeistelle waren bestimmte Einweisungslager vorgesehen. Abweichungen kamen evtl. bei Überfüllung eines Lagers vor.

Die Einteilung der Konzentrationslager in Lagerstufen ist mir nicht bekannt. ~~Derartige Stufeneinteilungen spielten bei der Einweisung~~ Mir ist heute bekanntgegeben worden, dass ein Erlaß insoweit besteht. Er ist mir nicht zur Kenntnis gekommen. Ich weiß auch nichts davon, dass eine solche Einteilung in Lagerstufen bei der Einweisung von Vorbeugungshäftlingen eine Rolle gespielt hat.

Von der Sonderaktion gegen Justizgefangene, die den Gegenstand dieses Verfahrens bildet, habe ich seinerzeit gehört. Ich weiß auch, dass es einen Erlaß gab, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Nach meiner Erinnerung war darin ausgeführt, dass Sicherungsverwahrte, bei denen der Zweck der Sicherungsverwahrung noch nicht erreicht war, aus den Vollzugsanstalten der Justiz übernommen und in polizeiliche Vorbeugungshaft überführt werden sollten. Mir ist nicht bekannt, von wem dieser Erlaß stammte.

Ich bin an der Durchführung dieser Sonderaktion nicht beteiligt gewesen. Mein Aufgabengebiet - polizeiliche planmäßige Überwachung - war so umfangreich, dass für irgendwelche zusätzlichen Arbeiten kein Raum war. Ich kann deshalb auch nicht sagen, in welcher Weise die Abgabeaktion im Referat "Vorbeugung" bearbeitet worden ist.

Mir ist heute bekanntgegeben worden, dass für die Benachrichtigung der einzelnen Kripostellen Sachbearbeiter von anderen Dienststellen zusammengezogen worden sind. Auch davon war mir nichts bekannt.

Ich kann keine Angaben darüber machen, wer die Entscheidung darüber getroffen hat, in welche Konzentrationslager die aus den Justizanstalten zu übernehmenden Häftlinge einzuweisen waren.

Mit ist vorgehalten worden, dass die von der Justiz übernommenen Häftlinge zu einem sehr hohen Prozentsatz nach kurzer Zeit in den Konzentrationslagern verstorben sind. Dazu erkläre ich:
Das Referat "Vorbeugung" erhielt von den einzelnen Konzentrationslagern in jedem Fall Nachricht von dem Tod eines Vorbeugungshäftlings. Die Todesmitteilungen gingen bei der Geschäftsstelle des Referats ein und wurden von deren Leiter - KOS Hätscher - dann verteilt. Es ist richtig, und es ist im Referat allgemein aufgefallen, dass sich die Todesmeldungen zu einem gewissen Zeitpunkt häuften. Ich kann aber nicht angeben, wann das war und ob diese Häufung damals mit der Sonderaktion gegen Justizgefangene in Verbindung gebracht worden ist. Es müsste aber meiner Erinnerung nach vor der Evakuierung

Gr

41

der Dienststelle nach Fürstenberg/Mecklenburg im August 1943 gewesen sein.

Ich bin heute danach gefragt worden, ob mir etwas darüber bekannt ist, dass Vorbeugungshäftlinge in Konzentrationslagern auf höheren Befehl exekutiert worden sind. Mir ist ferner vorgehalten worden, dass Personen, die wegen Straftaten von ordentlichen Gerichten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, ebenfalls auf höheren Befehl durch Polizeidienststellen erschossen worden sind. Ich kann zu beiden Vorhalten keine Angaben machen. Mir ist nichts darüber bekannt, dass über derartige Dinge im Reichskrimminalpolizeiamt entschieden worden wäre.

Mir ist ein Auszug aus Akten der Kriminalpolizeileitstelle Köln betr. Karl Naumann vorgelegt worden. In der von der KPLSt Köln verfügten "Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft" vom 6.März 1944 steht unter anderem der Satz :"Eine Rückkehr ist nicht erwünscht". Eine solche Formulierung ist mir in der Zeit, als ich Vorbeugungshaftanträge bearbeitete, nicht begegnet. Ich habe auch später nichts davon gehört, dass derartige Bemerkungen in den Begründungen zu den Vorbeugungshaftanträgen gemacht wurden.

Klikkis

Nunmehr übernahm um 12.1o Uhr die Justizangestellte Fischer die Protokollführung.

Zur personellen Besetzung des Referats kann ich folgendes angeben:
Als ich im November 1937 zum RKPA kam, war der KD. Hasenjäger Leiter des Referats "Vorbeugung".
Hilfsreferent für A XX2a war bis etwa 1942 KD. Andexer, für A 2 b zunächst KR. Dr. Zaucke, dann KR. Böhlhoff.

Nachdem KD. Andexer als Lehrer zur Sicherheitspolizeischule Fürstenberg/Mecklenburg versetzt worden war, wurde meiner Erinnerung nach Böhlhoff Leiter des Referats "Vorbeugung", während Hasenjäger nur noch Personalsachen bearbeitete.

Leiter der Dienststelle A 2 a war von 1937 bis Kriegsende KR. Richrath, während die Dienststelle A 2 b mindestens in der Zeit 1942 bis 1944 von KR. Otto geleitet wurde.

Weitere Dienststellenleiter bei A 2 a waren KOS. Grahneis und KK. Ø Langenau. Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, ob sie dem KR. Richrath gleichgestellt waren und ob sie die gleiche Zeichnungsbefugnis wie er hatten. Grahneis war schon unter Dr. Riese beim Referat S-Kr. 3 des Hauptamtd Sicherheitspolizei tätig gewesen. Wann KK. Langenau zum Referat gekommeh ist, ist mir nicht erinnerlich.

Bei A 2 b waren die KK.i.R. Herber und Erdmann tätig. Ich weiß allerdings nicht genau, was sie dort bearbeitet haben und ob sie ausschließlich der Dienststelle A 2 b angehört haben.

Dienststellenleiter der Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens war KK. Supp. Über die Tätigkeit dieser Reichszentrale kann ich keine Angaben machen. Die Angehörigen dieser Dienststelle bildeten "einen besonderen Haufen."

KR. Dr. Maly war meiner Erinnerung nach nur kurze Zeit Angehöriger des Referats"Vorbeugung". Ich kann nicht sagen, wann das war und in welchem Sachgebiet er gearbeitet hat.

Etwa 1944 kam RuKR. Nauck als Mitarbeiter Böhlhoffs zu uns. Er war wohl überwiegend in A 2 b tätig. Es ist sogar möglich, daß er die Dienststelle "Vorbeugungshaft" gegen Asoziale" ganz übernahm, während KR. Otto nur noch Zigeunerfragen bearbeitete.

Mir ist nicht erinnerlich, daß ein Regierungsassessor Isernhagen bei A 2 tätig war. Dagegen ist mir bekannt, daß der damalige KK. Gornickel kurze Zeit dem Referat angehört hat. Er kam von der Kripoleitstelle Berlin und ist dann zu einer anderen Dienststelle versetzt worden, wo er wohl Sonderaufgaben bearbeitet hat. Welcher Art diese Sonderaufgaben waren und welche Bezeichnung seine Dienststelle hatte, kann ich nicht sagen. Ich kann auch nicht angeben, wann er vom Referat A 2 weggekommen ist.

Das Referat A 2 gehörte zur Gruppe A. Gruppenleiter war bis zum Kriegsende Ministerialrat Werner. Er war während des Krieges für kurze Zeit zu einer auswärtigen Dienststelle abgeordnet. In dieser Zeit wurde die Gruppe von Regierungsrat Dr. Schefe geleitet. Dr. Schefe kam von einer Stapo-Stelle. Wo er später verblieben ist, weiß ich nicht.

Der Leiter der Gruppe A war gleichzeitig Vertreter des Amtschefs Nebe.
Die Vernehmung wurde um 13.oo Uhr zu einer Mittagspause unterbrochen. Sie soll um 14.3o Uhr fortgesetzt werden.

Fortsetzung der Vernehmung:
Wie die Vertretung des Leiters der Gruppe A geregelt war, ist mir nicht mehr erinnerlich.

Mir sollen nunmehr eine Reihe von Namen früherer Angehöriger der Gruppe A genannt werden. Ich werde im einzelnen angeben, was ich von diesen Personen noch weiß.
KS. Bahrke war in der Dienststelle des KOS. Hätscher in der Kartei tätig.
Der KS. Karl Baschin war Mitarbeiter des KOS. Grahneis.
Ich habe gehört, daß er sich nach dem Kriege das Leben genommen hat.

Fräulein Erna Bellenbaum war im Anfang als Stenotypistin im Referat "Vorbeugung" tätig. Sie ist möglicherweise später zur Personalabteilung gekommen.

POI. Bergoße war beim Referat "Vorbeugung" als ich dort hin kam.
Er war Verwaltungsbeamter und kam nach kurzer Zeit zu einer anderen Dienststelle.
Fräulein ~~Erna~~ Irma Blankenburg war bei A 2 seit etwa Anfang 1938 als Stenotypistin tätig. Sie hat später geheiratet - etwa Sommer 1944 - und ist dann ausgeschieden. Ihr Familienname war dann Müller.
Sie wohnte damals bei ihren Eltern in Berlin-Hohenschönhausen, Oberseestr. 1o3. Sie war in Blankenburg geboren. Ich habe gehört, daß sie bei der Besetzung Berlins ums Leben gekommen ist.
KOS. Bonse war als Sachbearbeiter war der Zigeunerzentrale.
KS. Kurt Brüning war bei A 2 a zusammen mit Monthofer.
Er war in Fürstenberg an der Oder geboren und wohnte in Berlin-Spandau.
Der K-Angest. Georg Bullert arbeitete unter Hätscher als Tagebuch- und Karteiführer.
KI. Clausing war in der Dienststelle A 2 tätig. Er wurde aber nur mit untergeordneten Arbeiten betraut. Er war noch mit in Fürstenberg und ist später pensioniert worden.
KI. Josef Eichberger war Vertreter des KK. Supp und seines Nachfolgers bei der Zigeunerzentrale.
KOS. Elgleb war in der Registratur tätig.

KS. Karl Erny war Vorprüfer bei der Dienststelle A 2.
Er war noch mit in Fürstenberg, ist dann aber versetzt worden.
KK. Fuchs war anfangs beim Referat tätig. Er ist bald weggekommen.
Möglicherweise war er der Vorgänger von Grahneis. Wo er verblieben
ist, ist mir nicht bekannt.
KS. Gronostay arbeitete zusammen mit Baschin bei Grahneis.
Der K-Angest. Grubbe war in der Registratur tätig, und zwar
als Materialverwalter. Er stammte aus Danzig und hat nach dem
Kriege eine Zeitlang in Northeim gewohnt.
Der schon verschiedentlich erwähnte KOS. Hätscher soll nach dem
Kriege wahrscheinlich in Thüringen gelebt haben.
KS. Wilhelm Hanack war zunächst in der Kartei tätig. Er wurde
dann mein Mitarbeiter bei der planmäßigen Überwachung.
Er wurde später eingezogen, war aber noch mit in Fürstenberg.
KS. Hardegen war Sachbearbeiter bei Langenau. Auch er ist später
eingezogen worden, etwa gemeinsam mit Hanack.
KS. Heins müßte heute etwa Mitte 7o sein. Er war als Karteiführer
tätig, stammte aus Lübeck oder Kiel und ist auf seinen Antrag
etwa 1944 wieder dorthin versetzt worden.
KS. Alfred Kranzin war am Anfang beim Referat "Vorbeugung".
Er ist Anfang des Krieges zur GFP eingezogen worden. Er ist später
zum RKPA zurückgekommen, aber nicht zu unserer Dienststelle.
Über seinen Verbleib nach dem Kriege weiß ich nichts.
KS. Paul Kretschmer war Sachbearbeiter. Er saß mit Schottke
in einem Zimmer.
KOS. Krumpholz war 1937 bei "Vorbeugung" tätig. Er ist dann zur
Personalgeschäftsstelle versetzt worden.
Bruno Kuzina war Karteisachbearbeiter.
KS. Hermann Moeller ist mir erinnerlich. Er war in A 2 b tätig
und war Sonderbeauftragter für Prostituierte.
Der schon erwähnte Alois Monthofer (früher Montkowski)
wohnte in Ost-Berlin und soll verstorben sein.
KK. Dr. Ochs war bei A 2 tätig. Ich habe eine Zeitlang mit ihm
in einem Zimmer gesessen. Er ist aber etwa im Sommer 1941
versetzt worden.
KS. Roese war schon pensioniert und wurde während des Krieges
vorübergehend wieder als Sachbearbeiter bei A 2 beschäftigt.
KK. Sandner war möglicherweise Nachfolger des KK. Supp als
Leiter der Zigeunerzentrale.
KS. Schikorra war in der Dienststelle Hätscher tätig.

KS. Karl Schottke kam schon sehr früh zum Referat "Vorbeugung". Er war zunächst in der Kartei, später als Sachbearbeiter bzw. Vorprüfer tätig. Sein Verbleib ist mir nicht bekannt.
Ilse Spanka war Stenotypistin bei A 2. Sie war die Kusine von Inge Meysel. Sie wurde später zur Sängerin und Tänzerin ausgebildet. Sie war schon nicht mehr in Fürstenberg. Sie soll bei der Truppenbetreuung eingesetzt worden sein.
KS. Hermann Völske war zunächst bei Hätscher tätig. Er ist dann bald weggekommen, möglicherweise eingezogen worden. Ich habe ihn 1945 (April) bei der KPLSt Berlin wiedergetroffen. Sonst weiß ich von ihm nichts. Sein Nachfolger bei der Dienststelle Hätscher war KS. Wellnitz.
KK. Wiszinsky ist mir erinnerlich. Er war möglicherweise der Vorgesetzte von KS. Moeller.
Frau Zerbst war eine ältere Dame und bei Wellnitz in der Kartei tätig.

Die übrigen mir genannten Namen sind mir entweder nicht erinnerlich oder ich kann zu diesen Personen keine näheren Angaben machen.

Ergänzend zu meinen obigen Angaben Seite 2 Abs. 3 dieser Vernehmung möchte ich erwähnen, daß ich wohl auch in der Zeit zwischen 1939 und 1944 gelegentlich als Urlaubsvertreter einzelne Vorbeugungshaftsachen bearbeitet habe. Es war aber jedenfalls nicht mein eigentliches Aufgabengebiet. Mir wurden aus dem Dokumentenband VH III die Schriftstücke Blatt 14 und Blatt 53 vorgelegt. Sie stammen vom 16. April 1942 und vom 12. Oktober 1943. Beide tragen die Unterschrift "im Auftrage gez. Grösche". Ich kann nur heute annehmen, daß ich diese Schriftstücke während solcher Urlaubsvertretungen unterzeichnet habe.
Weitere Angaben kann ich heute zu dem vorliegenden Ermittlungsverfahren nicht machen.

Die Vernehmung ist in meiner Gegenwart laut diktiert worden. Ich verzichte darauf, sie noch einmal durchzulesen.

Genehmigt und unterschrieben:

Albert Grösche

Geschlossen (16.30 Uhr):

Goldstein
Richter

Albert Grösche Northeim (Han.), 8. Sept. 1966

Lebenslauf

Ich bin am 4.2.1902 in Northeim (Han.) geboren. Mein Vater Ernst Grösche war Eisenbahnbediensteter und ist im Jahre 1909 im Alter von 51 Jahren verstorben. Meine Mutter Auguste geb. Marhenke starb im Alter von 80 Jahren im Jahre 1945. Von 1908 bis 1916 habe ich die siebenklassige Seminar-Uebungsschule in Northeim besucht und wurde Ostern 1916 in der ev.luth. Kirche in Northeim konfirmiert. Eine zunächst nach der Schulentlassung begonnene Kaufmannslehre mußte ich infolge der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wieder aufgeben und war dann ab November 1916 im Staatseisenbahndienst auf dem Bahnhof Northeim tätig. Im Dezember 1918 wurde ich zum Feldeisenbahndienst überwiesen und war bis August 1919 im östlichen Kriegsgebiet eingesetzt. Aus personaltechnischen Gründen konnte nach Rückkehr meine Wiederverwendung im Eisenbahndienst nicht erfolgen. Ich war anschließend Soldat der damaligen Wehrmacht bis 1.9.1920 und bin alsdann 9 Monate in einem Bergwerk bis zu dessen Betriebsschließung beschäftigt gewesen.

Schutzpolizei

Im Jahre 1921 bewarb ich mich um Einstellung bei der Schutzpolizei und wurde nach Ablegung einer Eignungsprüfung am 1.8.1921 als Polizei-Unterwachtmeister bei der Schutzpolizei in Hildesheim eingestellt. Hier habe ich bis zum 3.1.1927 Polizeidienst in dem s.Zt. bei der Schutzpolizei üblichen Wechseldienst (24 Std. Wache, 24 Std. Ruhe, 24 Std. Bereitschaft, 24 Std. Ausbildung) versehen. Mit Wirkung vom 3.1.1927 wurde ich infolge Auflösung der Schutzpolizei Hildesheim zur Schutzpolizei Harburg-Wilhelmsburg versetzt. Hier bin ich nur im Polizeibereitschaftsdienst verwendet worden und war als Gruppen- und Zugführer tätig. Während der Dienstzeit wurde ich 1924 zum Pol.-Wachtmeister und 1927 zum Pol.-Oberwachtmeister ernannt.

Kriminalpolizei Harburg-Wilhelmsburg und Hamburg.

Am 2.1.1931 erfolgte meine Abordnung zur Landeskriminalpolizeistelle in Harburg-Wilhelmsburg. Ich versah hier Dienst bei der "Politischen Polizei"-Abt. IA-. Mit Wirkung vom 15.6.1931 bin ich sodann zur Probedienstleistung bei der Kriminalpolizei Harburg-Wilhelmsburg einberufen worden und nach abgeschlossener Ausbildung am 1.1.1932 als Kriminal-Assistent in den Kriminaldienst übernommen. Ich war weiterhin bei der Abt. IA tätig. Im März 1933 mußte ich - wie die meisten bei der Abt. IA tätigen Kriminalbeamten- aus der Abt. IA entfernt werden. Auf Grund des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" sollte ich aus dem Polizeidienst entlassen werden. Die Entlassung wurde nicht verfügt, jedoch eine langjährige Beförderungssperre -wie ich später erfahren habe- angeordnet.

Ab März 1933 war ich Sachbearbeiter in den Arbeitsgebieten: kriminalpolizeiliches Nachrichten- und Fahndungswesen, Vermisste und unbekannte Tote, Brandermittlungen und polizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen gegen Berufs- und Gewohnheitsverbrecher. Weiter war ich mehrfach als Sachbearbeiter in Kapitalverbrechen (Mord, Raub pp.)

und in größeren Betrugsfällen tätig. Nach dem 1.4.1937 erfolgte als Folge der Eingemeindung von Harburg-Wilhelmsburg in Groß-Hamburg auch eine Umorganisation der Kriminalpolizei in dem Gebiet Hamburg. Die bisherige Kriminalabteilung Harburg-Wilhelmsburg wurde Kriminal-Inspektion 10 der KP Hamburg. Verschiedene Aufgabengebiete wurden von der KPLSt Hamburg übernommen. Ab 1.4.37 führte ich die Amtsbezeichnung Kriminal-Oberassistent.

Reichskriminalpolizeiamt:

Im November 1937 wurde ich zum Reichskriminalpolizeiamt (RKPA) in Berlin versetzt. Die Dienststellen waren s.Zt. z.T. im Gebäude des Pol.Präsidiums Berlin untergebracht. So auch die Dienststelle A2 (vorbeugende Verbrechensbekämpfung), der ich zugeteilt wurde und in der ich auch bis zu deren Auflösung im April 45 Dienst versehen habe.

Zunächst habe ich einfache Büroarbeiten verrichtet. Ich hatte eingehende Unterlagen auf Anträge zur Bestätigung angeordneter polizeilicher Vorbeugungsmaßnahmen zu ordnen, entsprechende Akten anzulegen und zu beschriften sowie die vorbereiteten Akten dem zuständigen Dienststellenleiter zuzuleiten. Nach Wiedereingang der Akten hatte ich entsprechende Eintragungen auf den anzulegenden Karteikarten zu machen und schließlich die Akten und Karteikarten einzuordnen.

Nachdem die Dienststelle A2 etwa ab Januar 1938 erheblich vergrößert wurde, war ich neben mehreren anderen Beamten mit der Vorprüfung von Anträgen auf Bestätigung angeordneter polizeilicher Vorbeugungsmaßnahmen beschäftigt. Es war zu prüfen, ob die im "Erlaß über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei" vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt waren, ob die vorgeschriebenen Unterlagen vorhanden waren usw. Besondere Ausführungen im Lebenslauf und Strafregisterauszug wurden markiert (unterstrichen), um wesentliche Gründe für die angeordnete Maßnahme besonders herauszustellen. Die weitere Prüfung und schließlich Bestätigung der Maßnahme erfolgte durch die zuständigen Dienststellen bzw. Abteilungsleiter. Weiter gehörte zu meinem Arbeitsgebiet die büromäßige Bearbeitung von Gesuchen um Entlassung aus der polizeilichen Vorbeugungshaft und um Aufhebung der polizeilichen planmäßigen Ueberwachung sowie die Durchführung von Haftprüfungsterminen. Es wurden Führungsberichte über die betreffenden Häftlinge angefordert und alsdann über Haftentlassung oder Fortdauer der Haft entschieden. Bei überwachten Personen war auf Grund der Stellungnahme der zuständigen Dienststelle eine Entscheidung zu treffen, die evtl. eine Milderung oder Aufhebung der erteilten Auflagen oder auch eine Ablehnung des Antrages ergab. Die Entscheidung erfolgte durch die zuständigen Dienststellen- oder Abteilungsleiter. In besonderen Fällen war übergeordneten Dienststellen über den betr. Fall zu berichten, die alsdann die Entscheidung über den Antrag oder über die Fortdauer der Haft (insbesondere nach vierjähriger Dauer) traf. Berichtsentwürfe, Lebensläufe usw. wurden zu den betr. Fällen von mir oder den weiteren Mitarbeitern gefertigt und dem zuständigen Dienststellenleiter zugeleitet, der sie nach Ueberarbeitung entsprechend weiterbehandelte. Ein weiteres Arbeitsgebiet war während der Dauer einiger Monate die büromäßige Bearbeitung von Anträgen vorbestrafter jüdischer Vorbeugungshaftlinge oder von Gesuchen von Angehörigen solcher Haftlinge um Entlassung zur beabsichtigten Auswanderung.

Grundsätzlich wurde den Antragstellern eröffnet, daß eine Entlassung aus der Vorbeugungshaft erfolgen würde, sobald alle Vorbereitungen zur Auswanderung getroffen seien. Nach Eingang entsprechender Berichte wurde die Entlassung sofort angeordnet mit der Auflage, die Auswanderung bis zum festgesetzten Termin durchzuführen. Soweit ich erinnere, sind die in diesem Arbeitsgebiet bis dahin vom RKPA wahrgenommenen Aufgaben etwa Anfang 1939 dem Geheimen Staatspolizeiamt (GStAPA) übertragen worden.

Nach Fertigstellung des Dienstgebäudes für das RKPA -Werderscher Markt 5/6- erfolgte die Verlegung sämtlicher Dienststellen des RKPA dorthin. Im Laufe der Zeit war die Abt. A2 "vorbeugende Verbrechensbekämpfung" erheblich vergrößert worden und die Arbeitsgebiete wurden neu aufgeteilt. Etwa ab Frühjahr 1939 (?) war ich mit einem Mitarbeiter ausschließlich in dem Arbeitsgebiet "polizeiliche planmäßige Ueberwachung" beschäftigt. In der Hauptsache hatte ich Anträge auf Bestätigung der von den zuständigen Dienststellen angeordneten Ueberwachungsmaßnahmen "in Sonderfällen" sowie Gesuche um Milderung oder Aufhebung solcher Anordnungen zu bearbeiten. Terminprüfungen gehörten ebenfalls zu meinem Arbeitsgebiet.

Im August 1943 wurden einige Dienststellen des RKPA, darunter auch die Abt. A2, von Berlin nach der Sicherheitspolizeischule Fürstenberg i/Mecklbg. verlegt. Ich bin auch dort im gleichen Arbeitsgebiet bis etwa Okt./Nov. 1944 tätig gewesen. Etwa zu dieser Zeit wurden eine Reihe von bisher dem RKPA-A2-wahrgenommenen Aufgaben den Kriminalpolizei(leit)stellen übertragen oder aber wesentlich vereinfacht und ein erheblicher Teil der Beamten zu anderen Aufgaben abgeordnet. Ich war sodann wieder kurze Zeit als Vorprüfer für Anträge auf Bestätigung der angeordneten polizeilichen Vorbeugungshaft beschäftigt. Als die Sicherheitspolizeischule Fürstenberg ihren Dienstbetrieb einstellte, wurden die Restdienststellen des RKPA etwa Ende Januar 1945 wieder nach Berlin verlegt. Da in der Zwischenzeit das Dienstgebäude des RKPA zu etwa 3/4 durch Bombenschäden zerstört war, wurde die Restabteilung A2 im Februar 1945 über den Umweg Hof/Bay. nach Moringen/Solling verlegt und dort im Jugendschutzlager untergebracht. Dort waren nur einige Beamte tätig, darunter auch ich. Wir hatten lediglich "Abwicklungsarbeit" zu verrichten. Z.B. wurden in der Zwischenzeit eingegangene oder noch eingehende Anträge pp. der betr. Dienststelle (soweit dies noch möglich war) zurückgesandt mit der Weisung, in eigener Zuständigkeit zu verfahren.

Die im Jugendlager Moringen befindlichen Dienststellen sind weisungsgemäß etwa Anfang April 1945 wieder nach Berlin zurückgekehrt. Ich selbst bin nach Rückmeldung zur KPLSt Berlin abgeordnet und dort der Krim.Insp. M2 (Kapitalverbrechen) zugeteilt worden.

Während meiner Zugehörigkeit zum Reichskriminalpolizeiamt bin ich 1940 zum Krim.-Sekretär und 1943 zum Krim.-Obersekretär ernannt worden.

Am 22.4.1945 habe ich weisungsgemäß mit einer größeren Gruppe von Kriminalbeamten Berlin verlassen. Später wurden kleinere Gruppen gebildet und als Marschziel Ludwigslust (Mecklbg.) angegeben. Infolge der eintretenden Ereignisse (Vormarsch russ. Truppen) lösten sich auch die kleineren Gruppen auf und ich gelangte mit einigen Kriminalbeamten nach Lübtheen (Mecklbg.). Hier habe

ich mich bei der Ortspolizeibehörde gemeldet, wurde durch amerik. Militärpolizei überprüft, in das dortige Flüchtlingslager eingewiesen und mit der Wahrnehmung der Lagerpolizei beauftragt. Nachdem ich das Lager am 3o.6.1945 verlassen konnte, habe ich mich zu meiner in Northeim (Han.) aufhaltlichen Familie begeben und von dort aus um Weiterverwendung im Kriminaldienst beworben.

Tätigkeit nach dem 8.5.1945:

Ich wurde am 15.8.1945 bei der Kriminaldirektion Hannover eingestellt und nach kurzer Tätigkeit am 25.9.1945 durch den damaligen Inspekteur der Schutzpolizei in Hannover zur Reg.-Bez.-Polizeiverwaltung Aurich (Ostfriesland) überwiesen. Hier wurde mir der Aufbau und die Leitung der Kriminalpolizei im Polizeibezirk (Reg.Bez.) Aurich übertragen. Während meiner Tätigkeit bei der Reg.Bez.-Polizeiverwaltung Aurich bin ich am 29.1o.1945 zum Krim.-Inspektor, am 9.2.1946 zum Krim.-Kommissar und am 17.9.1946 zum Krim.-Rat ernannt worden.

Mit Wirkung vom 1.11.1947 wurde ich aus dem Dienst des Polizeibezirks Aurich entlassen. Der Entlassungsgrund ist folgender: Am 23. Okt. 1947 wurde ich vom "Höheren Militärgericht" in Aurich wegen "wissentlich falscher Angaben gegenüber einem Angehörigen der Alliierten Streitkräfte" zu 1ooo RM Geldstrafe verurteilt. Ich war während meiner Zugehörigkeit zum RKPA (Amt V des RSHA) im Rahmen der damals betriebenen Angleichung der Sicherheitspolizei an die SS entsprechend meinem Beamtendienstgrad zunächst zum "Staffel-Sturmscharführer" und 1943 nach meiner Beförderung zum Krim.-Obersekretär zum SS-Untersturmführer ernannt worden. Hierüber hatte ich s.Zt. im "Entnazifizierungs-Fragebogen" keine Angaben gemacht. Die Mil.Reg. Aurich (der PSO I der Public Safety Branch) lehnte aus diesem Grunde meine Weiterbeschäftigung bei der Polizei ab. In dem alsdann nochmals durchgeführten Entnazifizierungsverfahren erfolgte meine Einstufung in die Kategorie IV mit der Anordnung der Versetzung in den Ruhestand. Nunmehr erreichte der damalige Chef der Polizei des RB. Aurich in einer Rücksprache mit dem PSO I Aurich die Zustimmung zu meiner Wiedereinstellung unter der Voraussetzung, daß der Polizei-Ausschuß und der Entnazifizierungsausschuß gleichfalls die Zustimmung erteilen würden. Beide Ausschüsse stimmten in ihren Sitzungen im Februar 1948 meiner Wiedereinstellung zu. Diese Beschlüsse wurden mir eröffnet. Da aber die verfügte Versetzung in den Ruhestand nur im Wege des Berufungsverfahrens aufgehoben werden konnte, habe ich nach einer schriftlichen Aufforderung hierzu gegen den -rechtskräftigen!- Einreichungsbescheid eingelegt. Der Berufungsausschuß hat im Okt. 1948 im schriftlichen Verfahren entschieden: "Grösche ist entlastet. (Kat.V)." Der Bescheid erlangte am 22.1o.1948 Rechtskraft. Da aber zwischenzeitlich eine allgemeine Einstellungssperre angeordnet worden war, mußte meine bereits im Februar 1948 beschlossene Wiedereinstellung zurückgestellt werden. In der Sitzung vom 2o.6.1949 hat der Polizeiausschuß jegliche Wiedereinstellung von amtsenthobenen Beamten abgelehnt und am 25.7.1949 wurde mir vom Polizeibezirk Aurich unter Hinweis auf diesen Beschluß mitgeteilt, daß meine Wiedereinstellung z.Zt. nicht möglich sei.

Nachdem -wie oben angeführt- meine im Februar 1948 beschlossene Wiedereinstellung zurückgestellt werden mußte, bin ich im März 1948 durch den Senior PSO der Mil.Reg. Oldenburg / Aurich nach Oldenburg i/Oldbg. berufen worden. Hier wurde mir die Einrichtung und Leitung einer Sicherheitspolizeigruppe übertragen, deren Aufgabe es war, den gesamten Polizeidienst auf dem Gelände des ehem. Flughafens Oldenburg zu versehen. Dieses Gelände war zum

Kraftwagenpark, Reparaturwerkstätten usw. des brit. "16.Veh. Bn. RAOC" umgestaltet worden. Es waren dort Kraftfahrzeuge aller Art und alle Ersatzteile dazu zu betreuen und hierzu durchweg rd 4000 zivile Arbeitskräfte beschäftigt. Diese Sicherheitspolizeigruppe, bei der mit wenigen Ausnahmen ehemalige Schutzpolizei- und Kriminalbeamte tätig waren, hatte alle im Bereich dieser Dienststelle anfallenden ordnungs- und sicherheitspolizeilichen Aufgaben wahrzunehmen. U.a. wurden alle anfallenden Strafsachen in eigener Zuständigkeit durch diese Dienststelle bis zur Abgabe an die Strafverfolgungsbehörde bearbeitet. Diese mir am 17.3.1948 übertragene Stellung habe ich bis zum 31.3.1952 versehen. Das Dienstverhältnis endete wegen Auflösung bzw. Verlegung der Einheit. Während meiner Tätigkeit in Oldenburg teilte mir der SPSO Oldenburg/Aurich mit Schreiben vom 2.10.1950 mit, daß Public Safety auf Grund der Tatsache, daß ich von der Entnaz.-Behörde Aurich in die Kat. V eingestuft worden bin, keine Einwände gegen meine Wiedereinstellung bei der deutschen Polizei erhebt.

Lehrgänge usw.

Während meiner Dienstzeit bei der Schutz- und Kriminalpolizei habe ich an verschiedenen Aus- und Weiterbildungslehrgängen teilgenommen und die Polizei-Berufsschulprüfungen A und B abgelegt. Diese beiden Prüfungen habe ich mit "gut" unter Befreiung von der mündlichen Prüfung bestanden. Den Lehrgang für unkündbare Anstellung in der Schutzpolizei habe ich s.Zt. auf der Polizeischule in Hildesheim mit "gut" bestanden. "In Anerkennung besonderer Leistungen" habe ich eine Ehrengabe der "Vereinigung für polizeiwissentschaftliche Fortbildung" erhalten. Die Kriminalfachprüfung habe ich in Berlin abgelegt und "mit Auszeichnung" bestanden. Ich bin im Laufe der Dienstzeit mehrfach befördert worden. Zuletzt wurde ich am 17.9.1946 zum Krim.Rat ernannt.

Auf politischem Gebiet habe ich mich niemals betätigt. Bis Ende 1932 war ich Mitglied der SPD ohne jegliches Amt. Nach mehrfacher Aufforderung habe ich 1937 einen Antrag auf Aufnahme in die damalige NSDAP gestellt. Ende 1938 wurde mir die Mitgliedskarte übergeben. Hiernach war ich Mitglied der NSDAP seit 1.5.1937. Ein Amt oder dergl. habe ich nie versehen. Betreffend "SS-Angehörigkeit" habe ich oben bereits Angaben gemacht.

Nach dem 1.4.1952 habe ich auf Antrag zunächst Uebergangsgehalt nach den ergangenen Bestimmungen bezogen. Meine erstrebte Wiederverwendung im Polizeidienst scheiterte an der Tatsache, daß ich s.Zt. durch den damaligen Polizei-Vertragsarzt in Northeim nicht mehr für polizeitauglich befunden wurde. Auf meinen Antrag bin ich im August 1953 in den Ruhestand versetzt und beziehe seit dieser Zeit Ruhegehalt.

Persönliches:

Ich bin seit dem 2.7.1927 verheiratet. Aus der Ehe ist eine Tochter hervorgegangen. Meine Ehefrau Auguste geb. Schulze, geb. am 23.8.01 in Hillerse Kr. Northeim, und meine Tochter Gerda, geb. am 30.4.1933 in Harburg-Wilhelmsburg, sind im August 1943 von Berlin nach Northeim evakuiert worden und seitdem hier wohnhaft. Meine Tochter ist seit 1961 mit Heinz Engelhardt verheiratet.

Bereits im Jahre 1939 mußte ich mich in ärztliche Behandlung begeben. Ich wurde längere Zeit ambulant im damaligen Staatskrankenhaus der Polizei wegen eines Herzleidens behandelt. In den folgenden Jahren bin ich verschiedentlich wegen dieses Leidens bei Fachärzten in Hildesheim, Oldenburg und schließlich seit 1952 in Northeim in Behandlung gewesen. Seit 1960 bin ich in ständiger fachärztlicher Behandlung.

Albert Grönke

1 Js 13/65 (RSHA) z.Zt. Göttingen, den 19.9.66

Gegenwärtig:

Bilstein
Staatsanwältin

Popp
Justizangestellte
als Protokollführerin

Vorgeladen zum Dienstgebäude der StA. Göttingen erscheint um 9.oo Uhr der Rechtsanwalt

Dr. Werner Gorhickel, geb. am 2o.1o.1911 zu Brandenburg a.d.Havel, wohnhaft in Göttingen, Hainholzweg 48.

Ihm wurde eröffnet, daß er in dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedener früherer Angehöriger des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes - Mit-Wirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Beschuldigter vernommen werden solle. Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zu den Beschuldigungen zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.
Er erklärte: Ich will mich jetzt zu den Beschuldigungen noch nicht äußern. Nachdem mir eröffnet worden ist, daß das Verfahren gegen Streckenbach und etwa 75 weitere Personen läuft und die Tat ab Herbst 1942 liegen soll, sich hinziehend bis 1943, 1944, benötige ich eine gewisse Zeit für Konzentration auf die Tatumstände. Ich werde mich bis heute nachmittag zu erinnern versuchen und dann mitteilen, ob ich mich zur Aussage entscheide. Falls ich zur Aussage bereit bin, soll die Vernehmung evtl. am Freitag, dem 23.9.1966, hier in Göttingen durchgeführt werden.

Laut diktiert, genehmigt, unterschrieben:

Geschlossen:
(Bilstein) (Popp)

1 Js 13/65 (RSHA) z.Zt. Göttingen, d.19.9.66

Vermerk:

Tel. Rücksprache mit RA Dr.Gornickel um 15 Uhr:
RA Dr. Gornickel erklärte, dass er bereit sei, sich am 23.9.66 vernehmen zu lassen. Er wird an diesem Tage um 9 Uhr im Dienstgebäude der StA Göttingen erscheinen.

Hi.

z.Zt. Northeim, d.22.9.1966

Vermerk:

Ich habe heute RA Dr. Gornickel noch einmal angerufen und ihn gebeten, zur Vernehmung nicht zur StA Göttingen, sondern zum AG Northeim zu kommen. Er sagte sein Erscheinen für den 23.9.66, 9 Uhr im AG Northeim, Zimmer 32, zu.

Hi.

Der Generalstaatsanwalt z.Zt.Northeim, den 23.Sept. 1966
bei dem Kammergericht
1 Js 13/65 (RSHA)

Vernehmungsprotokoll

Gegenwärtig: Staatsanwältin Bilstein
als Vernehmende
Justizangestellte Krikkis
als Protokollführerin.

Nach telefonischer Vereinbarung erscheint um 9,oo Uhr im Dienstgebäude des Amtsgerichts Northeim

der Rechtsanwalt Dr.Werner Gornickel
- Personalien bekannt -

und erklärt: Ich bin bereit, unter Bezugnahme auf das Protokoll vom 19.9.1966, mich heute zu äussern.

Zu meinem Lebenslauf gebe ich folgendes an:
Im Jahre 1932 habe ich die Reifeprüfung abgelegt. Nach anschliessendem Rechtsstudium an der Universität Berlin legte ich am 15.Februar 1937 die erste juristische Staatsprüfung vor dem Kammergericht Berlin ab. Bis Oktober 1937 bin ich Gerichtsreferendar gewesen.Anschliessend habe ich bis März 1938 in der Wirtschaft volontiert.

Am 1.4.1938 trat ich in den Dienst der Kriminalpolizei, und zwar begann ich als Kriminalkommissaranwärter die Ausbildung bei der KPLSt Berlin. Ich war dort Komissariatsleiter bei der KI - Vorbeugung Ich habe mich hauptsächlich mit dem Jugendschutz befasst.

Im Mai/Juni 1941 wurde ich zum RKPA versetzt und zwar zum Referat A 2.Dort war ich bis etwa Ende Mai 1942 tätig. Anschliessend wurde ich für etwa ein Jahr zur Gruppe V B (Lobbes) zur Bearbeitung von Kriegswirtschaftsdelikten abgestellt. Ich wurde während dieser Zeit allerdings personalmäßig weiter bei der Gruppe V A weitergeführt.

Ab Mai 1943 war ich wieder bei der KPLSt Berlin tätig. Ich war mit Organisationsfragen und der Betreuung unterstellter Aussenstellen befaßt.

Daneben habe ich an meiner Doktorarbeit gearbeitet, und im Sommer 1943 das mündliche Doktorexamen abgelegt.

Anschliessend war ich - ebenfalls neben meiner kriminalpolizeilichen Tätigkeit - Assistent an der juristischen Fakultät der Universität Berlin bei Herrn Professor Dr.Dr.Emge.

Im Jahre 1944 wurde ich zum Kriminalrat ernannt. Etwa im Mai 1944 wurde ich zum RKPA zurückversetzt. Ich war aber nicht in Berlin tätig, sondern wurde mit einer Sonderkomission des RKPA zur Aufklärung eines Kriminalfalles nach Prag entsandt. Ich war dort bei der KPLSt Prag untergebracht. Im Februar 1945 kehrte ich nach Berlin zurück. Schon kurze Zeit darauf wurden die Dienststellen nach Moringen ausgelagert. Da meine Gehaltszahlung, die über Prag gelaufen war, zu regeln war, fuhr ich Ende April 1945 noch einmal nach Prag. Nach Klärung meiner Gehaltsangelegenheit begleitete ich einen Transport mit Frauen und Kindern der Beamten derKPLSt Prag bis nach Budweis. Dort wurden wir von der Kapitulation überrascht. Ich habe mich dann nach Moringen durchgeschlagen, und mich im Juni 1945 mit meiner Familie in Göttingen angemeldet.

Vom Februar bis August 1946 befand ich mich als Kriminalrat in automatischer Haft, im englischen Lager Wester-Timpke. Ich wurde ohne Verfahren entlassen. Bis zur Währungsreform war ich als kfm.Angestellter bei einer Spielwarenfirma und anschliessend bis 1955 in der Versicherungswirtschaft tätig.

Ich habe dann den juristischen Vorbereitungsdienst wieder aufgenommen, und Anfang 1960 das zweite juristische Staatsexamen abgelegt. Seit Mai 1960 bin ich als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Göttingen zugelassen.

Der NSDAP habe ich nicht angehört. Mitglied der SS war ich seit dem 1.11.1933. Ich hatte zuletzt den Angleichungsdienstgrad eines SS - Hauptsturmführers.Die entsprechende Urkunde ist mir allerdings nie ausgehändigt worden, sondern nur die über die Ernennung zum SS-Obersturmführer.

Zu meiner Tätigkeit im Referat VA2 erkläre ich folgendes:
Ich kann nicht mehr angeben, wie die genaue Bezeichnung meiner Dienststelle lautete. Zu meinem Aufgabenbereich gehörte die Bearbeitung von Gesuchen bereits inhaftierter Vorbeugungshäftlinge ~~xx Haftentlassungen~~ bzw. ihrer Angehörigen um Haftentlassungen, Vergünstigungen, Urlaube u.ä. Ich hatte ferner die Haftprüfungen durchzuführen.

53

Die einzelnen Angelegenheiten waren bereits von mir zugeteilten Sachbearbeitern vorgeprüft und entworfen. Fast durchgehend erfolgte die Bearbeitung unter Verwendung von Formularen, die nur noch zu unterschreiben waren.

Mit der Genehmigung von Vorbeugungshaft hatte ich im RKPA nichts zu tun. Meiner Erinnerung nach wurden derartige Genehmigungen nur vom Referatsleiter Andexer ausgesprochen. Mit der Anordnung von Vorbeugungshaft bin ich lediglich vor meiner Zeit im RKPA bei der KPSt Berlin in Berührung gekommen.

Von der Sonderaktion gegen Justizgefangene, die - wie mir mitgeteilt worden ist - Gegenstand dieses Ermittlungsverfahrens ist, habe ich weder bei meiner Tätigkeit im RKPA noch später erfahren. Ich kann deshalb keinerlei Angaben darüber machen, wie die Einweisung der Justizhäftlinge in Konzentrationslager im Referat Vorbeugung bearbeitet worden ist und wer dort dafür zuständig war.

Auch über die Gliederung des Referats"Vorbeugung" des RKPA kann ich aus meiner Erinnerung keine Erklärungen abgeben. Mir ist lediglich erinnerlich, dass KD Andexer während meiner gesamten Tätigkeit bei V A2 der Leiter dieses Referats war. Er hat mich noch verabschiedet, als ich zur Gruppe VB abgestellt wurde. Sein Vorgesetzter war wohl der RuKR Hasenjäger.

An andere Namen von Angehörigen des Referats, insbesondere an die Namen der mir zugeteilten Sachbearbeiter kann ich mich nicht erinnern, obwohl mir eben eine Reihe von Namen genannt worden sind. Ich erinnere mich lediglich an den KS Grösche. Er war ein fähiger Mann, wurde aber aus politischen Gründen nicht befördert. Ich habe mich damals aus diesem Grunde mit ihm unterhalten und mich auch für ihn seinerzeit bemüht.

Mir ist vorgehalten worden, ein Geschäftsverteilungsplan des Amtes V, in dem ich als Angehöriger des Referats VA1c^2 - Sondersachen - Morgenmeldungen - aufgeführt bin. Es ist mir nicht erinnerlich, dass ich diesem Referat formell angehört habe. Allerdings habe ich mich häufig mit Morgenmeldungen befaßt. Es war anfangs so, dass die Morgenmeldungen reihum von den Komissaren verfaßt wurden, später auf einige wenige Verfasser konzentriert wurden. Es handelte sich um die Auswahl und Zusammenstellung der von den einzelnen Kripodienststellen des Reiches eingehenden Meldungen aus dem Rahmen fallender Vorgänge.

54

Wegen meiner wissenschaftlichen Interessen, die auch vom Amtschef anerkannt und gefördert wurden, wurde ich besonders oft mit diesen Morgenmeldungen betraut. Ich war gleichzeitig an der Redaktion der Fachzeitschrift "Kriminalistik" beteiligt. Dafür habe ich häufig Fälle aus den Morgenmeldungen aufgegriffen.

Ich bin heute danach gefragt worden, was mir von der "Korrektur von Justizurteilen" bekannt ist. Ich habe wohl Zeitungsnachrichten seinerzeit gelesen über eine Rede Hitlers in Kiel, bei der er gesagt hatte, er habe als "höchster Gerichtsherr" ein auf Freiheitsstrafe lautendes Urteil korrigiert und die Erschießung des Täters angeordnet. Mir ist nichts darüber bekannt, dass derartige Fälle im RKPA durchgelaufen sind oder dass sie dort bearbeitet worden wären.

Auf besondere Frage erkläre ich ferner, dass mir nichts über Exekutionen von Vorbeugungshäftlingen in Konzentrationslagern bekannt ist.

Die Vernehmung wurde in meiner Gegenwart laut diktiert. Ich verzichte darauf sie noch einmal durchzulesen.

Genehmigt und unterschrieben:

Geschlossen: (12,1o Uhr)

55

Der Polizeipräsident in Berlin

1 Berlin 42, den 22. 9. 1966

I-A - KI 3 - 523/66 Tempelhofer Damm 1-7

(Angabe bei Antwort erbeten)

Fernruf: 66 00 17

Im Innenbetrieb: } App. 3015

Dem Herrn

Generalstaatsanwalt
bei dem KG Berlin
z.H.v. StA'in Frl. BILSTEIN
-o.V.i.A.-

1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno STRECKENBACH u.a. wegen Mordes - GStA beim KG Berlin - Az.: 1 Js 13/65 (RSHA)

Als Anlage übersende ich Ihnen eine Aufstellung über die Angehörigen der ehem. Kripostelle Regensburg. Desweiteren Fotokopien von Sterbeurkunden der Personen, die bereits verstorben sind.

Anlage:

Personelle Aufstellung der ehem. Kripostelle Regensburg, 14 fotokopierte Sterbeurkunden

Im Auftrage

(Paul), KK

Ergänzung der Liste über die personelle Aufstellung der Vollzugsdienstkräfte der früheren Staatlichen Kriminalpolizeistelle Regensburg nach dem Stand vom 8.5.1945

Zum Ersuchen des Polizeipräsidiums Berlin v. 6.6.1966
I-A - KI 3 - 523/66

Zu Nr. 1: Dr. T e i c h m a n n Ernst, geb. 27.11.1905;
jetzt: Kriminal-Amtmann i.R., wohnh. in Augsburg, Kilianstr. 1

Nr. 2: S c h m i d b a u e r Albert, geb. 14.9.1886;
zuletzt: Kriminal-Kommissar i.R. in Regensburg, gestorben am 25.7.1952 in Regensburg, St.Reg.Nr. 962 - s. Anlage 1 -

Nr. 3: M ü l l e r Georg, geb. 2.10.1900;
jetzt: Kriminal-Amtmann i.R., wohnh. in Regensburg, Nürnberger Str. 12 a

Nr. 4: R e t z e r Friedrich, geb. 13.8.1894;
jetzt: Kriminal-Inspektor i.R., wohnh. in Regensburg, Graf-Spee-Str. 10/II

Nr. 5: B a u e r Josef, geb. 18.8.1896;
zuletzt: Kriminal-Inspektor i.R. in Regensburg, gestorben am 4.6.1964 in Pfatter, St.Reg.Nr. 8 - s. Anlage 2 -

Nr. 6: B u c h h o f e r Michael, geb. 30.3.1890;
jetzt: Kriminal-Inspektor i.R., wohnh. in Regensburg, Müllerstr. 3/I

Nr. 7: D r a t h Emil, geb. 31.7.1881;
zuletzt: Kriminal-Obersekretär i.R. in Regensburg, gestorben am 23.10.1951 in Regensburg, St.Reg.Nr. 1472 - s. Anlage 3 -

Nr. 8: F i s c h e r - G r i e b s c h Ilse, verh. Reuter, geb. 28.4.1906;
zuletzt: Kriminal-Obersekretärin in Regensburg, 1945 nach Friedberg/Bay., Burgpflegerstr. 8, verzogen

Nr. 9: G r a f Johann, geb. 8.9.1883;
jetzt: Kriminal-Oberkommissär i.R., wohnh. in Regensburg, Vitusstr. 10 a

./.

57

Zu Nr. 10: H ö c h t Johann, geb. 12.6.1884;
zuletzt: Kriminal-Oberkommissär i.R. in Regensburg, gestorben am 4.7.1959 in Regensburg, St.Reg.Nr. 902 - s. Anlage 4 -

Nr. 11: K a i n z Josef, geb. 8.5.1887;
zuletzt: Kriminalrat i.R. in Regensburg, gestorben am 23.9.1955 in Regensburg, St.Reg.Nr. 1284 - s. Anlage 5 -

Nr. 12: K l i e g e l Leonhard, geb. 30.5.1883;
jetzt: Kriminal-Oberkommissär i.R., wohnh. in Regensburg, Christliebstr. 19

Nr. 13: S c h m i e r d o r f e r Ludwig, geb. 5.8.1893;
jetzt: Kriminal-Inspektor i.R., wohnh. in Regensburg, Waldschmidtstr. 3

Nr. 14: S t e g e r e r Max, geb. 16.5.1894;
jetzt: Kriminal-Inspektor i.R., wohnh. in Regensburg, Dechbettener Str. 38

Nr. 15: B a s e l Bernhard, geb. 12.9.1897;
zuletzt: Kriminal-Sekretär i.R., gestorben am 21.5.1949 in Regensburg, St.Reg.Nr. 738 - s. Anlage 6 -

Nr. 16: B e c k e r Walter, geb. 13.4.1897;
zuletzt: Kriminal-Obersekretär in Regensburg, am 6.7.1945 nach Waldershof/Opf. abgemeldet

Nr. 17: B i r k e Josef, geb. 31.7.1900;
jetzt: Kriminal-Obermeister i.R., wohnh. in Regensburg, Petersweg 1

Nr. 18: B i r k n e r Max, geb. 18.12.1895;
jetzt: Kriminal-Obermeister i.R., wohnh. in Regensburg, Lindenstraße 6/II

Nr. 19: B ü c h l Egid, geb. 2.10.1900;
zuletzt: Kriminal-Obersekretär in Regensburg, gestorben am 11.3.1960 in Regensburg, St.Reg.Nr. 511 - s. Anlage 7 -

Nr. 20: G ö t z Heinrich, geb. 25.12.1896;
jetzt: Kriminal-Obermeister i.R., wohnh. in Regensburg, Graf-Spee-Str. 10 a

./.

Zu Nr. 21: H o f b a u e r Ludwig, geb. 8.10.1908;
jetzt: Kriminal-Obermeister, wohnh. in Regensburg, Georg-Herbst-Str. 16/III

Nr. 22: H e m p e l Charlotte, geb. 20.8.1909;
zuletzt: Kriminal-Oberassistentin in Regensburg, am 16.1.1946 nach Plauen/Vogtland abgemeldet

Nr. 23: M ü h l d o r f e r Matthias, geb. 27.10.1889;
zuletzt: Kriminal-Sekretär i.R. in Regensburg, gestorben am 17.9.1964 in Regensburg, St.Reg.Nr. 1538 - s. Anlage 8 -

Nr. 24: P r e l l Fritz, geb. 3.7.1893;
zuletzt: Kriminal-Obersekretär i.R. in Regensburg, am 5.3.1952 nach Regenstauf, Lkrs. Regensburg, abgemeldet.

Nr. 25: R e c h e n m a c h e r Ludwig, geb. 27.6.1908;
jetzt: Kriminal-Hauptmeister, wohnh. in Regensburg, Luitpoldstr. 12

Nr. 26: R o c k i n g e r Karl, geb. 23.10.1909;
jetzt: Kriminal-Hauptmeister, wohnh. in Regensburg, Boelkestr. 4

Nr. 27: R o l l Franz, geb. 21.3.1898;
jetzt: Kriminal-Obermeister i.R., wohnh. in Regensburg, Admiral-Scheer-Str. 4/II

Nr. 28: S c h a m b e r g e r Franz, geb. 5.10.1910;
jetzt: Kriminal-Meister, wohnh. in Regensburg, Königshütterstr. 4

Nr. 29: S c h i e ß e r Alois, geb. 3.4.1910;
jetzt: Polizei-Amtmann in Amberg/Opf.

Nr. 30: S c h m i d Rupert, geb. 5.1.1893;
zuletzt: Kriminal-Obermeister in Regensburg, gestorben am 16.4.1953 in Regensburg, St.Reg.Nr. 613 - s. Anlage 9 -

Nr. 31: S c h m i d t Friedrich, geb. 22.9.1908;
jetzt: Kriminal-Oberamtmann, wohnh. in Regensburg, Graf-Zeppelin-Str. 16

./.

Zu Nr. 32: S c h ö d e r m e i e r Josef, Geburtszeit nicht bekannt;
jetzt: Polizei-Amtmann i.R., wohnh. in Landshut, Grasgasse 320

Nr. 33: S c h u l z Bruno, geb. 14.12.1907;
zuletzt: Kriminal-Sekretär in Regensburg, am 9.6.1945 nach Kleinwolstrupp, Krs. Flensburg, abgemeldet

Nr. 34: S t a u t n e r Alois, geb. 12.12.1901;
jetzt: Kriminal-Oberkommissär i.R., wohnh. in Regensburg, Karl-Alexander-Str. 18

Nr. 35: S t e p h a n Heinrich, geb. 5.7.1907;
jetzt: Kriminal-Hauptmeister, wohnh. in Regensburg, Rodinger Str. 4

Nr. 36: V i e r b a c h Leonhard, geb. 12.2.1908;
zuletzt: Kriminal-Sekretär in Regensburg, am 13.5.1947 nach München abgemeldet.

Nr. 37: W a n n i n g e r Johann, geb. 29.1.1909;
zuletzt: Kriminal-Amtmann in Regensburg, gestorben am 2.3.1966 in Regensburg, St.Reg.Nr. 392 - s. Anlage 10 -

Nr. 38: Z i e b e l l Emil, geb. 14.9.1902;
jetzt: Kriminal-Obermeister i.R., wohnh. in Regensburg, Ostpreußenstr. 14

Nr. 39: B a u e r Karl, geb. 19.8.1916;
zuletzt: Kriminal-Angestellter in Regensburg, gestorben am 28.11.1964 in München, St.Reg.Nr. IV/2453/1964 - s. Anlage 11 -

Nr. 40: B r ü c k l m e i e r Hans, geb. 6.4.1893;
Kriminal-Angestellter, zuletzt: Handelsvertreter in Regensburg, am 17.10.1963 nach Laaber, Lkrs. Parsberg, abgemeldet

Nr. 41: H a g e n Hans, geb. 14.8.1900;
zuletzt: Kriminal-Angestellter in Regensburg, gestorben am 5.9.1964 in Regensburg, St.Reg.Nr. 1458 - s. Anlage 12 -

./.

60

Zu Nr. 42: P l e y e r Richard, geb. 8.8.1898; Kriminal-Angestellter, zuletzt: Juwelier in Regensburg, gestorben am 27.6.1956 in München, St.Reg.Nr. III/1397/1956 - s. Anlage 13 -

Nr. 43: W e i s i n g e r Vinzenz, geb. 24.2.1896; Kriminal-Angestellter, zuletzt: Großhandelskaufmann in Regensburg, gestorben am 29.8.1964 in Regensburg, St.Reg.Nr. 1448 - s. Anlage 14 -

Standesamt Regensburg

Nr. 962. C

Anlage 1

61

Regensburg, den 25. Juli 1952

Der Kriminal-Kommissar a.D. Josef Albert Schmidbauer, katholisch,

wohnhaft in Regensburg, Prüfeninger Straße 13,

ist am 25. Juli 1952 um 6 Uhr 30 Minuten

in Regensburg, Ostdeutsche Straße 18, verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 14. September 1886

in Altaglofsheim, Landkreis Regensburg;

(Standesamt Altaglofsheim Nr. 44)

Vater: Josef Schmidbauer, Briefträger,

Mutter: Maria, geborene Huber, beide verstorben zuletzt wohnhaft in Altaglofsheim.

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet mit Emma, geborenen Fahrner, wohnhaft in Regensburg, Prüfeninger Straße 13.

Eingetragen auf ~~mündliche~~ schriftliche Anzeige der Verwaltung des städtischen Lungenkrankenhauses Regensburg.

~~Der~~ Anzeigende

~~Vorgelesen, genehmigt und~~ unterschrieben

Der Standesbeamte

In Vertretung: Hebner.

STANDESAMT REGENSBURG

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 20. JULI 1966

Der Standesbeamte

In Vertretung:

2407 gebührenfrei

Anlage 2 G 62

Sterbeurkunde

(Standesamt Pfatter Nr. 8/1964)

Der Kriminalinspektor Josef Martin Bauer

katholisch

wohnhaft in Regensburg, Stahlzwingerweg Nr. 6

ist am 4. Juni 1964 um 21 Uhr 00 Minuten

in Pfatter, auf der Bundesstraße 8 bei Kilometer 23,650

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 18. August 1896

in Regensburg

Der Verstorbene war verheiratet mit Maria Bauer

geborene Beer, wohnhaft in Regensburg.

Pfatter, den 21. Juli 1966

BAYERN · STANDESAMT PFATTER (Siegel)

Der Standesbeamte
In Vertretung:

Grohs

Form.-Nr. 11507 Sterbeurkunde G (1958)
Verlag L. Wolf, Regensburg

Standesamt Regensburg

Nr. 1472.

C

Anlage 3

63

Regensburg, den 24. Oktober 1951.

Der Kriminal-Obersekretär außer Dienst Karl Emil Drath, Witwer, evangelisch,

wohnhaft in Regensburg, Glockengasse 5,

ist am 23. Oktober 1951 um 19 Uhr 15 Minuten

in Regensburg, Lohgrabenstraße 50, verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 31. Juli 1881

in Hainewalde, Amtshauptmannschaft Zittau.

(Standesamt ..... Nr. .....)

Vater: Karl Hermann Drath, Steinmetz,

Mutter: Ernestine, geborene Neumann, beide verstorben und zuletzt wohnhaft in Hainewalde.

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet mit Magdalena, geborenen Luft, verstorben in Rappenbügl, zuletzt wohnhaft in Regensburg

Eingetragen auf ~~mündliche~~ — schriftliche — Anzeige der Verwaltung des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Regensburg.

~~D. Anzeigende~~

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

Der Standesbeamte

Robner.

In Vertretung:

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 20. JULI 1966

Der Standesbeamte

In Vertretung:

[signature]

STANDESAMT REGENSBURG · BAYERN

2408 gebührenfrei

Standesamt Regensburg

Anlage 4 64

C

Nr. 902.

Regensburg, den 6. Juli 1959.

Der Kriminaloberkommissär außer Dienst Johann Evangelist H ö c h t , katholisch,

wohnhaft in Regensburg, Pfarrergasse 4,

ist am 4. Juli 1959 um 14 Uhr 15 Minuten

in Regensburg, Prüfeninger Straße 86,

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 12. Juni 1884

in Regensburg.

Der Verstorbene war verheiratet mit Maria Therese Höcht, geborenen Huber.

Eingetragen auf ~~mündliche~~ – schriftliche – Anzeige der Verwaltung des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Regensburg.

persönlich bekannt – ausgewiesen durch

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

Der Standesbeamte
In Vertretung:

1. Geburteneintrag des Verstorbenen:
Regensburg 532/1884
Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch des Verstorbenen / der Eltern – / – Familienname des Mannes / Mädchenname der Frau wird geführt in –

3. Eheschließung des Verstorbenen am 29. 10.1910 in Regensburg
Regensburg 353/1910
Standesamt und Nummer

Die Übereinstimmung dies·s Bildabzuges
mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch
des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 20. JULI 1966

Der Standesbeamte
In Vertretung:

2405 gebührenfrei

Standesamt Regensburg

Nr. 1284.

C

Anlage 5

65

Regensburg, den 23. September 1955.

Der Kriminalrat außer Dienst Josef Georg Kainz, katholisch,

wohnhaft in Regensburg, Glockengasse 2,

ist am 23. September 1955 um 5 Uhr 15 Minuten

in Regensburg, Prüfeningerstraße 86, verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 8. Mai 1887

in Regensburg;

(Standesamt Regensburg Nr. 399).

Vater: Josef Kainz;

Mutter: Therese Kainz, geborene Ottenbacher, beide zuletzt wohnhaft in Regensburg.

Der Verstorbene war — ~~nicht verheiratet~~ Witwer von Maria Katharina Barbara Kainz, geborenen Kögelmeier;

Eingetragen auf ~~mündliche~~ — schriftliche — Anzeige der

Verwaltung des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Regensburg.

~~D Anzeigende~~

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

Der Standesbeamte

In Vertretung: [signature]

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 20. JULI 1966

Der Standesbeamte

In Vertretung: [signature]

STANDESAMT REGENSBURG · BAYERN

2410 gebührenfrei

Standesamt Regensburg

Nr. 738.

C Anlage 6

66

Regensburg, den 23. Mai 1949.

Der Kriminalsekretär außer Dienst Bernhard Josef Basel, evangelisch,

wohnhaft in Regensburg, Runtingerstraße 2,

ist am 21. Mai 1949 um 16 Uhr Minuten

in Regensburg in seiner Wohnung verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 12. September 1897

in Regensburg.

(Standesamt Regensburg Nr. 967)

Vater: Johann Basel, Metzgermeister,

Mutter: Wilhelmine, geborene Satzinger, beide verstorben und zuletzt wohnhaft in Regensburg.

Der Verstorbene war — ~~nicht~~ — verheiratet mit Elisabeth Margarete, geborenen Käferlein, wohnhaft in Regensburg, Runtingerstraße 2.

Eingetragen auf mündliche — ~~schriftliche~~ — Anzeige der Tochter Elisabeth Schnell, technische Reichsbahnsekretärsehefrau, ~~Regensburg~~ Erfurt, Rudolfstraße 54.

Die Anzeigende ist durch Heiratsurkunde anerkannt; sie war beim Ableben zugegen.

3 Zeilen am Rande geschrieben. 1 geschriebenes Wort gestrichen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Elisabeth Schnell

Der Standesbeamte

[signature]

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 20. JULI 1966

Der Standesbeamte

In Vertretung:

[signature]

STANDESAMT REGENSBURG · BAYERN

2406 gebührenfrei

Standesamt Regensburg

Anlage 7 C 67

Nr. 511.

Regensburg, den 11. März 1960

Der Kriminal-Obersekretär Egidius B ü c h l, katholisch,

wohnhaft in Regensburg, Auf der Winzerer Höhe 17

ist am 11. März 1960 um 3 Uhr 30 Minuten

in Regensburg, Prüfeninger Straße 86

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 2. Oktober 1900

in Schmidmühlen, Landkreis Burglengenfeld.

Der Verstorbene war verheiratet mit Helena Büchl, geborenen Neumeier.

Eingetragen auf ~~mündliche~~ – schriftliche – Anzeige der Verwaltung des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder Regensburg.

~~persönlich bekannt – ausgewiesen durch~~

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

Der Standesbeamte

In Vertretung:

1. Geburteneintrag des Verstorbenen:

Schmidmühlen - 39/1900

Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch der Verstorbenen / der Eltern wird geführt in

Familienname des Mannes / Mädchenname der Frau

3. Eheschließung des Verstorbenen am 10.4.1926 in Regensburg

Regensburg - 84/1926

Standesamt und Nummer

451 Gebrüder Held GmbH. Regensburg

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges
mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch
des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 20. JULI 1966

Der Standesbeamte
In Vertretung:

2403 gebührenfrei

Standesamt Regensburg

C

Anlage 8 68

Nr. 1538

Regensburg, den 17. September 1964

Der Kriminalsekretär außer Dienst Mathias Mühldorfer, katholisch,

wohnhaft in Regensburg, Dänzergasse 8

ist am 17. September 1964 um 08 Uhr 15 Minuten

in Regensburg, Prüfeninger Straße 86

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 27. Oktober 1889 in Reinhausen, jetzt in Regensburg.

Der Verstorbene war verheiratet mit Magdalena Mühldorfer, geborenen Hagenauer.

Eingetragen auf ~~mündliche~~ – schriftliche – Anzeige der Verwaltung des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Regensburg.

persönlich bekannt – ~~ausgewiesen durch~~ 1 Zwischenzeile.

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

Der Standesbeamte

In Vertretung: Mumm

1. Geburteneintrag des Verstorbenen:

✓ Reinhausen, jetzt Regensburg - 133/1889

Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch des Verstorbenen / der Eltern wird geführt in

Familienname des Mannes / Mädchenname der Frau

3. Eheschließung des Verstorbenen am 20.12.1944 in Landshut

Landshut - 275/1944

Standesamt und Nummer

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges
mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch
des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 20. JULI 1966

Der Standesbeamte

In Vertretung:

2402 gebührenfrei

Standesamt Regensburg

Nr. 613.

Anlage 9 69

Regensburg, den 17. April 1953.

Der Kriminal-Oberkommissär Rupert Schmid, katholisch,

wohnhaft in Regensburg, Arnulfsplatz 1,

ist am 16. April 1953 um 23 Uhr 45 Minuten

in Regensburg in seiner Wohnung verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 5. Januar 1893

in Schwabelweis jetzt Regensburg;

(Standesamt Schwabelweis Nr. 2)

Vater: Josef Schmid, Steinbruchmeister;

Mutter: Margareta, geborene Gebhard, beide verstorben und zuletzt wohnhaft in Regensburg.

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet mit Walburga geborenen Freundorfer, wohnhaft in Regensburg, Arnulfsplatz 1.

Eingetragen auf mündliche ~~schriftliche~~ Anzeige der Tochter Ruperta Almer, ohne Beruf, Regensburg, Arnulfsplatz 1.

Die Anzeigende ist bekannt; sie erklärte, daß sie beim Ableben zugegen war.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Ruperta Almer

Der Standesbeamte

In Vertretung: Mobner

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 20. JULI 1966

Der Standesbeamte

In Vertretung:

[signature]

JUNEJS-BAYERN STANDESAMT REGENSBURG

2409 gebührenfrei

Standesamt Regensburg

C

Anlage 10 10

Nr. 392.

Regensburg, den 2. März 1966

Der Kriminalamtmann Johann Baptist Wanninger, - - -
- katholisch, -
- -

wohnhaft in Regensburg, Josef-Adler-Straße 9 b, - - - -
- -

ist am 2. März 1966 - - - - - - - - um 12 Uhr 15 Minuten

in Regensburg, Prüfeninger Straße 86, - - - - - - - - - - -

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 29. Januar 1909 - - - - - - - -

in München. -

Der Verstorbene war verheiratet mit Maria Christina - -
Wanninger, geborenen Wimmer. - - - - - - - - - - - - -
- -

Eingetragen auf ~~mündliche~~ – schriftliche – Anzeige der Verwaltung des
Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Regensburg.

persönlich bekannt – ausgewiesen durch

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

- - - - - - - - - - - - - - -

Der Standesbeamte

In Vertretung: [signature]

1. Geburtseintrag des Verstorbenen:
München IV – 297/1909
Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch de... Verstorbenen / der Eltern – / –
Familienname des Mannes / Mädchenname der Frau
wird geführt in –

3. Eheschließung des Verstorbenen am 20.10.1934 in Passau
Passau – 196/1934
Standesamt und Nummer

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges
mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch
des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 22. JULI 1966

Der Standesbeamte
In Vertretung:

STANDESAMT REGENSBURG BAYERN

2436 gebührenfrei

Anlage 11 G

71

Sterbeurkunde

(Standesamt IV München Nr. 2453/1964)

Karl Friedrich B a u e r ,

wohnhaft in München

ist am 28. November 1964 um 22 Uhr 45 Minuten

in München Hubertusstraße 1 verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 19. August 1916

in Hauzendorf, Kreis Regensburg.

Der Verstorbene war verheiratet mit Theresia

B a u e r , geborenen G r o ß .

München, den 25. Juli 1966

Der Standesbeamte

In Vertretung

Gerl ke

Gebühr: ..... DM; Gebührenverzeichnis Nr. .....

Durch – Städt. Bestattung München – Postnachnahme – erhoben –

Gebührenfrei – für Rentenzwecke – für Krankenkasse – als Amtssache.

306 StA 100' I. 65 Schm.

Standesamt Regensburg

C

Anlage 12

72

Nr. 1458

Regensburg, den 5. September 1964

Der vormalige Kriminalangestellte Johann Baptist - -

- H a g e n , -

- -

wohnhaft in Regensburg, Roter Herzfleck 2, - - - - - - -

- -

ist am 5. September 1964 - - - - gegen um 00 Uhr 15 Minuten

in Regensburg, auf dem Transport von Roter Herzfleck 2

nach Emmeramsplatz 11, - - - - - - - - - - - - - - -

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 14. August 1900 - - - - - - -

in Regensburg. -

Der Verstorbene war verheiratet mit Maria Hagen, geborenen

Bredl. -

- -

Eingetragen auf mündliche – schriftliche – Anzeige des Lagerverwalters

Franz Bredl, Regensburg, Liskircherstraße 15; - - -

- -

persönlich bekannt – ausgewiesen durch Bundespersonalausweis; er er-

klärte, vom Ableben aus eigenem Wissen unterrichtet

zu sein.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Franz Bredl

Der Standesbeamte

In Vertretung:

1. Geburteneintrag des Verstorbenen:

Regensburg - 932

Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch des Verstorbenen / der Eltern - -.- / Familienname des Mannes / Mädchenname der Frau

wird geführt in - -.-

3. Eheschließung des Verstorbenen am 25. 7. 1942 in Oberaudorf

Oberaudorf - 6

Standesamt und Nummer

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges
mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch
des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 21. JULI 1966

Der Standesbeamte

In Vertretung:

2424 gebührenfrei

Anlage 13 G 73

Sterbeurkunde

(Standesamt III München Nr. 1397/1956)

Richard Georg P l e y e r , katholisch,

wohnhaft in Regensburg

ist am 27. Juni 1956 um 1— Uhr 40 Minuten

in München verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 8. August 1898

in Regensburg

Der Verstorbene war verheiratet mit Felicitas Susette Friederike Hermine P l e y e r , geborene M a y r .

München, den 22. Juli 1966

Der Standesbeamte

In Vertretung

Fedinger hi

~~Gebühr: ... DM, Gebührenverzeichnis Nr. ...~~

~~Durch Städt. Bestattung München Postnachnahme erhoben~~

Gebührenfrei ~~für Rentenzwecke für Krankenkasse~~ – als Amtssache.

306 StA 100' I. 65 Schm.

Standesamt Regensburg

C

Anlage 14

74

Nr. 1448.

Regensburg, den 3. September 1964.

Der Großhandelskaufmann Vinzenz W e i s i n g e r,

- - - - - - - - - - - - - - - - - - katholisch, - - - -

- -

wohnhaft in Regensburg, Spiegelgasse 4, - - - - - - - -

- -

ist am 29. August 1964 - - - - - - - - um 16 Uhr 20 Minuten

in Regensburg, Landshuter Straße 65, - - - - - - - - - -

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 24. Februar 1896 - - - - - - -

in Ballmertshofen, Kreis Heidenheim. - - - - - - - - -

Der Verstorbene war Witwer von Helene Weisinger, gebore-

nen Schmid. -

- -

Eingetragen auf ~~mündliche~~ – schriftliche – Anzeige der Verwaltung des -

Krankenhauses Sankt Josef in Regensburg. - - - - -

- -

~~persönlich bekannt – ausgewiesen durch~~

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

- - - - - - - - - - - - - - - -

Der Standesbeamte

In Vertretung: [signature]

1. Geburteneintrag des Verstorbenen:
√ Ballmertshofen Nr. 3/1896
Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch des Verstorbenen / der Eltern — Familienname des Mannes / Mädchenname der Frau
wird geführt in — —

3. Eheschließung des Verstorbenen am 13.11.20 in Regensburg
Regensburg - 621/1920
Standesamt und Nummer

Die Übereinstimmung dieses Bildabzuges
mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch
des Standesamtes Regensburg wird beglaubigt.

Regensburg, den 20. JULI 1966

Der Standesbeamte
In Vertretung:

STANDESAMT REGENSBURG

2404 gebührenfrei

75

Der Polizeipräsident in Berlin

I-A-KI 3 -523/66
(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42, den 22.9. 1966
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 66 00 17
Im Innenbetrieb: } App. 3015

Dem Herrn
Generalstaatsanwalt
bei dem KG Berlin
z.H.v. StA'in Frl. BILSTEIN
- o.V.i.A. -
1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno STRECKENBACH u.a. wegen Mordes - GStA beim KG Berlin - Az.: 1 Js 13/65

Bezug: Bisherige Rücksprachen

Als Anlage übersende ich Ihnen 554 Fotokopien von Karteikarten der Strafanstalt Lübeck-Lauerhof und der ehem. Sicherungsverwahranstalt Rendsburg betreffend Personen, die aus den vorgenannten Anstalten der Polizei bzw. Konzentrationslagern überstellt wurden.

Anlagen:
554 Fotokopien, eine zahlenmäßige Aufstellung der überstellten Justizhäftlinge

Im Auftrage
Paul, KK

Bl.

A 5 h. Vordruck R. Pol. Nr. 152. 100 000. 3. 65

76

Der Polizeipräsident in Berlin

1 Berlin 42
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 66 00 17
Im Innenbetrieb:

, den 26. Sept. 1966
App. 3049

I-A - KI 3 - 523/66
(Angabe bei Antwort erbeten)

An den

Generalstaatsanwalt beim
Kammergericht
z.H.v. Staatsanwältin
Frl. B i l s t e i n

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen RSHA wegen Morden - Az.: 1 Js 13/65 (RSHA) -

Bezug: Bisheriger Schriftverkehr

Anlg.: a) 8 Vernehmungsniederschriften
b) 1 Bericht
c) 1 Schreiben des LKPA Schleswig-Holstein und 1 Schreiben des LKA Baden-Württemberg

Als Anlage übersende ich Ihnen die Vernehmungsniederschriften der Zeugen Dr. K a t t o, S t o f f e l, D ö r g e, B e r c h e m, Lieselotte Z i m m e r, G u t s c h e, F i e d l e r, B e e t z und einen Bericht in je vierfacher Ausfertigung.

Außerdem füge ich dem Schreiben zwei Ermittlungsberichte der LKA Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg bei.

Im Auftrage

(Paul) KK

I-A - KI 3 - z.Zt. Kiel, den 6. Sept. 1966

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Regierungs- und Kriminalrat a.D.

Dr. jur utr. Werner K a t t o ,
28.12.1901 Berlin-Schöneberg,
wohnhaft Kiel, Forstweg 81,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen, und zwar von Ende 1942 ab, von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslagern eingewiesen zu werden. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei Angaben zu machen.

Ich habe von 1922 bis Februar 1926 Jura und Kriminalistik (Seminare) in Berlin und Leipzig studiert und am 10.2.1926 zum Dr. juris utriusque promoviert. In der Zwischenzeit hatte ich mich bereits für die Kriminalkommissar-Laufbahn beim Polizeipräsidium Berlin gemeldet und wurde infolge Überbesetzung erst am 1.4.1928 als Kriminalkommissar-Anwärter einberufen. Infolge meiner Vorbildung wurde ich bereits nach kurzer praktischer Zeit und Besuch des neu gegründeten Polizeiinstituts in Berlin-Charlottenburg nach Ablegung der Kommissarprüfung am 15.12.1929 zum Kriminalkommissar übernommen. Ich habe in der Folgezeit bis Mitte 1934 das Einbruchskommissariat und Morddezernate geführt, zahlreiche Mordkommissionen mitgemacht und zum Schluß die Landeszentrale für Falschgeld bei der damaligen Reichsbank als Dienststellenleiter gehabt. Mitte 1934 wurde ich wegen Differenzen mit dem damaligen SS-Oberführer L u c k n e r (Führer des Kameradschaftsbundes) nach Halle strafversetzt. Bereits 2 Monate später wurde ich wieder auf Veranlassung des Leiters der politischen Polizei in Halle, dem damaligen Assessor G e i g e n m ü l l e r , weil ich mit der Art von Vernehmungen als alter Kriminalist nicht einver-

standen war und dies offen zum Ausdruck brachte, zur Kriminalpolizei nach Gelsenkirchen versetzt. Da ich in Gelsenkirchen überzählig war, kam ich bereits zum 1. Dezember 1934 zur Landeskriminalpolizeistelle Kiel, wo ich bis zum 1. Dezember 1936 das Mordkommissariat hatte. Von 1936 bis 1. Mai 1939 war ich bei der Kriminalpolizeileitstelle in Stettin, wo ich ebenfalls das Mordkommissariat erhielt, bei dem auch Rauschgift, Brandstiftung, Raub und in großem Umfange Abtreibung bearbeitet wurde. Am 1.Mai 1939 erhielt ich als Leiter die neu von Berlin abgespaltene Kriminalpolizeistelle Frankfurt/Oder. Etwa um den 1.6.1941 wurde ich unter Abstufung als bisheriger Kriminalpolizeistellenleiter zur Kriminalpolizeileitstelle nach München zur Bewährung versetzt. Der Inspekteur der Sicherheitspolizei in Berlin, SS-Oberführer N a u m a n n, hatte an das Ministerium berichtet, daß ich „weltanschaulich" nicht genügend gefestigt sei. Ich muß nachtragen, daß ich 1938 inzwischen zum Kriminalrat befördert wurde. In München war ich Leiter der Kriminalgruppe I, zu der neben Personalsachen, Erkennungsdienst, Kriminaltechnischer Untersuchungsstelle, Organisation, auch die vorbeugende Verbrechensbekämpfung in einem besonderen Kommissariat gehörte, es handelte sich um die Dienststelle I C. In München wurde ich zum Kriminaldirektor befördert, weil der damalige Leiter, Regierungs- und Kriminaldirektor S c h m i t z - V o i g t, ebenfalls einer der ältesten Kriminalisten, auf Grund der Anregung des frühern Reichskriminaldirektors N e b e auf Grund sachlicher Befähigung den Beförderungsvorschlag machte. Am 30.1.1944 wurde ich vom Reichskriminalpolizeiamt als Leiter der deutschen Kriminalpolizei in Norwegen (Abt. V) nach Oslo abgeordnet, um die Stellung des wegen Trunkenheit abgelösten Kriminalrat C h r i s t e n s e n zu übernehmen. Dort erlebte ich auch das Kriegsende. Im Januar 1945 erfolgte meine Beförderung zum Regierungs- und Kriminalrat.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich mich auf Sammelüberführungen von Personen, die sich in Strafhaft befanden und deren Strafhaft noch nicht beendet war, nicht entsinnen. Mir wurde gesagt, daß diese Häftlinge auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer SS und dem Reichsjustizminister von der Polizei übernommen und in Konzentrationslager übergeführt wurden. Ich erkläre ausdrücklich, von dieser Ver-

einbarung während meiner Tätigkeit bei der Kripoleitstelle München niemals Kenntnis erlangt zu haben. ~~Desgleichen~~ Desgleichen bin ich heute nicht mehr in der Lage darüber Auskunft zu geben, ob Sammeltransporte aus den Zuchthäusern Kaisheim und Aichach von der Kripo München übernommen und in Konzentrationslager übergeführt wurden. Mir wurde soeben bei der Vernehmung gesagt, daß im Zeitraum von Januar 1943 bis Juni 1943 insgesamt vier Trnasporte mit Häftlingen von der Kripo München übernommen und in das KL Mauthausen geleitet wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich bemerken, daß Häftlingstransporte in München grundsätzlich nicht von der Kriminalpolizei, sondern von der Überführungsstelle beim PP München durchgeführt wurden. Allerdings hatte ich davon Kenntnis, daß die Strafanstalten Häftlinge, die in Vorbeugungshaft übernommen werden sollten, wegen Platzmangels diesen Personenkreis nicht behalten wollten. Auf den Einwand des mich vernehmenden Beamten, daß sich Vorbeugungshäftlinge grundsätzlich in Konzentrationslager befanden, möchte ich sagen, daß ich bis zum heutigen Tage der Meinung war, daß sich zumindest ein Teil der Vorbeugungshäftlinge in Straflagern der Justiz befand, ich denke dabei an die Straflager Emsland und Papenburg. Daher rührt auch meine Auffassung, daß dieser Personenkreis von der Justiz an die Polizei übergeben wurde. Wenn mir Unterlagen der Kripoleitstelle München gezeigt werden, aus denen hervorgeht, daß Justizgefangene als Vorbeugungshäftlinge lt. Anweisung des Reichskriminalpolizeiamtes in Konzentrationslager übergeführt wurden, so habe ich das nicht im Zusammenhang mit einer besonderen Aktion angesehen, sondern nahm an, daß diese Leute bereits durch das RKPA im Hinblick auf die damals bestehenden Erlasse und Richtlinien über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung überprüft waren. Auf keinen Fall wußte ich, daß es sich um Personen handelte, deren Strafhaft noch nicht beendet war.

Zur Durchführung der Maßnahmen der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, vor allem d~~e~~r Verhängung der polizeilichen Vorbeugungshaft, kann ich folgendes sagen. Die Verhängung der Vorbeugungshaft mußte grundsätzlich durch den jeweiligen Leiter der Kripoleitstelle erfolgen. Diese Anordnung trug jedoch nur einen vorläufigen Charakter. Die Unterlagen gingen nach Berlin zum RKPA, wo die Verhängung der Vorbeugungshaft bestätigt werden mußte. Es ist in vielen Fällen so gewesen, daß Berlin die Anordnung der

Verhängung der polizeilichen Vorbeugungshaft nicht bestätigt hat. In diesem Fall mußte sofortige Entlassung des Häftlings erfolgen.

Mir wurde soeben die Ablichtung der Anordnung der Verhängung der polizeilichen Vorbeugungshaft vom 19.12.1941 über einen Max F e i c h t m e y e r gezeigt, die meine Unterschrift trägt. Über den Betreffenden wurde die polizeiliche Vorbeugungshaft verhängt, weil er ein vielfach vorbestrafter Berufsverbrecher war. Zu der Tatsache, daß diese Anordnung meine Unterschrift trägt, möchte ich sagen, daß es mit Sicherheit so war, daß ich die Urlaubsvertretung für den Leiter der KPLSt. München hatte.

Zu der mir gezeigten Aufstellung aus dem Zuchthaus Kaisheim über die einzelnen Transporte, die von dort in das KL Mauthausen gingen, erscheint es mir erwähnenswert, daß ich mich zum Zeitpunkt der Transporte am 12.1.1943 und am 2.3.1943 zur Kur in Bad Gastein aufhielt. Aber auch über die Transporte, die am 13.5.1943 und 1.6.1943 von Kaisheim abgingen, kann ich mich nicht mehr besinnen, daß hierzu Beamte der KPLSt München abgestellt wurden. Ausschließen kann ich diese Tatsache allerdings nicht.
Wenn ich gefragt werde, ob mir zu irgendeiner Zeit meiner Tätigkeit bei der KPLSt München Listen zu Gesicht gekommen sind, in denen Häftlinge, die sich in Strafanstalten befanden, aufgeführt waren, so kann ich mich auch bei scharfem Nachdenken nicht daran erinnern.
Wenn ich gefragt werde, ob ich Beamte nennen kann, die bei der KPLSt ~~München~~ Stettin bei der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung tätig waren, so ist es mir leider nicht möglich, Namen zu nennen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß ich die Mordkommission leitete, also schon dienstlich mit der Vorbeugung keinen Kontakt hatte und in der Bearbeitung von Mordfällen überwiegend auswärts war. Lezter Leiter der KPLSt Stettin war ein ORR und KR L i n n e m a n n, der vor Jahren schon verstorben ist. Auch sein Vertreter, RR und KR D r ä g e r ist vor 2 Jahren verstorben. Bei der Kriminalpolizeistelle Frankfurt/Oder gab es keine Dienststelle, die in der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung tätig war. Diese Aufgabe erfüllte lediglich ein Beamter, es handelte sich um den ehemaligen KS Z i e b o l l, der m.W. vor Jahren verstorben ist.*) Wer mein Nachfolger ~~der~~ als Leiter der KPLSt Frankfurt/Oder war, ist mir heute nicht mehr erinnerlich. Er trat

*) Gefangenschaft.

erst nach meinem Weggang seinen Dienst dort an.

Als ich zur KPLSt München kam, war deren Leiter der schon von mir zuvor erwähnte Schmitz-Voigt, Vertreter KD. K l a m p . Es kann 1942 gewesen sein, als Schmitz-Voigt Inspekteur der Sicherheitspolizei München wurde. Zeitweilig war dann ein RR.Dr. P o k o r n y kommissarischer Leiter der KPLSt München. Kurze Zeit war dann noch ein Beamter aus Berlin Chef der KPLSt München, und zwar auch nur kommissarisch.Der Name dieses Beamten ist mir entfallen. Später kam dann ORR G r e i n e r nach München. Als ich von dort wegging, hatte er diese Dienststellung noch inne.

Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung in München hatte die organisatorische Bezeichnung I C. Leiter dieser Dienststelle war ein KI H e r b. Er ist mir als alter zuverlässiger Beamter bekannt, der alle Fälle selbst überprüfte. Wenn mir der Name W e g e r t s e d e r genannt wird, so glaube ich sagen zu können, daß er auch Angehöriger von I C war. Weiterhin war dort wahrscheinlich ein KS L a n g tätig, der, wie ich gehört habe, seit Jahren schwer krank sein soll.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen: gelesen, genehmigt und unterschrieben:

(Konnerth), KOM .....

I-A - KI 3 -

z.Zt. Aachen, den 9.9.1966

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Kriminalhauptkommissar i.R.

Heinrich S t o f f e l ,
9.9.1905 Ehrang Krs. Trier geb.,
Brand LKrs. Aachen, Trierer Str. 70 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei vor dem Zusammenbruch Angaben zu machen.

Nachdem ich zuvor über 10 Jahre bei der Schutzpolizei Dienst versehen hatte, wurde ich im Jan. 1939 von der Kriminalpolizei Aachen übernommen. Nach Beendigung der üblichen Ausbildungszeit fand ich beim Erkennungsdienst der Kripostelle Aachen Verwendung. Zum Erkennungsdienst gehörte auch ein Sachbearbeiter, der für Zigeunerfragen zuständig war. Da die Bearbeitung von Zigeunerfragen auch rein erkennungsdienstlicher Ebene lag, d.h. die Zigeuner wurden erkennungsdienstlich behandelt, gehörte dieser Beamte zwangsläufig zu unserer Dienststelle. Weitergehende Maßnahmen wurden gegen die Zigeuner nicht ergriffen. Bei starkem Arbeitsanfall wurde ich von Zeit zu Zeit zur Unterstützung dieses Beamten hinzugezogen.

Das ist wahrscheinlich auch der Grund hierfür gewesen, daß ich im Frühjahr 1941 zum Reichskriminalpolizeiamt nach Berlin abgeordnet wurde. Ich kam hier zur Reichszentrale für die Bekämpfung des Zigeunerunwesens. Neben mir wurden aus fast allen größeren Städten des Reichsgebietes gleichfalls Beamte zu die-

ser Dienststelle abgeordnet. Unsere Aufgabe bestand darin, Zigeunerakten, die aus allen Teilen des Reichsgebietes nach Berlin übersandt wurden, zu sichten, sortieren und karteimäßig zu erfassen. Übersender dieser Unterlagen waren neben der alten Reichszentrale für die Bekämpfung des Zigeunerunwesens, die ihren Sitz in München hatte, die nach der Auflösung suspendierten ehemaligen Landeskriminalämter. Im Mai 1942 wurde meine Abordnung aufgehoben und ich kehrte nach Aachen zurück. Hier wurde ich nicht mehr beim Erkennungsdienst verwendet, sondern ich kam zum 1. Kommissariat (Tötungsdelikte), wo ich bis zum Zusammenbruch tätig war.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizhäftlinge , deren Strafhaft noch nicht beendet war und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts sagen. Auch habe ich über die Zigeuneraktion, die in den Jahren 1942 und 1943 im gesamten Reichsgebiet durchgeführt wurden, keine Kenntnis erlangt.

Wie die oganisatorische Bezeichnung der Reichszentrale für die Bekämpfung des Zigeunerunwesens innerhalb des RKPA gelautet hat, kann ich heute nicht mehr sagen. Das wir Teil der Vorbeugung, also des Referates V A 2 waren, ist mir auch zu damaliger Zeit nicht bewußt geworden. Unmittelbarer Vorgesetzter, also Leiter der Reichszentrale, war ein KK S u p p . Sein Vertreter war ein KOS E i c h b e r g e r . Als ständige Sachbearbeiter dieser Dienststelle fallen mir folgende Beamte ein:
KS B e c k e r und KS Z a c h o w . Zugeordnet waren neben mir KOA J u n g e , aus Hamburg, KOA D ö r g e aus Braunschweig, KS S c h m i t t k u n z aus Dresden, KOA H u c h e l aus Düsseldorf, KS F r a n z aus München, KS B a c h m a n n aus Worms und eine Reihe weiterer Beamter, deren Namen mir heute allerdings entfallen sind.
Als weiteren Vorgesetzten habe ich einen KR B ö h l h o f f kennengelernt, der sich aber nur sehr selten bei unserer Dienststelle sehen ließ. Welche weiteren Aufgaben er zu erfüllen hatte, entzieht sich meiner Kenntnis.

Im Bereich der KPSt Aachen befand sich kein Zuchthaus. Wir hatten lediglich die Haftanstalt Aachen, die überwiegend als Untersuchungsgefängnis diente. In ihr saßen fast ausschließlich nur Untersuchungsgefangene ein und in geringer Anzahl auch Personen, die zu kurzen Freiheitsstrafen verurteilt waren. Das nächstgelegene Zuchthaus war Rheinbach, das zum Bereich der KPLSt Köln gehörte.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen: selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

(Könnerth), KOM .....

Bl.

I-A - KI 3 - z.Zt. Braunschweig, den 16.9.1966

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Polizeihauptmeister

Willi D ö r g e ,
9.10.1906 Wolfenbüttel geb.,
Braunschweig, Querumer Str. 4 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Nachdem ich zuvor bei der Schutzpolizei Dienst versehen hatte, wurde ich am 1.4.1938 in den Dienst der Kripostelle Braunschweig übernommen. Nach Beendigung meiner einjährigen Probedienstzeit erfolgte im Frühjahr 1939 meine endgültige Übernahme unter gleichzeitiger Ernennung zum Kriminalassistenten in den Dienst der Kriminalpolizei. Ich fand nunmehr beim Erkennungsdienst der KPSt Braunschweig Verwendung.

Im Mai 1941 wurde ich zum RKPA nach Berlin abgeordnet. Ich kam zu einer Dienststelle, die sich mit Zigeunerfragen befaßte. Wie die organisatorische Bezeichnung dieser Dienststelle gelautet hat bzw. wie ihre offizielle Bezeichnung war, weiß ich heute nicht mehr. Meine Aufgabe in Berlin bestand darin, Zigeunerakten, die vor allem neben einem Personalbogen, den Zehnfingerabdruckbogen enthielten, zu sichten, zu ordnen und karteimäßig

zu erfassen. Woher diese Unterlagen kamen bzw. wer der Ersteller derselben war, vermag ich heute nicht mehr zu sagen. Diese Tätigkeit übte ich bis zur Aufhebung meiner Abordnung nach Berlin im Jan. 1942 aus. Ich möchte bemerken, daß neben mir noch eine Reihe weiterer Beamter, die aus dem gesamten Reichsgebiet kamen, für diese Tätigkeit nach Berlin abgeordnet waren.

Nach meiner Rückehr nach Braunschweig im Jan. 1942 war ich wieder beim Erkennungsdienst der KPSt Braunschweig tätig. Es kann Anfang 1943 gewesen sein, als ich nochmals nach Berlin zum RKPA abgeordnet wurde. Meine Verwendung erfolgte wiederum bei der Dienststelle, bei der ich bereits während meiner ersten Abordnung zum RKPA Dienst versehen hatte. Infolge einer Erkrankung meiner Ehefrau bemühte ich mich darum, so schnell wie möglich nach Braunschweig zurück-kehren zu dürfen. Diese Bemühungen hatten dann schließlich auch Erfolg und meine Abordnung wurde nach einigen Wochen rückgängig gemacht. Insgesamt war ich etwa 4 Wochen beim RKPA.

In Braunschweig wurde ich wieder beim Erkennunggdienst eingesetzt und blieb dort bis Nov. 1944. Zu diesem Zeitpunkt wurde ich zur Außendienststelle Blankenburg/Harz abgeordnet, wo ich auch das Kriegsende erlebte. Anschließend wurde ich dann von den Amerikanern 16 Monate in Internierungshaft genommen.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, nichts sagen. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsjustizminister und dem Reichsführer-SS, die die Übernahme von Justizhäftlingen beinhaltete, ist mir während meiner dienstlichen Tätigkeit vor dem Kriegsende nichts bekanntgeworden. Wenn mir ein Schreiben gezeigt wird, in dem auf eine Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS Bezug genommen wird und in welchem zum Ausdruck kommt, daß ein darin bezeichneter Häftling nunmehr als Vorbeugungshäftling zu führen sei und das meine Unter-

schrift trägt, so muß ich erklären, nach so langer Zeit nicht mehr zu wissen, wie es zu meiner Unterschriftsleistung unter das soeben erwähnte Schreiben gekommen ist. Ich bin daher auch nicht in der Lage, darüber etwas zu sagen, ob diese Schreiben aufgrund von Listen erstellt wurden, die Namen von Häftlingen aufführten, die aus Strafanstalten unmittelbar in Konzentrationslager übergeführt worden sind. Desgleichen kann ich hierüber keine Angaben machen, welcher Vorgesetzte die Anordnung zur Fertigung der soeben genannten Schreiben erteilt hat. Soweit ich mich entsinnen kann, habe ich anläßlich meiner zweiten Abordnung zum RKPA die gleiche Beschäftigung ausgeübt, wie bei meiner ersten Abordnung. Auch bei Anspannung meines gesamten Erinnerungsvermögens ist es mir unmöglich, meine soeben gemachten Ausführungen in Hinblick auf den Gegenstand des vorliegenden Ermittlungsverfahrens zu ergänzen.

Wenn ich gefragt werde, welche Beamte bei der KPSt Braunschweig Vorbeugungsangelegenheiten bearbeitet haben bzw. wie die organisatorische Bezeichnung der Dienststelle gelautet hat, die mit der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung beauftragt war, so muß ich erklären, hierüber keine Angaben machen zu können. Im Bereich der KPSt Braunschweig befand sich lediglich das Strafgefängnis Wolfenbüttel.

Aus meiner Tätigkeit beim RKPA ist mir lediglich der Name des ehem. KØS B e c k e r in Erinnerung . Soweit ich mich heute noch erinnern kann, war er ständiger Sachbearbeiter der Dienststelle für Zigeunerfragen. Namen von Vorgesetzten bzw. von weiteren Sachbearbeitern dieser Dienststelle kann ich nicht mehr nennen. Ich entsinne mich jedoch, daß ein KS J u n g e und ein KOA S t o f f e l gleich mir dorthin abgeordnet waren. Wo die von mir Genannten nach dem Kriege verblieben sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Abschließend möchte ich betonen, daß meine Aussage so erfolgt ist, wie mir die Geschehnisse nach so langer Zeit in der Erinnerung haften geblieben sind. Mir wurde gesagt, daß ich meine Angaben möglicherweise vor Gericht beeiden muß.

Geschlossen: selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

(Konnerth), KOM ..... B.

I-A - KI 3 - z.Zt. Frankfurt/Main, den 14.9.1966

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Oberregierungsrat

Maximilian B e r c h e m ,
23.4.1907 Jülich geb.,
Frankfurt/Main, de-Bary-Str. 17 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Nach Ablegung der zweiten juristischen Staatsprüfung trat ich am 1.3.1936 als Kriminalkommissaranwärter in den Dienst der Kripo Aachen. Nach einjähriger Tätigkeit in Aachen erfolgte meine Einberufung zum Polizeiinstitut in Berlin-Charlottenburg. Nach bestandenem Lehrgang kehrte ich nach Aachen zurück und wurde hier zum Hilfskriminalkommissar ernannt. Mit Wirkung vom 1.3.1938 erfolgte meine Versetzung zur Kripoleitstelle Köln unter gleichzeitiger Ernennung zum KK a.Pr. Im Laufe dieses Jahres wurde ich dann zum Kriminalkommissar unter gleichzeitiger Berufung zum Beamten auf Lebenszeit ernannt. In Köln leitete ich die Kommissariate zur Aufklärung von Kapitalverbrechen und den Erkennungsdienst. Zeitweilig war

ich auch in der Direktion und bearbeitete Personalangelegenheiten sowie Organisationsfragen.

Im Aug. 1941 wurde ich zur KPLSt Berlin als Justiziar und Sachbearbeiter für Diziplinarangelegenheiten versetzt. Im Laufe des Jahres 1942 erfolgte meine Abordnung zum Amt I des RSHA. Auch hier bearbeitete ich Diziplinarangelegenheiten und war auch zeitweilig als Untersuchungsführer in Strafsachen eingesetzt,die sich gegen Beamte der Sicherheitspolizei richteten. Am 1.1.1944 wurde ich erneut versetzt und kam nunmehr zur KPLSt München. Ich war inzwischen zum Regierungsrat mit Wirkung vom 1.9.1943 befördert worden. In München war ich ständiger Vertreter des Leiters der Kriminalpolizeileitstelle München. Ich blieb dann bis zum Zusammenbruch in München.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, nichts sagen. Ich habe hiermit dienstlich zu keiner Zeit etwas zu tun gehabt. Auch vom Hörensagen ist mir von dieser Sache nichts bekannt.

In Köln war die Vorbeugung, wenn ich mich recht erinnere, Teil der V. Inspektion, deren Leiter zu meiner Zeit der KD H o l z e n war. Er ist am 1.6.1965 in Köln verstorben. Als Leiter der Vorbeugung ist mir ein KK B o t t e in Erinnerung, der allerdings auch verstorben ist. KK N e m i t z ist mir nicht als Leiter der Vorbeugung in Erinnerung. Wo er heute verblieben ist,kann ich nicht sagen. Leiter der KPLSt Köln war ein ORR S o m m e r , der nach dem Kriege in Düsseldorf gelebt hat. Sein Vertreter war ein RR G a y , der heute wahrscheinlich in Köln lebt.

Leiter der KPLSt München war der RD G r e i n e r . Mir unterstanden in meiner Eigenschaft als Gruppenleiter die Dienststelle für Personal- und Organisationsfragen, der Erkennungsdienst und die Vorbeugung. Leiter der Vorbeugung war ein KI H e r b .

Wer weiter ~~in~~ dieser Dienststelle angehörte, kann ich heute nicht mehr sagen.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen: selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

(Konnerth), KOM ..... Max Berchem

Bl.

I-A - KI 3 -

z.Zt. Frankfurt/Main, den 12.9.66

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint die Hausfrau

Lieselotte Z i m m e r , geb. Pfeffer,
5.11.1921 Frankfurt/Main geb.,
Frankfurt/Main, Große Spillingsgasse 38 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir bekanntgegeben. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Nachdem ich zuvor in der freien Wirtschaft tätig war, wurde ich im Jahre 1941 oder auch 1942 zur KPLSt Frankfurt/Main dienstverpflichtet. Ich kam zum 10. Kommissariat, daß den Erkennungsdienst umfaßte. Ich erhielt eine Ausbildung als Daktyloskopin und fand in der Zukunft in der Zehnfingerdrucksammlung Verwendung. Daneben wurde ich auch als Schreibkraft für das 1.K. (Mordkommission) eingesetzt. In Einzelfällen wurde ich auch als Schreibkraft für das 12.K. verwendet, das geschah aber äußerst selten. Die soeben erwähnten Tätigkeiten übte ich bis zum Zusammenbruch aus.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet

92

war und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, nichts sagen. Während meiner Tätigkeit beim Erkennungsdienst habe ich von dieser Angelegenheit keine Kenntnis erhalten. Auch in den Einzelfällen, in denen ich für das 12.K. (Vorbeugung) schrieb, ist mir über diese Sache nichts bekanntgeworden. Ich weiß zwar, daß vom 12.K. Personen, die eine Vielzahl Vorstrafen aufzuweisen hatten, in Vorbeugungshaft genommen werden konnten. Die Fälle, von denen ich weiß, waren grundsätzlich entlassene Strafgefangene, die individuell überprüft wurden und für die umfangreiche Unterlagen zu erstellen waren.

Wenn mir bei der Vorbesprechung erklärt wurde, daß nach den Aussagen bisher gehörter Zeugen der Erkennungsdienst und die Vorbeugung in einem Kommissariat, und zwar dem 12. zusammengefaßt waren, so erkläre ich mit Bestimmtheit, daß sich diese Zeugen irren müssen. Es war vielmehr so, daß das 10.K. nur den Erkennungsdienst, das 11.K. die Personalaktensammlung (mit dieser Angabe möchte ich mich nicht festlegen, da ich mich irren kann), das 12.K. die Vorbeugung, das 13.K. die Fahndung und das 14.K. die weibliche Kriminalpolizei umfaßte. Leiter des 10.K. war der ehem. KI R e h h a h n , der heute noch in Frankfurt/Main, Spohrstr. wohnen soll. Ob KI R e h h a h n auch die Dienstaufsicht über das 12.K. ausübte, vermag ich nicht zu sagen. Der Hauptsachbearbeiter der Vorbeugung, ein KS S c h r e i n e r, war zwar öfter bei Herrn R e h h a h n , ob dies aber nur damit zusammenhing, daß KS S c h r e i n e r nicht unterschriftsberechtigt war oder aber mit Fragen der Dienstaufsicht zusammenhing, weiß ich nicht. Als weitere Sachbearbeiter der Vorbeugung sind mir die KS B e u e r m a n n und Ernst B r a n d bekannt. Weiterhin war dort noch ein Angestellter tätig, der S t r e c h e l oder ähnlich hieß. Während ich weiß, daß S c h r e i n e r und B e u e r m a n n inzwischen verstorben sind, kann ich über den Verbleib des Angestellten S t r e c h e l nichts sagen. Den KS B r a n d habe ich vor Jahren in Frankfurt/Main auf der Straße gesehen.

Sowohl die Vorbeugung als auch der Erkennungsdienst gehörten

93

zur III. Inspektion. Als ich meinen Dienst bei der KPLSt Frankfurt/Main antrat, war Leiter der III. Inspektion ein KK S c h ü r m a n n . Später, es kann Ende 1943 oder auch später gewesen sein, als S c h ü r m a n n die Leitung der III. Inspektion abgab. Wo er anschließend hingekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß allerdings, daß er nach dem Kriege in Wiesbaden bei der Kripo Regierungs- oder Oberregierungsrat war. Sein Nachfolger als Leiter der III. Inspektion wurde der KR F i e d l e r , der diese Dienststellung bis zum Zusammenbruch innehatte. Nachzutragen wäre noch, daß beim 12.K. als Schreibkraft ein Frl. H e n ß, Elfriede, jetzt verh. B a u e r fungierte. Es kann um die Jahreswende 1942/43 gewesen sein, als sie aus Frankfurt/Main wegzog und in Garmisch-Partenkirchen Wohnung nahm. Soviel mir bekannt ist, wohnt sie auch heute noch dort. Welche Dame dann für das 12.K. schrieb, weiß ich heute nicht mehr.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen: selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

(Konnerth), KOM

Lieselotte Zimmer

Bl.

I-A - KI 3 -

z.Zt. Frankfurt/Main, den 12.9.1966

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Kriminalinspektor a.D.

Ernst G u t s c h e ,
8.4.1896 Neudorf, Krs. Meseritz geb.,
Frankfurt/Main, Gagernstr. 53 wnft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Nachdem ich zuvor 12 Jahre bei der Schutzpolizei Dienst versehen hatte, wurde ich am 1.4.1932 von der Kriminalpolizei Frankfurt/Main einberufen. Nach Beendigung einer neunmonatigen Probedienstzeit erfolgte dann meine endgültige Übernahme in den Dienst der Kriminalpolizei als Kriminaloberassistent. In den darauffolgenden Jahren war ich überwiegend bei der Dienststelle tätig, die Betrugsfälle bearbeitete. Im Laufe des Jahres 1936 kam ich in das Geschäftszimmer der Direktion, wo ich bis zum Kriegsende blieb. Im Geschäftszimmer wurden überwiegend Organisationsfragen und Personalangelegenheiten bearbeitet. Am 1.11.1937 wurde ich zum Kriminalsekretär, am 3.12.1940 zum Kriminalobersekretär und am 20.4.1944 zum Kriminalinspektor befördert. Im Laufe des Jahres 1944 wurde ich Leiter der Geschäftsstelle.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Verlauf mehrere

tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, von der Polizei übernommen und in Konzentrationslager übergeführt wurden, nichts sagen. Mir ist zwar bekannt, daß Personen, die vielfach vorbestraft waren, in Vorbeugungshaft genommen werden konnten, doch ist mir von Sammelübernahmen von Justizhäftlingen aus Strafanstalten, die sich im Dienstbereich der KPLSt Frankfurt/Main befanden, nichts bekannt. Mir wurde gesagt, daß von etwa Dez. 1942 ab vom RKPA Listen versandt wurden, in denen Häftlinge aufgeführt waren, die im Bereich der jeweils angeschriebenen Kriminal - Polizei-leitstellen in Strafanstalten einsaßen, und die dann in näher bezeichnete Konzentrationslager übergeführt werden sollten. Ich entsinne mich nicht, während meiner Tätigkeit im Geschäftszimmer der KPLSt Frankfurt/Main, derartige Listen mit entsprechenden Anschreiben gesehen zu haben. Dazu möchte ich erklärend hinzufügen, daß die Post grundsätzlich dem Leiter der KPLSt Frankfurt/Main vorgelegt wurde. Er entschied dann, welche Dienststelle sachlich für die weitere Bearbeitung des jeweiligen Schreibens zuständig war. Ich erhielt lediglich die Eingänge, die sich mit Personalfragen, Organisationsangelegenheiten und Sachen allgemeiner Art befaßten. Alle anderen Eingänge wurden ohne Kenntnisnahme durch mich an die zuständige Fachdienststelle weitergeleitet. Desgleichen kann ich mich heute nicht mehr darauf besinnen, daß Beamte, die auf dem Gebiet der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung tätig waren, in der fraglichen Zeit als Transportkommando abgestellt wurden.

Zur personellen Zusammensetzung der KPLSt Frankfurt/Main kann ich folgendes sagen:
Leiter war zunächst ein RR u. KR E v e r t . Er ist nach 1945 verstorben. Es kann im Laufe des Jahres 1943 gewesen sein, als ein Wechsel in der Leitung eintrat. E v e r t wurde pensioniert und sein Nachfolger wurde der ORR u. KR B e r g e r . Er lebt heute in Selberg/Taunus. Es ist mir heute allerdings nicht mehr möglich, den genauen Zeitpunkt anzugeben, wann ORR B e r g e r seinen Dienst in Frankfurt/Main antrat.

Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung war in Frankfurt/Main Teil des 12. Kommissariats zu dem auch der Erkennungsdienst gehörte. Leiter dieser Dienststelle war ein KI R e h h a h n , der heute noch in Frankfurt/Main lebt. Bei der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung waren folgende Beamte tätig: KS S c h r e i n e r , KS M o h r und KS B e u e r m a n n . Die drei von mir genannten Beamten sind allerdings in den letzten Jahren verstorben. Der KI R e h h a h n war zwar Leiter des 12. K.,doch war er überwiegend für die Belange des Erkennungsdienstes zuständig. Die Sachbearbeiter, die auf dem Gebiet der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung tätig waren, arbeiteten,soweit ich das beurteilen kann,weitgehend selbstständig.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen: selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

(Könnerth), KOM ..... Ernst Schreiner .....

Bl.

I-A - KI 3 -

z.Zt. Frankfurt/M., den 10.9.66

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Kriminalrat a.D.

Paul F i e d l e r ,
23.3.1893 Hünfeld geb.,
Frankfurt/M., Stresemannallee 65 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen an die Polizei überstellt wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Im Jan. 1919 trat ich in den Dienst der Kripo Kassel, und zwar als Kriminalkommissaranwärter. Bald darauf wurde ich Hilfskriminalkommissar und war in verschiedenen Orten bei der Kriminalpolizei tätig. Im Jahre 1934, ich war inzwischen schon Kriminalrat, kam ich zur Kripo Frankfurt/Main und übernahm hier zunächst die II. Inspektion und später die III. Inspektion. Zur III. Inspektion gehörten der Erkennungsdienst, die Personalaktensammlung, die Fahndung, die Vorbeugungshaft und Zigeuner. Anfang des Krieges wurde ich zum Wehrdienst einberufen, aus dem ich etwa Ende 1940 wieder entlassen wurde. Grund meines Ausscheidens aus dem Wehrdienst war eine Anordnung H i m m l e r s , daß Angehörige der Sicherheitspolizei aus dem Wehrdienst zu entlassen seien. Zu diesem Zeitpunkt war ich noch Leiter der II. Inspektion (Betrug).

Es kann Ende 1943 oder Anfang 1944 gewesen sein, als ich die Leitung der III. Inspektion übernahm. Diese Dienststellung hielt ich bis zum Zusammenbruch inne.

Die Vorbeugung gehörte zum 12. Kommissariat, das neben diesem Sachgebiet auch noch den Erkennungsdienst, die Personalaktensammlung, die Fahndung und den Zigeunersachbearbeiter umfaßte. Wer Leiter dieses Kommissariats war, kann ich heute nicht mehr sagen. Sachbearbeiter für das Gebiet der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung war ein KS S c h r e i n e r . Für Zigeunerfragen war ein KS M o h r zuständig. Beide sind vor einiger Zeit verstorben. Welche Beamte noch in der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung tätig waren, kann ich heute nach so langer Zeit nicht mehr sagen. Leiter der Kripoleitstelle Frankfurt/M. war zunächst ein KD E v e r t , der aber im Laufe des Jahres 1942 verstarb. Sein Nachfolger war der KD (RR u. KR) B e r g e r , der diese Dienststellung bis zum Kriegsende innehatte.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizhäftlinge , deren Strafhaft noch nicht beendet war, von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts sagen. Ich bin absolut sicher, daß ich hierüber Angaben machen könnte, wenn während meiner Tätigkeit als Leiter der III. Inspektion im Bereich der KPLSt Frankfurt/M. Transporte von Justizgefangenen in Konzentrationslager durch die Kriminalpolizei durchgeführt worden wären. Mein Vorgänger als Leiter der III. Inspektion, der hierüber u.U. Angaben machen könnte, war ein KR N u ß b a u m , der aber meines Wissens bei Kriegsende im Norddeutschen Raum erschossen wurde.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen: laut gelesen, genehmigt und unterschrieben

(Könnerth), KOM .....

Bl.

I-A - KI 3 - z.Zt. Wetzlar, den 14.9.1966

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Kriminalsekretär i.R.

Otto B e e t z ,
14.2.1896 Lehesten, Krs. Saalfeld geb.,
Wetzlar, Waldgermeiserstr. 24 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei vor dem Zusammenbruch Angaben zu machen.

Nachdem ich zuvor bei der Schutzpolizei Dienst versehen hatte, wurde ich im Jahre 1937 von der Kriminalpolizei in Langensalza übernommen. Die Kriminalpolizei Langensalza war Außendienststelle der Kriminalpolizeileitstelle Erfurt. Insgesamt haben bei der Außendienststelle Langensalza 2 Kriminalbeamte Dienst versehen.

Am 1.7.1941 wurde ich zur Außendienststelle in Wetzlar versetzt. Dienststellenleiter war zunächst ein KOS R u m p f . Da R u m p f schwer herzkrank war, übertrug er mir alsbald die Leitung der Dienststelle. Ende 1943 hat er sich dann erschossen. Nach diesem Ereignis wurde mir die Leitung der Aussendienststelle Wetzlar auch offiziell übertragen. Mein Dienstgrad zu diesem Zeitpunkt war Kriminalsekretär. In Wetzlar blieb ich bis zum Zusammenbruch.

100

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts sagen. Obgleich sich in der Nähe Wetzlars zwei Zuchthäuser, gemeint sind Butzbach und Diez, befanden, habe ich von Transporten, die aus diesen Strafanstalten in Konzentrationslager durch Beamte der Kriminalpolizei geleitet wurden, niemals etwas gehört. Beamte der Außendienststelle Wetzlar waren mit Sicherheit bei diesen Transporten nicht eingesetzt. Dazu möchte ich bemerken, daß beide Strafanstalten nicht im Dienstbereich der Kriminalaußendienststelle Wetzlar lagen. Soweit mir erinnerlich ist, lag das Zuchthaus Butzbach im Dienstbereich der Außendienststelle Gießen und das Zuchthaus Diez im Dienstbereich der Außendienststelle Limburg.

Die Kriminalaußendienststelle Wetzlar unterstand der Kriminalpolizeileitstelle Frankfurt/Main. Wenn ich gefragt werde, welche Beamten bei der KPLSt Frankfurt/Main in der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung tätig waren, so muß ich erklären, daß ich das nicht weiß. Mit Ausnahme von gelegentlichen Dienstbesprechungen bei der Kriminalpolizeileitstelle hatte ich dort nie etwas zu tun und hatte aus diesem Grunde auch keinen Kontakt zu der Dienststelle, die mit der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung beauftragt war.

Obgleich wir auch bei der Außendienststelle Wetzlar Personalakten über kriminell in Erscheinung getretene Personen führten, habe ich ein mir soeben gezeigtes Schreiben, in dem auf eine Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS Bezug genommen und in dem mitgeteilt wird, daß ein darin bezeichneter Häftling nunmehr als Vorbeugungshäftling zu führen sei, niemals gesehen.
Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen:

Geschlossen: selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

(Konnerth), KOM .....

Bl.

101

Landespolizei Schleswig-Holstein
Landeskriminalpolizeiamt

23 Kiel, den 12. August 1966

Mühlenweg 166 (Eichhof)
Postfach
Fernsprecher 51171
oder Durchwahl 5117/555
Selbstwählferndienst 0431

Gesch. Z.: SK/NS, Tgb.Nr. 605/66
(Bitte im Antwortschreiben angeben)

An den

Herrn Polizeipräsidenten in Berlin
- I-A- KI 3 -

1 B e r l i n 42
Tempelhofer Damm 1 - 7

Der Polizeipräsident in Berlin
- Abteilung I -
15. AUG. 1966
Anlagen
Briefmarken KI 3

H. Konrath 16/8.

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a. wegen Mordes - GStA beim KG Berlin - 1 Js 13/65 (RSHA) -
Bezug: Dort. Schreiben vom 6. Juli 1966 - Tgb.Nr. 523/66 -

Der Ihnen von Zeugen gegebene Hinweis, daß Generalien des Polizeipräsidiums Kiel aus der Kriegszeit erhalten geblieben sind, ist zutreffend.

Aus der Vorkriegs- und Kriegszeit befinden sich bei der Bezirkskriminalpolizeistelle in Kiel umfangreiche Akten. Aus damaliger Zeit ist auch ein Aktenplan erhalten geblieben, der in Fotokopie beigefügt ist. An Hand des Aktenplanes wurden die vorhandenen Generalien durchgesehen, die Unterlagen befinden sich in einem Aktenraum im Polizeipräsidium Kiel. In der anliegenden Fotokopie sind die noch vorhandenen Akten mit einem roten Haken gekennzeichnet.

Zum dortigen Ermittlungsverfahren müßten m.E. mehrere Unterlagen (lt. Aktenplan z.B. 16^{00}, 16^{10}, 20^{50}, 20^{52} und 21^{62}) durchgesehen werden. Zu dem speziellen Ordner 20^{52} (Vorbeugung) darf ich bemerken, daß der Hauptteil der Akte aus der Vorkriegszeit stammt. Ich habe alle Akten auf dem Boden des Polizeipräsidiums unter Verschluß belassen, sie stehen für eine Auswertung durch dortige Sachbearbeiter jederzeit zur Verfügung. Die Einführung der Sachbearbeiter im Polizeipräsidium würde durch mich erfolgen.

Im Auftrage:

Stuhr

Inhaltsverzeichnis.

1. Aufbau der Sicherheitspolizei.

10 00 Aufbau der Kriminalpolizei

11 00 Sonderdienststellen, Streifen, Weibliche Polizei, Rechtberat, Dolmetscher, Sachverständige.

12 00 Dienstregelung.

13 00 Ausrüstung und Hilfsmittel.

14 00 Erkennungsdienst.

15 00 Ausbildung der Beamten anderer Polizeizweige und andere Behörden.

16 00 Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen und mit dem Publikum in kriminalpolizeilichem Interesse.

2. Vorbeugung und Erforschung von Verbrechen und Vergehen.

20 00 Vorbeugung und Erforschung von Verbrechen und Vergehen.

21 00 Ermittlungen und Fahndungen.

3. Unnatürliche Todesfälle, Vermisste.

30 00 Unnatürliche Todesfälle, Vermisste.

4. Kriminalpolizeibeamte.

40^{00} Beamtenrechte.

41^{00} Beamtenpflichten.

42^{00} Dienststrafangelegenheiten.

43^{00} Personalstärke.

44^{00} Kriminalpolizeibeamte.

45^{00} Fortbildung und Sonderausbildung.

46^{00} Nichtbeamtete Hilfskräfte.

5. Vermögensrechtliche Angelegenheiten der Kriminalbeamten.

50^{00} Vermögensrechtliche Angelegenheiten der Kriminalpolizeibeamten.

Aktenliste.

der

Abteilung /K

Polizeiverwaltung Kiel

Blumenstraße Nr. 2 II. Stock.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhaltes (Aufschrift der Akten)
1.	10 00	Aufbau und Aufgaben der Kriminalpolizei (Morgenmeldungen, wichtige Ereignisse, Ausländer)
2.	~~10 01~~	~~Aufbau und Aufgaben der Staatspolizei.~~
3	~~10 02~~	~~Aufgaben und Zuständigkeit des Inspekte der Sipo und des SD.~~
4.	10 05	Aufbau und Aufgaben der Gemeinde=Krimi- nalpolizei.
	U.O.	
	A.	Allgemeines, Ausrüstung, Ausbildung, Zusammenarbeit.
	B.	Besichtigungen und Beurteilungen.
	C.	Lehrgänge bei der K.P.-Stelle.
	10 06	Verkehr der Kriminalpolizeistellen mit ~~Regierungspräsidenten.~~
	10 06 a 10 06 b	Verkehr der Kripo mit dem Chef der Polizei.
	10 07	Verkehr der K.P. Stelle mit dem Inspek der Sipo
	10 07 a	
	10 08	Verkehr der ~~K.P. Stelle~~ mit der ~~K.P. Leitstelle~~.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
5.	10¹⁰	Verkehr der K.P. Stelle mit dem ~~Reichs~~kriminalpolizeiamt ~~und dem R.S.H.A.~~ Kriminalpolizeiamt für das Bdt. Jonen in Nürnberg - Einschränkung der Berichterstattu
6.	10¹¹	Bekämpfung des Rauschgifthandels.
	10¹⁵	Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden und mit den Gendarmen im Bezirk der Kriminalpolizeistelle. Stadt- und Landwacht.
7.	10²⁰	Fahndungstag.
8.	10³⁰	Aufbau und Aufgaben der örtlichen Kriminalpolizei.
9.	10³¹	Revierkriminalpolizei.
10.	10³²	Zuständigkeitsreglungen für die örtliche Kriminalpolizei.
11.	10³³	Dienst - und Geschäftsanweisung für die ~~örtliche~~ Kriminalpolizei.
12.	10⁴⁰	Neuordnung und Einrichtung der Kriminalpolizei.

Efd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhaltes (Aufschrift der Akten)
13.	10^{50}	Statistik der Kriminalpolizei.
14.	11	Sonderdienststellen, Streifen, weiblic Polizei, Rechtsbeirat, Dolmetscher, Sachverständiger.
	11^{00}	Dauerdienst - Bereitschaftsdienst, Anzeigenaufnahmen bei der Kriminalpoli
15.	11^{10}	Mordkommission.
16.	11^{11}	Vermisstenzentrale.
	11^{12}	Rauschgiftfahndungsgruppen.
17.	11^{15}	Falschgeldstelle bei der Kriminalpoliz
18.	11^{25}	Aufbewahrungsstelle bei der Kriminalpo
19.	11^{30}	Kriminalarchiv und Bücherei.
20.	11^{31}	Kriminalpolizeiliche Lehrmittelsammlun und Lehrfilme.
21.	11^{32}	Kriminalberatungsstelle.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
22.	11^{40}	Streifen ~~und~~ der Kriminalpolizei.
23.	11^{41}	Gliederungen und Dienstanweisungen für die Streifen der Kriminalpolizei.
24.	11^{46}	Päderasten - und Ex hibitionisten-streifen der Kriminalpolizei.
	11^{47}	Prostitution.
25.	11^{48}	Razzien der Kriminalpolizei
26.	11^{50}	Weibliche Polizei.
27.	11^{51}	Gliederungen und Dienstanweisungen für die weibliche Polizei.
	11^{52}	Einstellung und Ausbildung.
	~~(Erf. Aktenstück am 8.7.58 Wa. 90 N Foth [illegible])~~	
28.	11^{60}	Rechtsbeirat, Dolmetscher, Sachverständ für die Kriminalpolizei.
	12	Dienstreglung.
29.	12^{00}	Dienstreglungen bei der Kriminalpoliz

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
30	12 81	Dienstkontrolle bei der Kriminalpolize
31	12 02	Berichte und Meldungen über die Kriminalpolizeiliche Tätigkeit. -Vierteljahresbericht-
32	12 03	Dienstbespechungen der Kriminalpolizei
33	12 04	Alarmordnungen für die Kriminalpolizei
	13	Ausrüstung und Hilfsmittel
34	13 00	Ausrüstung und Hilfsmittel der Kriminalpolizei.
35	13 01	Bedarf an Fernsprechern und Rundfunkgeräten für die Kriminalpolizei.
36	13 02	Bedarf an Fahrrädern für die Kriminalpolizei.
37	13 03	Bedarf an Schusswaffen für die Kriminalpolizei.
38.	13 04	Bedarf an Schreibmaschinen für die Kriminalpolizei.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten.)
39	13 05	Bedarf an Geräten, Wäsche, Taschenlampen und Bürobedarf für die Kriminalpolizei.
	13 06	Bedarf an Zimmer und deren Verteilung.
	13 07	Polizei-Vordrucke
40	13 10	Bedarf an kriminalwissenschaftlichen Zeitschriften.
	~~13 11~~	~~[illegible].~~
41	13 20	Bedarf der Kriminalpolizei an Fahrkarten für örtliche öffentliche Verkehrsmittel; Verkehr auf öffentliche Verkehrsmitteln.
42	13 21	Bedarf der Kriminalpolizei an Eisenbahndauerkarten.
43	13 22	Anträge und Gestellung von Kraftwagen für die Kriminalpolizei.
44	13 23	Anforderung von Panzenschutzschildern und Schutzpanzern für die Kriminalpolizei.
45	13 25	Anforderung von Handfesseln.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
46	13^{26}	Spürhunde für die Kriminalpolizei.
47	13^{31}	Private Hilfsrufanlage.
	14	Erkennungsdienst.
48	14^{00}	Einrichtung und Gliederung des Erkennungsdienstes.
49	14^{01}	Lichtbildalbum.
50	14^{02}	Erkennungsdienstliche Karteien.
51	14^{03}	Steckbriefkarteien.
52	14^{04}	Fahndungsnachweis.
53	14^{05}	Handschriftensammlung.
54	14^{06}	Kriminalpolizeiliches Nachrichtenblatt für den Kriminalstellenpolizeibezirk.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten).
55	14^{10}	Anlage und Führung der Kriminalpolizeilichen Strafakten.
56	14^{20}	Fingerabdruckwesen.
57	14^{21}	Moulageverfahren.
58	14^{22}	Erkennungsdienst: Messverfahren.
59	14^{23}	Sicherung, Behandlung und Verwertung von Spuren und andren Beweistücken.
60	14^{30}	Lichtbildanstalt der Kriminalpolizei.
	14^{31}	Kriminalwissenschaftliches Institut Kriminalbiologie. [KTU.]
61	14^{50}	Erkennungsdienstlicher Verkehr mit den LKP-Stellen.
	14^{51}	Erkennungsdienstlicher Verkehr mit dem Ausland.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten).
	15	Ausbildung von Beamten anderer Polizeizweige und anderer Behörden.
62	15^{00}	Ausbildung von Polizeiverwaltungsbeam bei der Kriminalpolizei.
63	15^{01}	Ausbildung von Schutzpolizeibeamten bei der Kriminalpolizei.
64	15^{02}	Ausbildung von der Gendarmerie bei der Kriminalpolizei.
65	15^{03}	Ausbildung von Krimiinalbeamten anderer Polizeiverwaltungen.
	16	Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen und dem Publikum im Kriminalpolizeilichen Interesse.
66	16^{00}	Verkehr der Kriminalpolizei mit den übrigen polizeilichen Dienststellen der Behörde. (Briefsendungen an Kriminalpolizei.) P.P. ~~Stapo, S.D.~~
67	16^{01}	Zusammenarbeit der Kriminalpolizei mit der Pressestelle.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten.)
68	16^{02}	Zusammenarbeit der Kriminalpolizei mit der Schutzpolizei.
	16 02 a	Zusammenarbeit mit der Schutzpolizei
69	16^{10}	Verkehr der Kriminalpolizei mit Justizbehörden.
70	16^{11}	Verkehr der Kriminalpolizei mit Schnellgerichten.
71	16^{12}	Verkehr der Kriminalpolizei mit der sozialen Gerichtshilfe.
	16^{13}	Verkehr mit der SA. und N.S.D.A.P.
72	16^{20}	Verkehr der Kriminalpolizei mit anderen Behörden.
73	16^{21}	Verkehr der Kriminalpolizei mit der Wehrmacht.
74	16^{22}	Verkehr der Kriminalpolizei mit der Reichsbahn.
75	16^{23}	Verkehr der Kriminalpolizei mit der Reichspost.
76	16^{24}	Verkehr der Kriminalpolizei mit der Reichsbank.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten.)
77	~~16 25~~	Verkehr mit den Polizeigefängnissen
	16 26	Verkehr der Kriminalpolizei mit Kommunalbehörden. – Oberbürgermeister Ortsmuß- u. Vollzugsdienst.
78	16 27	Verkehr der Kriminalpolizei mit dem Gesundheitsamt und den städtischen Krankenhäusern.
79	16 28	Verkehr der Kriminalpolizei mit dem Landesjugendamt und mit den Bezirksjugendämtern.
	~~16 29~~	Verkehr der Kriminalpolizei mit den besetzten Gebieten.
80	16 40	Verkehr der Kriminalpolizei mit ausländischen Behörden.
81	16 50	Zusammenarbeit mit dem Publikum in kriminalpolizeilichem Interesse.
82	16 52	Verkehr der Kriminalpolizei mit exterritorialen Personen.
	16 53	Behandlung von Ausländern, ~~ausländischen Arbeitern u. Juden. Zurückgeführte- u. gekehrte Fremdenlegionäre.~~

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
	16 54	Behandlung von Kriegsgefangenen.
83	16 55	Verkehr der Kriminalpolizei mit der Presse.
84	16 61	Zusammenarbeit der Kriminalpolizei mit gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen und Detekteien.
85	16 65	Zusammenarbeit der Kriminalpolizei mit Versicherungsgesellschaften in kriminalpolizeilichem Interesse.
86	16 68	Verkehr der Kriminalpolizei mit Hellsehern.
	16 69	Verkehr der Kriminalpolizei mit der Universität.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
	20	Vorbeugung und Erforschung von Verbrechen und Vergehen.
87	20 00	Strafgesetzbuch.
	2001	Strafr. NN. Nebengesetze
88	20 20	Strafprozessordnung und gerichtsverfassungsgesetz.
~~88a~~	~~20 25~~	Politische Strafverfolgungen [Verbrechen u. Vergehen der Hitlerperiode]
89	20 30	Verzeichnis der Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.
90	20 40	Allgemeine Bestimmungen der Straftatenverfolgung. (Nacktkultur.)
91	20 41	Anzeigen, Vorladungen, Vernehmungen in Strafsachen.
92	20 42	Vernehmung Jugendlicher in Strafsache

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
93	20 45	Durchsuchungen und Beschlagnahmen in Strafsachen.
94	20 50	Festnahme, Einlieferung, Vorführung in Strafsachen. (Gefangenentransport) . Auch von Beamten, Notaren, Vormündern u.s.w. , ebenfalls Durchsuchungen u. Beschlagnahmen. Behandlung leitender Persönlichkeiten der Luftfahrtrüstungsindustrie bei Strafbaren Handlungen.
95	20 51	Spercherlaubnis für Polizeigefangene.
	20 52	Anwendung der vorbeugenden Polizeihaft, Überwachung der Berufsverbrecher.
96	20 55	Unterbringung von festgenommenen Jugendlichen. (Bekämpfung der Jugendkriminalität, Fingerabdrucknahme von Fürsorgezöglingen.)
97	20 56	Unterbringung von erkrankten Festgenommenen.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aktenaufschrift.)
99	20^{58}	Behandlung Betrunkener, obdachlos oder hilflos aufgefundener Personen.
100	20^{60}	Polizeiliche Sicherstellung von kriminellen Beweisstücken.
101	20^{65}	Behandlung von Verwahrstücken und unanbringlichen Funden in Strafsachen.
102	20^{75}	Entsendung von Kriminalbeamten.
103	20^{80}	Waffengebrauch und Fesselung durch die Kriminalpolizei.
	21	Ermittlungen und Fahndungen.
105	21^{00}	Dienstanweisungen über Ermittlungen und Fahndungen.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
106	21 05	Kriminalpolizeilicher Telegramm - Fernsprech - und Polizeifunkverkehr. Fernschreibverkehr.
107	21 06	Kriminalpolizeiliche Fernschriften auf dem polizeieigenem Netz.
108	21 10	Ermittlungen und Fahndungen: Ausschreibungen und Notierungen , Veröffentlichungen von Lichtbildern im ~~D.K. Blatt~~ Wochenblatt . Fahndungsbuch.
109	21 20	Ermittlungen und Fahndungen: Auslobung Belohnungen.
110	21 21	Ermittlungen und Fahndungen : Säulenanschläge.
111	21 23	Ermittlungen und Fahndungen: Kinosteckbriefe, Benutzung des Rundfunks und der Flammenschrift.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
112	21^{25}	Ermittlungen und Fahndungen in gewerblichen Fachblättern.
113	21^{40}	Fahndungen an besonderen Stellen in bedonderen Fällen.
	. . .	
114	21^{41}	Fahndungen: Fremdenkontrolle.
115	21^{43}	Fahndungen: Asyle, Herbergen, Wanderherbergen, Bankhäuser.
116	21^{44}	Fahndungen: Pfandleiher, Pfandkammer, Althändler.
117	21^{45}	Fahndungen: Auktionen, Auktionatoren.
118	21^{47}	Fahndungen: Jahrmärkte, Rummelplätze, Ausstellungen.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
119	21 48	Fahndungen: Verfolgung entwichener Strafgefangener.
120	21 60	Kriminalpolizeiliche Tätigkeit auf besonderen Gebieten. (~~im Kriege~~) Luftschutzangelegenheiten. Metallsammlungen. Altpapiersammlungen. ~~Maßnahmen bei Luftangriffen~~.
121	21 61	Verfolgung von Kraftfahrzeugdiebstählen Raubüberfälle. Verfolgung von Fahrraddiebstählen.
122	21 62	Bekämpfung der Zigeunerplage.
123	21 63	Bekämpfung von verbotenen Glücksspiele
124	21 64	Überwachung der Glückspielapparate.
125	21 65	Bekämpfung der wilden Buchmacher.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhaltes (Aufschrift der Akten.)
126	21 66	Bekämpfung des Mädchenhandels.
127	21 67	Duellsachen.
	30	Unnatürliche Todesfälle. Vermisste.
128	30 00	Dienstanweisung über die Bearbeitung von unnatürlichen Todesfällen.
129	30 01	Selbstmorde, Selbstmordversuche, Selbstmordzählkarten.
130	30 02	Tödliche Unfälle.
131	30 03	Unterbringung und Transport von Leichen in Kriminalfällen.
132	30 04	Beerdigungsscheine in Kriminalfällen.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts Aufschrift der Akten.
133	30 10	Vermisste Personen, unbekannte Tote.
	40	Beamtenrechte.
134	40 00	Beamtenrechte, Polizeibeamtengesetz.
135	40 01	Vereidigung, Bestallung, Dienstjubiläum und Abschied der Kriminalbeamten.
136	40 02	Amtsbezeichnung der Kriminalpolizeibeamten.
137	40 03	Urlaub und Dienstbefreiung der Kriminalbeamten..
138	40 04	Krankheit und Verwundungen der Kriminalbeamten.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
139	40^{05}	Todesfälle von Kriminalbeamten (Beisetzungsfeierlichkeiten.)
140	40^{10}	Nebenämter und Nebenbeschäftigungen der Kriminalbeamten.
141	40^{11}	Vorträge von Kriminalbeamten.
142	40^{15}	Erkennungsmarken und Dienstausweise der Kriminalbeamten.
[illegible]	40^{20}	Genehmigung von Dienstreisen der Kriminalbeamte.
144	40^{25}	Beschwerden und Bittrechte der Kriminalbeamte.
145	40^{30}	Kriminalbeamtenausschüsse.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
146	40 35	Verbandangelegenheiten der Kriminalbeamten. ~~Polizeiliche Abteilungen~~ (siehe 44 20)
147	40 40	Bestimmungen über die Führung der Personalakten der Kriminalbeamten und Einsichnahme.
148	41	Beamtenpflichten.
	41 00	Dienstliches Verhalten der Kriminalbeamten auch im Einsatz.
149	41 01	Kriminalbeamte als Zeugen und Sachverständige.
150	41 02	Übernahme von öffentlichen Ehrenämtern und Bestellung zum Schöffen, Geschworenen, Vormund, Pfleger u.s.w.
151	41 04	Verkehr der Kriminalbeamten mit Zentralbehörden.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten.)
152	41 10	Belobigungen von Kriminalbeamten. (Belohnungen Orden und Ehrenzeichen.
153	41 20	Politische Betätigung der Kriminalbeamten, Logenzugehörigkeit, Bekenntnis- und Weltanschauungsgemeinschaften. Abhören feindl. Sender. Teilnahme in Uniform, Tragen von Abzeichen.
154	41 30	Beschwerden über Kriminalbeamte, Regressansprüche.
	42	Dienststrafangelegenheiten.
155 a. u.b.	42 00	a. Dienststrafordnung b. Polizei und Gerichtsbarkeit.
156 a.u.b.	42 01	a. Rundlaufschreiben z.SS u. Polizei Gerichtsbarkeit. b. Ermittlungsvorgänge z.SS u. Polizei Gerichtbarkeit.
	42 05	Dienststrafbefugnisse der Staatsanwaltschaft über Hilfsbeamte der Staatlsanwaltschaft.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten.)
157	42 10	Eintragung und Löschung von Dienststrafen.
158	43	Personalstärke.
	43 00	Personalstand der Kriminalpolizei.
159	43 01	Veränderung des Personalstandes der Kriminalpolizei.
160	43 02	Anmeldung des Mehr- und Minderbedarfs an Kriminalbeamte.
161	44	Kriminalpolizeibeamte.
	44 00	Kriminalpolizeibeamte, Reichsbeamtenkartei, Zentralkartei, Handkartei, der Leiter der kriminalpolizeistellen und Abteilungen.
16	44 01	Durchführung der Anstellungsgrundsätze.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten.)
163	44^{02}	Laufbahnbestimmungen für Kriminalpolizeibeamte.
163	a.)	Nachweis der arischen Abstammung.
	b.)	Erteilung der Heiratserlaubnis durch den R.F. SS bei sämtlichen SS-Führern.
164	44^{03}	Bestimmungen über Einstellung von Zivilanwärtern in die Kriminalpolizei.
164	44^{05}	Kriminalbeamte und SD des R.F. SS
165	44^{10}	Vormerkung, Einberufung, Berufseignungsprüfung, Ausbildung, Unterricht, Prüfung, Anstellung, Versetzung, Kündigung, Ausscheiden für den ~~xxxxxxxx~~ oberen Kriminalbeamtendienst.
166	44^{11} a.)	Vormerkung, Einberufung, Berufseignungsprüfung, Ausbildung, Unterricht, Prüfung, Anstellung, Versetzung, Kündigung, Ausscheiden für den mittleren Kriminalbeamtendienst.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten)
166	44^{11} b.)	Versetzung, Kündigung, Ausscheiden für den mittleren Kriminalbeamtendienst.
166	44^{12}	Ruhestandsbeamte als Verstärkungskräfte. Ersatz- und Ergänzungskräfte.
167	44^{15}	Abordnungen bzw. Überwechseln von Kriminalbeamten zu anderen Behörden.
	44^{15} a.)	Abordnungen zum Einsatz.
168	44^{16}	Beurteilung und Beförderungen von Kriminalbeamten.
	45	Fortbildung und Ausbildung, Sonderausbildung.
	45^{00}	Fortbildung und Ausbildung der Kriminalbeamter
170	45^{01}	Fortbildung der oberen Kriminalbeamten.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten.)
171	45 02	Fortbildung der mittleren Kriminalbeamtem.
	45 03	Weltanschauliche Schulung der Kriminal-beamten.
172	45 05	Erkennungsdienstliche Ausbildung (Spuren-sicherung). Zeichnen.
173	45 10	Ausbildung der Kriminalbeamten in der Einheitskurzschrift und Maschinenschreiben.
174	45 20	Waffen und Schiessausbildung der Kriminal beamten.
175	45 25 45 25 a	Körperliche Ausbildung der Kriminalbeamte
176	45 26	Ausbildung der Kriminalbeamten als Die hundführer.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschrift der Akten.)
177	45 30	Ausserdienstliche Fortbildung der Kriminalbeamten (Polizeiwochen usw.)
178	45 35	Ausbildung der Kriminalbeamten in anderen Dienstzweigen.
	50	Vermögenrechtliche Angelegenheiten der Kriminalbeamten. Lebensmittelzulagen für Angehörige der Sipo und des SD.- Einsatzbesoldung, Richtigkeitsbescheinigungen.
179	50 00	Mitwirkung bei der Bearbeitung von vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Kriminalpolizeibeamten.
180	50 01	Dienstunfälle der Kriminalbeamten.
[illegible]	50 05	Mitwirkung bei Unterstützungen und Notstandsbeihilfen für die Kriminalbeamten. (Unterhaltzuschüsse.) Trennungsentschädigungen. Reisebeihilfen. Betreuung. Wohnungen. Reisen von Familienangehörigen.

Lfd. Nr.	Aktenzeichen	Bezeichnung des Akteninhalts (Aufschriften der Akten)
182	50 10	Dienstaufwandsentschädigung für Kriminalb amte. Fahndungskosten.
	50 11	Sammlungen.
	50 15	Gemeinschaftsveranstaltungen.
	50 16	Tag der Polizei.
	50 17	ᛋᛋ Veranstaltungen.

I-A - KI 3 Berlin, den 26.9.1966

B e r i c h t

. . .

Anläßlich der vom 5.9. bis 16.9.1966 durchgeführten Dienstreise wurden die beim PP Kiel lagernden Generalien der ehemaligen Kripostelle Kiel anhand beiliegender Aktenliste durch den Unterzeichnenden gesichtet. Die Unterlagen befinden sich in einem Aktenraum des PP Kiel. Die noch vorhandenen Akten sind in dem beiliegenden Aktenplan mit einem roten Haken gekennzeichnet.

Infolge des Ausfalles einer in Kiel vorgesehenen Vernehmung war es möglich, den gesamten Aktenbestand durchzusehen. In keiner der dort vorhandenen Unterlagen konnte ein Hinweis gefunden werden, der auch nur mittelbar in Zusammenhang mit dem zur Frage stehenden Sachverhalt des Verfahrens 1 Js 13/65 gebracht werden konnte. Auffällig erschien, daß in dem Ordner 20^{52} (Anordnung der vorbeugenden Polizeihaft und Überwachung der Berufsverbrecher) zwar umfangreicher Schriftverkehr mit dem RKPA und anderen Dienststellen aus der Zeit vor 1940 vorhanden war, doch für die Folgezeit mit Ausnahme einiger unwesentlicher Schriftstücke keinerlei Unterlagen zu finden waren. Die anderen Ordner enthielten hingegen auch aus der Kriegszeit umfangreichen Schriftverkehr.

Insgesamt wurden lediglich von drei Schriftstücken Ablichtungen gefertigt. Es handelt sich um ein Schreiben des Referates IV D 5 vom 27.7.1943 Sicherungsmßnahmen gegen wiederergriffene Kriegsgefangene u.s.w. betreffend aus dem Ordner 16^{54} (Behandlung von Kriegsgefangenen), ein Schreiben des Referates V A 2 vom 14.9.1941 über eine Dienstreise des KR B ö h l h o f f nach Kiel aus dem Ordner 20^{52} (Anwendung der vorbeugenden Polizeihaft) und ein Schreiben des Referates II A 1 über die Abfassung von Berichten und Erlassen im Rahmen der Sicherheitspolizei.

Erwähnenswert erscheint weiterhin die Tatsache, daß während der Auswertungsarbeit in Kiel ständig ein Beamter des Geschäftszimmers der BKPSt Kiel - KOM H a g e n - zugegen war. Er erklärte seine ständige Anwesenheit mit der Begründung, daß neben den Generalien aus der Zeit vor dem Kriegsende auch noch Unterlagen aus jüngerer Zeit wie Disziplinarakten u.s.w. dort vorhanden seien und er auf Anweisung seines Vorgesetzten ständig bei der Auswertung zugegen sein müsse.
Leiter der BKPSt Kiel ist KOR R i c h r a t h, der im Verfahren 1 Js 13/65 als Beschuldigter geführt wird.

(Konnerth) KOM

135

Landeskriminalamt
Baden-Württemberg
- I/7 (NSG)-
Tgb. Nr.: III/8- 194/65

Betr.: Beteiligung des RSHA an der Sonderbehandlung von Justizhäftlingen insbes. v. asozialen Personen
-Verfahren GStA b.d.KG Berlin 1 Js 13/65 -

Bezug: Ihr Ers. hierzu - I -KI 2 - 2419/65-, zuletzt v.23.11.65

Ludwigsburg, den 24.8.1966

I.

Im Nachgang zu unserem Bericht vom 25.7.66 werden die Erkenntnisse der Kriminalhauptstelle Tübingen betr.d.Ermittlungen im Landesgefängnis Rottenburg übermittelt. Die Kriminalhauptstelle Tübingen teilte zu ihrem Ermittlungsergebnis folgendes mit:

"Die im Landesgefängnis Rottenburg noch vorhandenen Unterlagen aus den Jahren 1942 bis 1945 wurden entsprechend überprüft. Eintragungen in den Index-Verzeichnungen, wie Vernichtung durch Arbeit oder überstellt an KL, waren nicht feststellbar. Hingegen war wiederholt der Randvermerk "Inquisition" oder auf "Requisition" festzustellen. Was hiermit gemeint war, konnte nicht geklärt werden, es könnte sich jedoch um eine Tarnbezeichnung gehandelt haben. Sämtliche Personen mit dem Vermerk "Requisition" sowie alle diejenigen, welche in andere Strafanstalten überführt worden waren, wurden vorsorglich listenmässig erfasst. Es waren allerdings nur noch die Namen festzustellen. Unterlagen über Geburtsdatum, Geburtsort, früherer Wohnort u.a., sind nicht mehr vorhanden.

Der Polizeipräsident in Berlin
- Abteilung I -
29. AUG. 1966
Anlagen:
Briefmarken:
KJ 3

Dem
Polizeipräsidium
Kriminalinspektion 3
z.Hd.v.Herrn KHK S t a r k e

1 B e r l i n 42
Tempelhofer Damm 1-7

übersandt.

Ludwigsburg, den 24.8. 1966

Landeskriminalamt
Baden-Württemberg
-I/7 (NSG)-
I.A.
(Asdtner)
Kriminalkommissar

Anlagen:
21 lose Blatt

Bei der weiteren Durchsicht alter Akten wurden Unterlagen über die Verschubung des Strafgefangenen Josef A m s in das KL Sachsenhausen gefunden.

Weiter fanden sich ein Schreiben aus den Jahren 1937/38 an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Stuttgart, über 1o Personen, welche in sogenannte Schutzhaft genommen und der Stapo überstellt worden waren.

Von den Schriftstücken wurden Fotokopien gefertigt."

Die noch ausstehenden Berichte werden unmittelbar nach Eingang übersandt. Die in der Anlage befindlichen 21 Blatt wurden nur in einfacher Fertigung nach hier übersandt. Kopien von diesen 21 Anlagen wurden aus Kostenersparnisgründen nicht gefertigt.

Schmidt,

(Schmidt) PM

Landesgefängnis Rottenburg

I n d e x 1942

N a m e	Rel.	Entl.Tag lt. Buch	Vorgef.handschriftl. Vermerk
Badziong, Edmund,	kath.	3o.1.1943	am 23.4.42 an d. Stamm-lager Dieburg-Eich abgel.
Becker, Nikolaus,	kath.	17.1o.1943	Requisit.
Georgelin, Robert,	kath.	6.7.1943	Transport n. Compiegne
Krickl, Kurt,	r.k.	25.4.1943	Transport
Kowalski, Piotr,	k.	27.12.42	am 16.4.42 Dieburg-Eich versetzt
Louzil, Johann,	ev.	3.12.1942 (durchge-strichen)	Requisit.
Lerche, Hilma,	ev.	26.3.1944	am 21.5.42 Danzig-Matz-kau abgeliefert
Posern, Hans,	ev.	3o.9.1944	24.12.42 W.Gef.Torgau-Fortzinna überführt
Plemper, Henricus,	k.	1o.11.1942	5.11.42 Frankf. abge-liefert
Rydzek, Heinrich,	ggl.	26.8.1942	am 21.5.42 Danzig-Matz-kau abgeliefert
Rafael, Willi,	ev.	18.3.43	24.9.42 Torgau versetzt
Tomas, Alois,	k.	--	Requis.
Wawezynczyk, Damian,	k.	13.9.1943	9.4.42 nach Eich versetzt

Landesgefängnis Rottenburg

I n d e x 1943

N a m e		Rel.	Entl.Tag lt.Buch	Vorgef.handschriftl. Vermerk
Dreistadt,	Emil,	k.	23.3.1946	am 4.3.1944 nach Rodgau versetzt
Ernst,	Heinz,	ev.	24.6.1945	29.1.44 nach Torgau überführt
Eitzen von,	Hans,	ev.	3.6.47 (durchgestr.) 2o.8.1947	29.1.44 nach Torgau überführt
Hansen,	Hans,	ev.	2.1o.44 (durchgestr.) 29.1o.1944	29.1.44 nach Torgau überführt
John,	Rudolf,	ggl.	31.3.1945	auf Requisition
Luczak,	Stefan,	kath.	13.1o.45	28.8.42 Gef.Lager Eich/ Rheinhessen versetzt
Morzynski,	Anton,	k.	29.12.1944	28.8.43 Lager Eich/Rheinhessen vers.
Pröss,	Friedrich,	ev.	22.9.1943	8.4.43 auf Requis., nicht mehr zrk., da in die Haftanstalt Dieburg versetzt
Röth,	Richard,	k.	3.9.44 (durchgestr.) 3.7.1943	3.7.43 Wm.Gef. Torgau abgeliefert

Landesgefängnis Rottenburg

I n d e x 1944/45

N a m e		Rel.	Entl.Tag lt.Buch	Vorgef.handschriftl.Vermerk
Bauer,	Franz,	k.	28.1.45	am 25.8.44 in das Strafgefängnis Bln.-Plötzensee versetzt
Hergert,	Ludwig,	ev.	7.1o.45	am 19.1o.44 an Wehrmachtsgefängnis Torgau-Fortzinna abgeliefert
Kämpf,	Viktor,	k.	16.2.45	am 11.8.44 in das Wehrmachtsgefängnis Torgau-Fortzinna-überstellt
Papsdorf,	Rudolf,	ev.	12.7.44 (durchgestr.)	am 15.2.44 nach Berlin abgeliefert. Am 19.3.44 verst.
Roller,	Reinhold,	k.	13.1.48	Ablieferung
Schrottner,	Alexander,	k.	5.12.46	am 9.6.44 nach Torgau überstellt
Strobel,	Eugen,	ev.	11.6.46	am 8.4.44 nach Torgau-Fortzinna überführt
Wöll,	Albert,	ev.	23.9.45 (durchgestr.)	am 29.9.44 in das Wehrmachtsgefängnis Torgau-Brückenkopf abgeliefert

140

Strafgefängnis Rottenburg (Neckar). Den 5. Juni 1940.

- Der Vorstand -

An
das Amtsgericht
R o t t w e i l (Neckar).

Betr.: Strafsache gegen Josef Ams, led. Hilfsarbeiter, geboren 20.8.1912 in Niederhof, Krs. Säckingen.
Beil.

Aktenzeichen: 5 Cs.72/40.

Die durch Strafbefehl des Amtsgerichts Rottweil vom 16. April 1940 wegen Übertretung der Gewerbeordnung gegen den oben bezeichneten

Josef A m s

erkannte Haftstrafe von 2 Wochen wurde an diesem wie nachstehend hier vollzogen:

Strafbeginn: 22. Mai 1940 - 8.30 Uhr,
Strafende: 5. Juni 1940 - 8.30 Uhr.

Ams wurde heute in das Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg abgeliefert.

gez. L u p f e r
Strafanstalts-Direktor.

/Or.

141

Strafgefängnis Rottenburg (Neckar). Den 5. Juni 1940.

- Der Vorstand -

An
das Konzentrationslager
in S a c h s e n h a u s e n
bei Oranienburg.

Betr.: Josef A m s , led.Hilfs=
arbeiter, geb.20.8.1912
in Niederhof,Krs.Säckingen.

0 Beil.

Der oben bezeichnete Josef A m s ist nach Verbüßung von 6 Wochen Gefängnis und 2 Wochen Haft heute von hier aus zur weiteren Vorbeugungshaft nach dort zurückverschubt worden.

gez. L u p f e r

Strafanstalts-Direktor.

/Or.

142

Geschäftsstelle des Amtsgerichts

-Strafvollstreckungs-Abtlg.-

Rottweil, den 29. April 1940.

5 Cs 72/40

An das

Strafgefängnis

Strafgefängnis Rottenburg
Eing 30 APR. 1940

R o t t e n b u r g

Beil.: 1 vollstreckb. Abschrift des Strafbefehls.

Der am 20.8.1912 in Niederhof BA. Waldshut geb., z.Zt. im Strafgefängnis in Rottenburg in Strafhaft befindliche led. Arbeiter

Josef A m s

wurde durch Strafbefehl des Amtsgerichts Rottweil vom 16.4.1940 wegen 1 Übertretung nach § 55 Abs.1 Z.3 u. § 148 Z.7 Gewerbe-O. zu der

Haftstrafe von 2 Wochen

und zu den Kosten verurteilt.

Der Strafbefehl ist seit 27. April 1940 rechtskräftig.

Wir ersuchen um Vollzug der obengenannten Strafe.

Die Vorstrafen dürften anläßlich der dort zur Zeit im Vollzug befindlichen Strafe bekannt sein.

Justizinspektor

Die Eröffnung bescheinigt:
Rottenburg, den 30. April 1940
Josef Ams

Beglaubigte Abschrift.

Geschäftsnummer: 5 Cs 72/40

Strafbefehl

gegen

den am 20.8.1912 in Niederhof BA. Waldshut geb., z.Zt. im Strafgefängnis in Rottenburg in Strafhaft befindlichen led. Arbeiter

Josef Ams

Sie werden beschuldigt, Sie haben gewerbliche Leistungen angeboten, ohne im Besitz des erforderlichen Wandergewerbescheins zu sein,

indem Sie am 8.4.1940 in Oberrotenstein Gde. Hausen, nachdem Sie aus dem Gerichtsgefängnis in Rottweil entwichen waren, sich als Messerschleifer betätigten, obwohl Sie keinen Wandergewerbeschein besitzen.

1 — Übertretung — ~~Vergehen~~ ~~gegen~~ nach § 55 Abs. 1 Ziff. 3 und § 148 Ziff. 7 Gew.O.

Kosten.

Gebühr für den Strafbefehl § 53 GKG. 5 RM — Rpf
Auslagen — RM — Rpf
zus. — : 5 RM — Rpf.

Es wird gegen — Sie —

eine Haft = strafe von 2 Wochen

festgesetzt, auch werden Ihnen die Kosten des Verfahrens und des Strafvollzugs auferlegt.

— ~~Sollte die Geldstrafe nicht beigetrieben werden können, so tritt an ihre Stelle eine = Haft = Gefängnis = Strafe von~~

Rottweil, den 16. April 1940.

Amtsgericht
(gez.) Hirzel.

Die vorstehende auszugsweise Abschrift des Strafbefehls wird beglaubigt.
Der Strafbefehl ist vollstreckbar.

Amtsgericht Rottweil

Rottweil, den 29. April 1940.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts
Justizsekretär

144

Strafgefängnis & Gerichtsgefängnis

R o t t e n b u r g (Neckar).

- Der Vorstand -

Den 4. Oktober 1938.

An

die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle

S t u t t g a r t .

Betr.: Strafgefangener Fritz Berger,
led.Former, geb.23.5.1918
in Wasseralfingen,Krs.Aalen.
Dortiges Zeichen: II D.537/38.

(Teil.

Auf das dortige Ersuchen vom 30.Sept.1938 ist der Gefangene

Fritz B e r g e r

nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe am 2. Okt.1938 - mittags 12.oo Uhr - in Schutzhaft überführt und heute mit Sammeltransport von hier aus in das Polizeigefängnis II Stuttgart überstellt worden.

gez. L u p f e r

Strafanstalts-Direktor.

145

Abdruck.

Ges.Nr. 21 -/38.

Strafgefängnis & Gerichtsgefängnis
Rottenburg (Neckar).
- Der Vorstand -

Den 30. September 1938.

An
das Amtsgericht
Rottenburg (Neckar).

Betr.: Strafsache gegen Fritz Berger, led.Former, geb.23.5.1918 in Wasseralfingen, Krs.Aalen.
Aktenzeichen: II D.537/38.

0 Beil.

Zu obiger Strafsache wird mitgeteilt, daß der Unters.Gefangene

Fritz Berger

am 29. September 1938 - mittags 12.oo Uhr - von Unters.-Haft in Strafhaft (3 Tage Gefängnis) überführt worden ist. - Die Gefängnisstrafe endet am 2. Oktober 1938 - mittags 12.oo Uhr.

Berger war vom 19.bis 29.Sept.1938 = 10 Tage als Unters.Gefangener im Gerichtsgefängnis; dieses wird gleichzeitig zu dortiger Verrechnung der angefallenen Haftkosten mitgeteilt.

gez. Lupfer

Strafanstalts-Direktor.

Strafgefängnis Rottenburg (Neckar)
mit Gerichtsgefängnis Rottenburg (Neckar)

Aufnahme der Personalien

für den Strafgefangenen Fritz Berger Gef.-Nr. 21 U/38.

1. Geburtstag: 23.Mai 1918
2. Familienverhältnisse:
   — ehelich — ~~=unehelich=~~ — geboren — kein Zwilling —
   — ~~verheiratet===Witwer===geschieden===getrennt=lebend~~ — ledig —
   1 unehel. Kinder im Alter von 3 Jahren
   Braut: - keine.
3. Geburtsort: Wasseralfingen, dort Königstr.24 wohnhaft.
4. Religion: a) Angehöriger einer Religionsgemeinschaft oder einer Anschauungsgemeinschaft, evangelisch — ~~katholisch~~
   b) ~~Gottgläubig~~
   c) ~~Glaubenslos~~
5. Gewerbliche Kenntnisse: / Nahrungszweig: } Former.
6. Steht der Verurteilte im Genuß einer Rente? Nein!

Personal-Beschreibung

1. Größe: 186 cm
2. Haare: blond
3. Augen: blau
4. Bart: -- 0 --
5. Zähne: gut
6. Besondere Kennzeichen: - 0 -
7. Bekleidung: bürgerlich
8. Staatsangehörigkeit: Württbg.
9. Ausländischer Wohnort eines Reichsververwiesenen:
10. Verzeichnis der vorhandenen Ausweispapiere:

Aufgenommen am Tage des Eintritts, bzw. Einlieferung in das ~~Straf~~ Gerichts- — Gefängnis von (am 19.9.1938 - 12.35 Uhr)

Verw. Sekr.

147

Geschäftsstelle des Amtsgerichts
Rottenburg (Neckar).

Den 6. Septbr. 38.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Stuttgart
Eing. 7. Sept. 1938
Nr. II D/537/38 Anl.

II D
Jn 45675
w. 5.9.38

An die
Geheime Staatspolizei
Stuttgart-S
Dorotheenstr. 2-4.

- Ds 24/38 -

Nr. II D 537/38.

Jn der Strafsache (wegen Betrugs) gegen

Fritz B e r g e r, led. Former, geb. am 23.5. 1918 in Wasseralfingen

zur Zeit im Polizeigefängnis in Welzheim

ist Termin zur Hauptverhandlung auf Mittwoch, den 21. September 1938. vormittags 10 Uhr bestimmt (vor dem Amtsgericht Rottenburg).

Jch bitte um Zulieferung des B e r g e r hieher evtl. um Veranlassung

Justizinspektor:

[redacted] Nr. _____

Vor- und Zuname: Hermann Knapp

(bei Frauen geb. _____)

geb. am 8.Jan.1897 in Rottenburg (Neckar) Kreis Rottenburg.

wohnhaft in Rottenburg (Neckar) Kreis Strasse Königstraße

Religion: kath.

Familienverhältnisse:

ehelich - ~~unehelich~~ - geboren -- - kein Zwilling -

~~ledig~~ - verheiratet - ~~verwitwet - geboren - Inhaber - geschieden~~ -

2 Kinder im Alter von 8 bis 10 Jahren -

Unverehelichte Frauenspersonen, die geboren haben - ja - nein -

Kann lesen? - ja - ~~nein~~ - ; - Kann schreiben? - ja - ~~nein~~ -

Staatsangehörigkeit: - Deutsches Reich - -

Gewerbliche Berufsart: Gärtner ~~unselbständig~~ selbständig -

Steht der Verurteilte wegen Gewährung einer Rente ? - ~~ja~~ - nein -

Landesversicherungsanstalt( )

Versorgungsamt in ( )

Anschrift (der Ehefrau - Braut -) (des Ehemannes -) in

Gestaltsbezeichnung:

Größe: 1.68 m

Gesichtsform: breit

Haare: blond (Glatze)

Augen: blau

Mund: gew.

Kleidung: bürgerlich

Gestalt: kräftig

Gesichtsfarbe: gesund

Bart: glattrasiert

Nase: gew.

Zähne: lückenhaft

Besondere Kennzeichen: trägt Brille

Zeitpunkt der Einlieferung:

den 12.11. 1937.-18^{45} Uhr.

Straftat : (Schutzhaft)....

Vorstrafen : keine. (1 mal in Schutzhaft)

Aufgenommen bei Strafantritt bezw. bei Einlieferung:

von [redacted]
(Name)

Verw.Assistent.
(Amtsbezeichnung)

H a f t b e f e h l .

Der am 8.Januar 1897 zu Rottenburg geborene und daselbst wohnhafte Gärtnereibesitzer Hermann K n a p p ist auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Stuttgart, Außendienststelle Tübingen, sofort zu verhaften und in das Strafgefängnis Rottenburg zu überführen. Er ist dort so lange zu verwahren, bis er nach Stuttgart weiterbefördert wird. Der Wegtransport des Knapp wird von hier aus noch besonders angeordnet und bekanntgegeben.

Rottenburg, den 12.November 1937.

Der Landrat:

Der Landrat in Rottenburg

Anmerkung:

Knapp wurde am 12.11.1937 - 18.45 Uhr hier eingeliefert und am 16.11.1937 mit Sammeltransport in das Polizeigefängnis II Stuttgart überstellt.

-- Or. --

150

Abdruck.

Gef.Nr. 12.738.

Strafgefängnis & Gerichtsgefängnis
Rottenburg (Neckar).
- Der Vorstand -

Den 16. August 1938.

An
die Geheime Staatspolizei
-Staatspolizeileitstelle-
S t u t t g a r t .

Betr.: Ernst L a n g , verh.Maurermeister,
geb.8.4.1902 in Warmbronn.

Hiesige Nummer: II D/744/38.

Anl.

Auf das dortige Ersuchen vom 26.Juli 1938 ist der Gefangene Ernst L a n g nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe am 15. August 1938 - 12.15 Uhr - in das hiesige Gerichtsgefängnis überstellt und heute mit Sammeltransport in das Polizeigefängnis II Stuttgart abgeliefert worden.

J.V.
gez. Richter
Regierungsrat.

Strafgefängnis & Gerichtsgefängnis
R o t t e n b u r g (Neckar).

- Der Vorstand -

Den 18. Oktober 1938.

An

die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
S t u t t g a r t .

Betr.: Josef Schuhbauer, led. Dachdecker,
geb. 20.2.1906 in Grafing.
Dortige Nummer: II D 509/38.

0 Beilagen.

Auf das dortige Ersuchen vom 25. Juni ds.Js. ist der Gefangene

Josef S c h u h b a u e r

nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe am 16. Oktober 1938 - nachmittags 18.oo Uhr - in Schutzhaft überführt und heute mit Sammeltransport in das Polizeigefängnis II Stuttgart überstellt worden.

gez. L u p f e r

Strafanstalts-Direktor.

Ger.Nr.27 -/37.

Strafgefängnis und Gerichts=
gefängnis Rottenburg a./N.

Den 19. Oktober 1937.

- Der Vorstand -

An
die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
S t u t t g a r t .

Betr.: Schutzhaft gegen Albert Baumann,
led.Schneider,geb.4.10.1903
in B a c k n a n g .
Dortige Nr.II D 2352/4.

Auf das dortige Ersuchen vom 8. ds.Mts. ist der Gefangene Albert B a u m a n n nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe am 14. Oktober 1937 - vormittags 10.45 Uhr - in das hiesige Gerichtsgefängnis in Schutzhaft überführt und heute mit Sammeltransport in das Polizeigefängnis II Stuttgart überstellt worden.

gez. L u p f e r

Strafanstalts-Direktor.

153

Strafgefängnis und Gerichts=
gefängnis Rottenburg a./N.
- Der Vorstand -

23. August 1937.

An

die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
S t u t t g a r t .

Betr.: Friedrich F r e y , verh.Landwirt,
geb.3.2.1902 in Röt,Krs.Freuden=
stadt.
Dortige Nummer 2352/2 Frey.

0 Beilagen.

Auf das dortige Ersuchen vom 16.ds.Mts. wurde der Gefangene Friedrich F r e y , am 21. August 1937 - vormittags 11.oo Uhr - nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe dem hiesigen Gerichtsgefängnis in vorläufige Schutzhaft übergeben und heute mit Gefangenen-Sammeltransport in das Polizeigefängnis II Stuttgart überstellt.

J.V.

gez. S c h w a r z
Rechnungsrat.

Strafgefängnis Rottenburg a./N. Den 19. Juli 1937.

An

die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle

S t u t t g a r t .

Betr.: Schutzhaft gegen Richard Fleck,
verh.Eisendreher von Neckargartach.
Dortige Nr.P.P.2352/1 Fleck.

0 Beilagen.

Gemäß dortigem Ersuchen vom 22. Juni ds.Js. ist heute der in Schutzhaft genommene

Richard F l e c k

von hier aus mit Sammeltransport in das Polizeigefängnis II Stuttgart überstellt worden. Gleichzeitig wurden dessen Effekten und Guthaben nach dort übersandt bzw.überwiesen.

gez. L u p f e r

Strafanstalts-Direktor.

155

A b d r u c k . /70. Ges.Nr.15 -/37.

Strafgefängnis Rottenburg a./N. Den 12. Juli 1937.

An

die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
S t u t t g a r t .

Betr.: Schutzhaft gegen Ernst Widmayer,
verh.Gipser von Markgröningen.

Dortiges Aktenzeichen :
Nr. 2352/2 Widmayer.

0 Beilagen.

Auf das dortige Ersuchen vom 29. Juni 1937 wird mitgeteilt, daß der Gefangene Ernst W i d m a y e r nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe am 10.ds.Mts.- vormittags 11.2o Uhr - in das hiesige Gerichtsgefängnis in Schutzhaft überführt und heute von dort mit Sammeltransport in das Polizeigefängnis II Stuttgart überstellt worden ist. Gleichzeitig sind die Effekten und das Guthaben des Schutz=häftlings dorthin übersandt bzw.überwiesen worden.

gez. L u p f e r

Strafanstalts-Direktor.

156

Straf=u. Gerichtsgefängnis Rottenburg a./N. den 21. J u n i 1937.

An

die Geheime Staatspolizei
-Staatspolizeileitstelle -
S t u t t g a r t .

Betr.: Schutzhäftling Friedrich Faude,
verh. Hilfsarbeiter, geb. 19.7.1903
in Tuttlingen, wohnhaft in
Stuttgart - Ost.
Dortiges Aktenz.: Nr. 2352/1. Faude.

Gemäß dem dortigen Ersuchen vom 20. Mai 1937 wurde heute der Schutzhäftling

F r i e d r i c h F a u d e ,

dessen Gefängnisstrafe hier am 20. Juni 1937 - 13 20 Uhr - endete und der zu diesem Zeitpunkt dem hiesigen Gerichts=gefängnis übergeben worden ist, mit Sammeltransport in das Polizeigefängnis II Stuttgart überstellt.

Das Guthaben des Gefangenen sowie dessen Effekten werden gleichzeitig nach dort überwiesen bezw. übersandt.

gez. L u p f e r
Strafanstalts-Direktor.

157

Straf= & Gerichts=
gefängnis Rottenburg a./N.

Den 24. Mai 1937.

A b d r u c k .

An die

Geheime Staatspolizei
-- Staatspolizeileitstelle --
S t u t t g a r t .

Zu Nr. 2352/I. Elsässer.
Beil.: 1 Entlassungsausweis.

Zufolge dortigen Ersuchens vom 7. Mai 1937 liefere ich heute den Strafgefangenen Friedrich E l s ä s s e r , verh. Revolverdreher von Oberaichen wohnhaft in Stuttgart, mit Sammeltransport in das Polizeigefängnis II Stuttgart zu.

Die Strafzeit des Elsässer endete hier am 18. Mai 1937 - 13 38 Uhr - er wurde von dieser Zeit ab als Schutzgefangener im hiesigen Gerichtsgefängnis verwahrt.

gez. Lupfer.

Strafanstalts-Direktor.

158

1 Js 13 / 65 (RSHA) - (~~Stapoleit. Bln.~~)

Vfg.

✓1) Zu schreiben (Formular benutzen): - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28

a) Hatto ..... b) Görge .....
b) Staffel .....
c) Riedler .....
d) Gutsche .....
e) Zimmer .....
f) Beetz .....
g) Berchem .....

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp. gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. ...415 AR 1310/63.....

Anlage(n): 8 Vernehmungsniederschrift (en)

Als Anlage ~~(n)~~ übersende ich ....8... Vernehmungsniederschrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen Verbleib.

2) Z.d.A.

Berlin, den 27.9.66

[signature]

zu 1/uh + 8 Kon.
28/9.66

159

1 Js 13/65 (RSHA)

V.

1) Vermerk:

Der bereits zum Verfahren 1 Ja 10/65 (RSHA) vernommene Zeuge Otto R i e c h, geb. 8.3.1893 in Bornim, (fr. RSHA V Gst. 2) ist am 4.Juni 1966 verstorben.

Nach tel. Auskunft des EMA ist sein Tod beim Standesamt Wedding, Reg.Nr. 1915/66, beurkundet.

2) z.d.A.

27.9.1966

Hi.

160

1 Js 13 / 65 (RSHA) - (~~Stapoleit. Bln.~~)

Vfg.

1) Zu schreiben (Formular benutzen): - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28

a) Richter
b) Felgenhauer
c) Fähnrich
d) Frösche
e) Gornickel
f) Dr. Schweder
g) .....

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp. gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. 415 AR 1310/65

Anlage(n): 6 Vernehmungsniederschrift (en)

Als Anlage (n) übersende ich 6 Vernehmungsniederschrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen Verbleib.

2) Z.d.A.

Berlin, den 27.9.66

[signature]

zu 1) ab + 6 Vern.
28/9.66 [signature]

161

Der Polizeipräsident in Berlin

1 Berlin 42, Tempelhofer Damm 1-7, den 26. Sept. 19 66
Fernruf: 66 00 17 } App. 2070
Im Innenbetrieb: (95)4231

AV-B-h -/66
(Angabe bei Antwort erbeten)

Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 28. SEP. 1966
mit / Anl. / Blatts. / Bd. Akten

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

1 Berlin 19
Amtsgerichtsplatz 1

29. SEP. 1966

Gemeinsame Briefannahme
28.9.66*12-15
Justizbehörden Charlottenburg

Frau Hoffmann-Bilstein

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a. wegen Mordes
hier: Dienstreise des Kriminalobermeisters Konnerth und des Polizeioberwachtmeisters Bloeks nach München u.a. Orten

Vorgang: Dortiges Ersuchen vom 9. Dezember 1965 -Az.1 Js 13/65 (RSHA)

In der o.a. Angelegenheit haben Kriminalobermeister Konnerth und Polizeioberwachtmeister Bloeks in der Zeit vom 8. bis 19. August 1966 eine Dienstreise nach München u.a. Orten durchgeführt.

Aus diesem Anlaß sind hier Reisekosten in Höhe von

1.248.40 DM

- in Worten: Tausendzweihundertachtundvierzig DM 40 Pf -

entstanden.

Ich bitte zu veranlassen, daß die Kosten gem. § 92 GKG in Verbindung mit den Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen (Kostenverfügung) vom 7. September 1957 als Gerichtskosten festgesetzt und von den Kostenschuldnern eingezogen werden.

Einer Überweisung des Betrages an mich bedarf es nicht (Entscheidung des Magistrats von Groß-Berlin - Finanzabteilung Käm II/7 - vom 26. November 1949).

Im Auftrage

/wa

1 Js 13/65 (RSHA)

Stenogrammübertragung
des Vernehmungsprotokolls vom 29. September 1966

Gegenwärtig: Staatsanwältin B i l s t e i n,
Justizangestellte K ö n i g.

Vorgeladen erscheint um 09.30 Uhr

der Pensionär Erich G r o n o s t a y,
geb. am 11. Juli 1900 in Willenberg,
wohnhaft in Berlin-Friedenau, Ceciliengärten 24,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes an Justizgefangenen zeugenschaftlich vernommen werden soll.
Ich bin darüber belehrt worden, daß ich auf solche Fragen, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung ich mich selbst strafrechtlicher Verfolgung aussetzen könnte, die Auskunft verweigern kann.
Ich bin mit keinem früheren Angehörigen des RSHA verwandt oder verschwägert.

Nach 12-jähriger Dienstzeit bei der Schutzpolizei in Gelsenkirchen/Menden und zuletzt in Hindenburg wurde ich 1932 entlassen.
Ich bewarb mich bei verschiedenen Verwaltungen und bei der Kriminalpolizei; zunächst wurde ich beim Finanzamt in Hindenburg angestellt, etwa 1936 erfolgte dann meine Einberufung zur Kriminalpolizei. Nach Ausbildung an der Polizeischule in Charlottenburg war ich bei der Kriminalpolizei Hindenburg im Betrugs- und Diebstahls-Kommissariat tätig. Später war ich auch im Geschäftszimmer eingesetzt.
Ich wurde seinerzeit gedrängt, in die Partei einzutreten.
Da ich mich weigerte und deshalb Schwierigkeiten befürchtete, versuchte ich eine Versetzung zu erreichen. Der KK Dr. W e r n e r von der KPSt Gleiwitz war mir dabei behilflich.

Ich kam etwa 1938 zunächst im Wege der Abordnung nach Berlin zum RKPA, und zwar zur Abteilung "Vorbeugung".
Die Abordnung dauerte nur einige Monate. Nach einer kurzen Zwischentätigkeit in Hindenburg wurde ich dann aber 1939 endgültig zum RKPA versetzt. 1942 wurde ich zum Kriminalsekretär ernannt. Im August 1943 ging ich mit meiner Dienststelle nach Drögen/Mecklenburg und blieb dort bis etwa Ende 1944.
Im Jahre 1944 war ich einige Monate von der Dienststelle abwesend, da ich mich in Schneidemühl einer Bruchoperation unterzogen hatte. Ende 1944 wurde ich in Berlin zur Kriminalinspektion Schöneberg versetzt und machte in der Folgezeit in Steglitz Revierdienst. Kurz nach der Kapitulation im Mai 1945 wurde ich von Russen nach Vernehmung festgenommen.
Nachdem ich durch einige Lager geschleust worden war, wurde ich im August/September 1945 entlassen.
In der Zeit von 1945 bis 1953 war ich beim Finanzamt Tempelhof tätig, dann wurde ich wieder in den Dienst der Kriminalpolizei zurückberufen. Am 30. September 1960 bin ich in den Ruhestand getreten.
Ich war weder Mitglied der NSDAP noch habe ich der SS angehört.

Zu meiner Tätigkeit beim Referat Vorbeugung in der Zeit von 1939 bis Ende 1944 ~~des RKPA~~ gebe ich folgendes an:

Die Bezeichnung des Referats lautete - wie ich mich nunmehr erinnere - V A 2. Im internen Dienstbetrieb haben wir allerdings diese Bezeichnung kaum verwandt. Wir benutzten in der Regel weiterhin die Bezeichnung RKPA, auch nachdem dieses als Amt V dem RSHA eingegliedert worden war.

Das Referat war in zwei Dienststellen unterteilt:
V A 2 a und V A 2 b.
Die eine Dienststelle war für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher zuständig, die andere für Asoziale. Ich kann nicht mehr mit Sicherheit sagen, welche der beiden Dienststellen was bearbeitete.
Ich war zunächst in der Kartei tätig, die für beide Dienststellen bestand. Später wurde ich dann Sachbearbeiter in der Dienststelle V A 2 a. Meine Tätigkeit bestand darin,

Gesuche von Häftlingen bzw. von Angehörigen von Häftlingen um Entlassungen, Hafterleichterungen u.ä. für die Bearbeitung vorzubereiten, d.h. von der Kartei bzw. Registratur wurden mir die Gesuche mit den entsprechenden Akten vorgelegt.
Ich hatte nun darauf zu achten, daß sich alle Anlagen bei den Gesuchen befanden und daß insbesondere der Strafregisterauszug vorlag. Ich hatte dann die entsprechenden Formulare zu den Akten zu legen und schon Namen und Personalien des Häftlings einzutragen. Anschließend wurden die Akten dem Dienststellenleiter vorgelegt, der dann die notwendigen Entscheidungen traf. Ich selbst habe eine Bearbeitung im eigentlichen Sinne nicht vorgenommen.
In allen Fällen handelte es sich meiner Meinung nach um Angelegenheiten solcher Häftlinge, die sich schon in Konzentrationslagern befanden. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß ich auch Vorgänge vorbereitet habe, die die Genehmigung bzw. Bestätigung von Vorbeugungshaft und die Einweisung des Häftlings in ein bestimmtes Konzentrationslager betrafen.
Mir ist aus dem Dokumentenband VH III ein Vorgang der Kriminalpolizeistelle Graz betr. Karl T o s c h vorgelegt worden. Ich erinnere mich, daß ich Formulare der darin verwendeten Art gesehen habe, insbesondere erinnere ich mich auch an das Formular Bl. 59. Diese Formulare befanden sich bei den Akten, die mir vorgelegt wurden, ich habe sie aber nicht selbst vorbereitet. Ich kann nicht sagen, wer mit der Bestätigung von Vorbeugungshaft im Referat V A 2 betraut war.
Möglicherweise bestand eine Trennung der Sachgebiete insoweit, als einzelne Sachbearbeiter nur für die Bearbeitung von Haftanträgen zuständig waren, die anderen dagegen für die Bearbeitung der später eingehenden Gesuche und die Vorbereitung der notwendigen Entscheidungen über Entlassungen u.ä.
Ich kann das aber nicht mit Sicherheit sagen.

Zu den Eingängen, die mir mit den Akten vorgelegt wurden, gehörten auch Todesmitteilungen. Der Tod des Häftlings wurde in den Akten vermerkt, und es wurde verfügt, die Kartei zu berichtigen, die einweisende Dienststelle zu benachrichtigen und die Akten wegzulegen. Bei den Todesmeldungen ist mir seinerzeit aufgefallen, daß häufig die gleichen Todesursachen angegeben waren, insbesondere sollten die Häftlinge oft

an Herzschlag verstorben sein. Das kam mir damals verdächtig vor. Ich habe darüber mit Kollegen gesprochen. Mit wem im einzelnen, kann ich nicht mehr angeben. Es wurde dabei die Meinung vertreten, daß die Vorbeugungshäftlinge möglicherweise durch die lange Zeit, die sie in Zuchthäusern vorher verbracht hatten, schon ausgemergelt und nicht mehr kräftig waren und deshalb den Strapazen der Konzentrationslager nicht gewachsen waren. Anhaltspunkte dafür, daß diese Häftlinge eines gewaltsamen Todes ge-storben waren, hatten wir damals nicht.
Neben "natürlichen" Todesfällen kamen allerdings auch Todesmitteilungen, in denen es hieß: "Auf der Flucht ersch-ossen". Es wurde bei uns vermutet, daß derartige Fluchtfälle in den Lagern künstlich inszeniert wurden, um die Häftlinge loszuwerden. Darüber wurde gesprochen. Sichere Kenntnis darüber hatten wir aber nicht. Wir haben auch seinerzeit nichts darüber erfahren, daß Vorbeugungshäftlinge in Konzentrationslagern auf Befehl H i m m l e r s oder anderer Dienststellen exekutiert worden sind.
Zu einem bestimmten Zeitpunkt fiel es uns auf, daß sich die Todesmeldungen häuften. Ich kann nicht mehr angeben, wann das war, insbesondere ob dieser Zeitpunkt noch vor der Evakuierung der Dienststelle nach Drögen lag.
Auch über diese Häufung der Todesfälle ist in der Dienststelle - allerdings mit der gebotenen Vorsicht - gesprochen worden; es wurden Vermutungen laut, daß es sich möglicherweise um eine besondere Aktion handeln könne. Genaue Tatsachen haben wir aber nie erfahren. Wir mußten auch immer bei unseren Gesprächen sehr vorsichtig sein. Besonders gegenüber Vorgesetzten wußte man nie genau, wieweit man gehen konnte. Mir ist es passiert, daß ich auf offene Äußerungen die Antwort bekam: "Sie wollen wohl mal den Anzug wechseln?" Damit war gemeint, daß ich mich der Gefahr einer KZ-Einweisung aussetzte.
Wer diese Äußerung gebracht hat, kann ich nicht mehr sagen.
Ich bin heute nach meinem Wissen über eine Sonderaktion gefragt worden, bei der mehrere 1000 Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene aus Vollzugsanstalten der Justiz übernommen und in Konzentrationslager eingewiesen worden sind.

Über eine derartige Sonderaktion kann ich keine genauen Angaben machen. Ich besinne mich lediglich, daß ich einmal gesprächsweise von einem Transport gehört habe, kann aber nicht sagen, um welche Art von Transport es sich damals gehandelt hat und ob er mit der hier interessierenden Sonderaktion in Verbindung stand.
Ich erinnere mich ferner daran, daß im Referat zu einem bestimmten Zeitpunkt eine große Arbeitsbelastung erwartet wurde, und daß deshalb Befürchtungen geäußert wurden, daß darunter die Urlaubszeit leiden würde. Auch hierbei weiß ich aber nicht, ob dieser Vorfall mit der genannten Sonderaktion in Verbindung zu bringen ist.
Ich kann keinerlei Angaben darüber machen, wer im Referat die mit dieser Sonderaktion in Zusammenhang stehenden Arbeiten verrichtet hat und wer insbesondere die Einweisung der von der Justiz zu übernehmenden Häftlinge in Konzentrationslager angeordnet und geleitet hat. Mir ist gesagt worden, daß für die Benachrichtigung der örtlichen Kripo-Stellen beim Referat Vorbeugung z.T. auch Sachbearbeiter anderer Dienststellen bzw. Abgeordnete von Kripo-Stellen beschäftigt worden sind. Ich erinnere mich daran, daß eine Zeitlang Beamte von örtlichen Kripo-Dienststellen zu uns abgeordnet waren, ich weiß aber nicht, womit sie beschäftigt waren. Mir sind einige Muster von Benachrichtigungen vorgelegt worden. Ich kann mich nicht erinnern, derartige Formulare seinerzeit gesehen zu haben. Ich habe auch solche Benachrichtigungen nicht ausgeschrieben. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, daß im Schriftverkehr, der mir vorgelegt wurde, die in den Benachrichtigungen angesprochene Vereinbarung zwischen H i m m l e r und dem Reichsjustizminister in irgendeiner Weise erwähnt gewesen wäre.

Ich bin ferner heute danach befragt worden, was mir von der "Korrektur von Justizurteilen" bekannt ist.
Ich erinnere mich daran, daß ich einmal in der Zeitung gelesen habe, daß die bekannten Einbrecher Gebr. S a s s e auf der Flucht erschossen worden seien. Auch in diesem Falle wurde bezweifelt, daß es sich um einen echten Fall von Flucht handelte.
Mir ist aber nicht bekannt, ob diese Erschießung tatsächlich auf einem Befehl beruhte. Auch andere Fälle, in denen Personen, die von Gerichten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, später auf höheren Befehl erschossen worden sind, sind mir nicht bekanntgeworden.

Mein unmittelbarer Vorgesetzter als Dienststellenleiter war der KI Karl G r a h n e i s. Ich hatte aber nicht sehr viel mit ihm zu tun. Meiner Erinnerung nach wurden die meisten von mir vorbereiteten Vorgänge direkt seinem Vorgesetzten, dem KR R i c h r a t h, vorgelegt, der dann die erforderlichen Entscheidungen traf. Zu meinen engsten Kollegen in der Dienststelle gehörten die KS B a s c h i n und H a r d e g e n.

Die Vernehmung wurde um 12.15 Uhr für eine Mittagspause unterbrochen, sie soll um 13.00 Uhr fortgesetzt werden.

Fortsetzung des Vernehmungsprotokolls um 13.00 Uhr.

Über die sonstige organisatorische Gliederung des Referats kann ich keine genauen Angaben machen. Sie war mir schon seinerzeit geheimnisvoll. Ich erinnere mich noch, daß der KD A n d e x e r zunächst der Vorgesetzte des KR R i c h r a t h war.
Später - noch bevor wir nach Drögen evakuiert wurden - wurde KD A n d e x e r zur Polizeischule Fürstenberg versetzt. Schon kurze Zeit darauf verunglückte er bei einer Autofahrt tödlich. Es wurde damals gemunkelt, daß dabei nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Sein Nachfolger war wohl der RuKR B ö h l h o f f. Dieser war auf jeden Fall Leiter der Ausweichstelle in Drögen.
Neben R i c h r a t h war als weiterer leitender Beamter der KR O t t o tätig. Er war Leiter der für die Asozialen zuständigen Dienststelle, später hat er hauptsächlich Zigeunerfragen bearbeitet. Daneben waren noch verschiedene Kommissare tätig, deren Namen mir aber im Augenblick nicht erinnerlich sind.

Das gesamte Referat unterstand dem Amtschef N e b e und seinem Stellvertreter W e r n e r.
Auf besonderes Befragen erinnere ich mich, daß W e r n e r einmal eine Zeitlang von der Dienststelle abwesend war.
Es ist möglich, daß zu dieser Zeit Dr. S c h e f e, an den ich mich erinnere, seine Stelle eingenommen hat. Ich hatte allerdings mit ihm nicht direkt zu tun.

168

Mir sollen nunmehr die Namen früherer Angehöriger des Referats genannt werden. Ich werde dazu im einzelnen angeben, ob ich diese Personen kenne und was ich über ihre Tätigkeit sagen kann:

KS Erich	B a h r k e	war meiner Erinnerung nach Sachbearbeiter wie ich. Ich weiß aber nicht, ob er zu V A 2 a oder zu V A 2 b gehört hat und wer sein Dienststellenleiter war.
KS Karl	B a s c h i n	habe ich bereits erwähnt. Ich habe mit ihm zusammen in einem Zimmer gesessen. Ich habe gehört, daß er nach dem Kriege Selbstmord begangen hat wegen des Todes seiner Frau.
PI	B e r g o ß e	kenne ich nur als Verwaltungsbeamten.
KS Kurt	B r ü n i n g	ist mir erinnerlich. Ich weiß aber nicht genau, womit er beschäftigt war. Es ist möglich, daß er Sachbearbeiter in der Asozialen-Dienststelle war, gemeinsam mit KS M o n t h o f e r.
K-Ang.	B u l l e r t	war Tagebuchführer in der Botenmeisterei.
KI KS KOS	C l a u s i n g, E l g l e b und D o h s e	waren schon ältere Herren, sie saßen zusammen in der Kartei. Ich habe in der letzten Polizeibeamten-Zeitung gelesen, daß Karl E l g l e b verstorben ist.
KI	E i c h b e r g e r	war bei KR O t t o und KK S u p p in der Zigeunerzentrale tätig.

KS Karl	E r n y	war Sachbearbeiter, meiner Erinnerung nach war er nicht mit in Drögen.
KI Karl	G r a h n e i s	war, wie ich bereits erwähnt habe, mein unmittelbarer Vorgesetzter. Er hat aber von mir, KS B a s c h i n und KS H a r d e g e n nur wenige Sachen vorgelegt bekommen. Was er sonst für Aufgaben hatte, weiß ich nicht.
KOS	G r ö s c h e	hatte besondere Aufgaben. Er arbeitete eng mit R i c h r a t h zusammen. Worum es sich handelte, weiß ich nicht. Er war sehr zurückhaltend.
KOS	H ä t s c h e r	leitete die Registratur und Kartei. Er soll in der SBZ leben.
KS	H a n a c k	war meiner Erinnerung nach in der Kartei tätig, wahrscheinlich bei den Asozialen. In Drögen haben wir in einem Haus gewohnt.
KK	K i e k b u s c h	kam etwa mit mir zum RKPA. Wir haben noch gemeinsam Wohnungen gesucht. Er ist dann aber schon Anfang des Krieges eingezogen worden.
KS Paul	K r e t s c h m e r	war Sachbearbeiter bei den Asozialen.
KK	L a n g e n a u	ist mir noch erinnerlich. Er gehörte zu einer Reihe von jungen Kommissaren, die zur Dienststelle kamen, mit denen wir aber nicht viel zu tun hatten. Was er im einzelnen bearbeitet hat, kann ich nicht sagen.

170

KR M a l y, der, wie mir gesagt wird, auch Angehöriger des Referats Vorbeugung gewesen sein soll, ist mir nicht erinnerlich. Auch an RuKR N a u c k kann ich mich nicht erinnern.

Frl. T i e s e l e r saß im Vorzimmer des Amtschefs N e b e. Ihr Vater KS T i e s e l e r war ebenfalls im Referat Vorbeugung tätig, er saß glaube ich im Vorzimmer von B ö h l h o f f. Ich habe gehört, daß er bei Kriegsende in Berlin gefallen ist.

Walter O t t e r s t e i n war in der Kartei tätig. Ebenso KS P a u l, der mich vor einigen Jahren aufgesucht hat. Er wohnte damals im Ostsektor.

RuKR Dr. R i e s e ist mir nur namentlich bekannt. Ich weiß nicht, ob er zeitweilig Leiter des Referats Vorbeugung gewesen ist.

KR Dr. S o m m e r f e l d war Leiter der Bibliothek. Bei ihm saß der KS Z o b e l und ein weiterer Beamter, an dessen Namen ich mich nicht erinnere.

Frl. S p a n k a — war Stenotypistin bei V A 2. Sie hat geheiratet und heißt jetzt K ö n i g. Sie wohnt meines Wissens in Charlottenburg. Ich habe sie schon ein paarmal getroffen. Die genaue Anschrift kann ich nicht angeben. Nachdem mir gesagt worden ist, daß Frl. S p a n k a nach Aussagen anderer Zeugen später als Sängerin ausgebildet worden sein soll, bin ich mir nicht mehr sicher, ob es sich bei der von mir genannten Frau K ö n i g um dieses Frl. S p a n k a handelt. Frau K ö n ig ist jetzt im Verkaufsfach tätig. Ich kann aber nicht angeben, wie ihr Mädchenname sein könnte, falls es sich nicht um Frl. S p a n k a handelt.

KS V ö l s k e — war beim Referat. Ich kann nicht sagen, ob bei der Kartei oder als Sachbearbeiter; er war eine Zeitlang abwesend. Nach seiner Rückkehr hat er nicht darüber gesprochen, wo er gewesen war.

Die übrigen Namen sind mir teils bekannt; ich kann aber zu den Personen keine näheren Angaben machen. Ich erinnere mich auch nicht an die Namen früherer Angehöriger des Referats, die mir hier nicht genannt worden sind.
Abschließend möchte ich betonen, daß ich im Referat Vorbeugung nur wenig Einblick in die Tätigkeit der leitenden Beamten hatte und daß ich damals von den Dingen, die sich in den Konzentrationslagern abgespielt haben, und von anderen Verbrechen, die nach dem Kriege bekanntgeworden sind, nichts gewußt habe.

Der erste Teil des Vernehmungsprotokolls ist mir noch einmal vorgelesen worden; auf das Vorlesen des zweiten Teils (Angaben zu den Referatsangehörigen) verzichte ich.

Laut diktiert, genehmigt und im Stenogramm unterschrieben.

Erich Gronostay

Beglaubigt

Justizangestellte

Absender:
Geschäftsstelle 1 Js
der Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
1 Berlin 21
Turmstraße 91

Vernehmung Erich Gronostay

- Stenogramm -

vom 29. September 1966

247

6° ? 13.00
l = 60 c.

KS Erich Bahrke

[illegible]

KS Karl Baschin

[illegible]

~ PJ Bergoße

[illegible]

KS Kurt Brüning

[illegible]

Sozialen [illegible]

~ KS Monthofer.

K- ~~Ang~~ Ang ~~[illegible]~~.

Bullert

[illegible]

Botenmeisterei.

~~KS~~ KS Klausing,
KS Elgleb –
KOS ~~Roese~~ Dohse
[illegible]
[illegible] Kartei.
[illegible]
[illegible] Karl
Elgleb [illegible].

KI Eichberger
[illegible] KR Otto – KK Supp
[illegible] Zigeuner [illegible] W.

KS Karl Erny
[illegible]
[illegible]
Drögen.

KS Karl Grohneis
[illegible]
[illegible]
[illegible]
KS Baschin –
KS Hardegen
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

KOS Grösche
[illegible]
[illegible] Richrath [illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible].

KOS Hätscher

KS Paul Kretschmer

KS Hanack

KK Langenau

KK Kiekbusch

KR Maly

Böhlhoff.

RuKR Nauck

Walter Otterstein

Frl. Tieseler

RuKR Dr. Riese

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Js 13/65 (RSHA)

Berlin 21, den 30. September 1965

Vernehmungsprotokoll

Gegenwärtig:

Bilstein
Staatsanwältin

Hagel
Justizangestellte

Vorgeladen erscheint um 9.30 Uhr

der Stadtobersekretär i. R.
Bernhard Bonse,
geb. 21. 6. 1902 in Berlin,
Berlin 21, Bandelstraße 11,

Ihm wurde eröffnet, daß er in dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Beschuldigter vernommen werden solle. Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zu den Beschuldigungen zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Er erklärte: Ich will mich hier zu den Beschuldigungen äußern.

Zu meinem Lebenslauf nehme ich Bezug auf meine schriftliche Äußerung vom heutigen Tage, die ich hiermit zu den Akten reiche. Ergänzend gebe ich folgendes an: Als ich im Jahre 1935 zum Reichssicherheitsdienst versetzt wurde, wurde ich zum Kriminalsekretär ernannt.
Ich kann nicht mit Sicherheit angeben, wie dieDienststelle hieß, zu der ich am 11 Januar 1941 beim Reichskriminalpolizeiamt versetzt wurde. Ich wurde zunächst bei einem KOS. Hätscher im

Karteiwesen unterrichtet. Ich war auch zur Ausbildung in verschiedenen anderen Dienststellen, z. B. im Spielerdezernat und bei der Dienststelle, die sich mit reisenden Betrügern befaßte. Später - den Zeitpunkt kann ich nicht mehr angeben - kam ich zur Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens. Dieser Dienststelle habe ich bis zum Jahre 1944 angehört. Ich war mit der Dienststelle nach Drögen/Mecklenburg evakuiert. Ende 1944 war ich mehrere Wochen erkrankt. Ich erhielt dann zum 2. 1. 1945 meine Einberufung zur Waffen-SS. Da ich jedoch wegen meiner Krankheit nicht Wehrdienstfähig war, wurde ich nach etwa 2 - 3 Wochen wieder entlassen. Ich meldete mich erneut beim RKPA und erfuhr von dem Personalreferenten G a t t o w , daß meine Dienststelle inzwischen nach Moringen verlegt worden war. Etwa im Februar 1945 wurde ich ebenfalls nach Moringen geschickt. Ich war dort aber nur ganz kurze Zeit. Dann wurde ich wieder nach Berlin beordert und in der Folgezeit bis Kriegsende beim Polizeipräsidium beschäftigt.

Ich war seit 1935 Mitglied der NSDAP und der SS. Mein letzter SS-Dienstgrad war SS-Untersturmführer.

Während meiner Internierung von 1945 bis Januar 1950 ist kein Verfahren gegen mich durchgeführt worden. Ich bin auch später bis heute weder als Beschuldigter noch als Zeuge in einem Verfahren wegen NS-Gewaltverbrechen vernommen worden.

Bei der Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens war ich immer in der Kartei eingesetzt. Zu meinen Aufgaben gehörte es, die dort geführte Zigeunerkartei zu ergänzen und zu berichtigen. Soweit ich mich erinnere, liefen von den einzelnen Kriminalpolizeistellen Berichte und Meldungen über die dort ansässigen oder durchziehenden Zigeuner ein, die dann auf die Karteikarten übertragen werden mußten. Es waren auch Akten über Zigeuner vorhanden, die ausgewertet werden mußten. Was diese Akten im Einzelnen enthielten, kann ich nicht mehr angeben. Ich weiß nur noch, daß ein Teil der Akten aus München gekommen war~~en~~.
Ich erinnere mich auch daran, daß ~~auch~~ Todesmitteilungen eingingen, kann aber nicht sagen, von welcher Stelle sie kamen. Es ist mir seinerzeit aufgefallen, daß immer wieder die gleichen Todesursachen

175

darin genannt waren, wie z. B. Herz- und Kreislaufschwäche und Lungenentzündung. Ich habe mir aber keine großen Gedanken darüber gemacht und auch mit niemandem darüber gesprochen. Ich kann mich nicht erinnern, daß sich die Todesmitteilungen zu irgendeinem Zeitpunkt in auffallender Weise gehäuft hätten.

Später habe ich wohl gelegentlich auch Schriftwechsel mit Kripo-Stellen geführt. ~~und~~ Ich kann aber auch insoweit heute nicht mehr sagen, worum es sich dabei gehandelt hat.

Mir ist vorgehalten worden, daß in den Jahren 1942/43 große Zigeunertransporte aus dem gesamten Reichsgebiet nach dem KZ Auschwitz gebracht worden sind. Von diesen Transporten habe ich seinerzeit nichts gewußt. Ich saß mit dem KS. Richard M ü l l i n g in einem Zimmer. Wir beide hatten keinen Kontakt zu den leitenden Beamten der Dienststelle und wußten nicht so recht, was überhaupt geschah. Die leitenden Beamten taten immer sehr geheimnisvoll und sonderten sich von uns ab.

Ich habe seinerzeit auch nichts von der Sonderaktion gegen Justizgefangene, die - wie mir heute mitgeteilt worden ist - Gegenstand dieses Verfahrens ist, gehört. Ich kann deshalb auch keine Angaben darüber machen, wie diese Sonderaktion im Referat Vorbeugung bearbeitet worden ist und ~~XXXX~~ wer daran mitgewirkt hat.

Mir ist gesagt worden, daß verschiedene Angehörige auch der Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens dazu eingesetzt waren, die örtlichen Kriminalpolizeistellen über die Verlegung der Justizhäftlinge in Konzentrationlager zu benachrichtigen. Mir sind aus dem Dokomentenband "Zuchthaus Bremen" derartige Benachrichtigungen vorgelegt worden. Auch diese Benachrichtigungen sind mir unbekannt. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich sie seinerzeit zu Gesicht bekommen habe oder daß ich solche Benachrichtigungen ausgefüllt hätte.

Mir ist ferner vorgelegt worden ein Schreiben des RKPA vom 26. November 1942 betreffend: Überführung von Justizgefangenen in polizeiliche Vorbeugungshaft (Dokumentenband ~~X~~ VIII Bl. 98). Auch nach Durchlesen dieses Schreibens erkläre ich, daß mir von der fraglichen Sonderaktion nichts bekannt ist.

176

Über die organisatorische Gliederung der Dienststelle vermag ich nur wenig Angaben zu machen. Ich kann nicht sagen, ob die Zigeunerzentrale dem Referat "Vorbeugung" des RKPA angegliedert war. Mein unmittelbarer Vorgesetzter war der KOS. E i c h b e r g e r, dessen Vorgesetzter war der KK. S u p p . Ich erinnere mich, daß KK. S u p p noch mit uns in Drögen war, später ist er dann versetzt worden. An seinen Nachfolger kann ich mich nicht erinnern. Wenn mir der Name S a n d n e r genannt wird, so kann ich nicht ausschließen, daß dieser der Nachfolger von Herrn S u p p war. KK. S u p p war dem KR. O t t o unterstellt. Meiner Erinnerung nach war Herr O t t o immer Dienststellenleiter. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß er abwesend war und dann von Dr. M a l y vertreten wurde. Dieser Name ist mir völlig unbekannt.

Leiter der Ausweichstelle in Drögen war der RuKR. B ö h l h o f f . Ich habe aber mit ihm nichts zu tun gehabt. Ich habe in der ganzen Zeit kaum 10 Worte mit ihm gewechselt. Er war sehr arrogant. Sein Stellvertreter war der KR. R i c h r a t h . In Drögen war auch der RuKR. N a u c k . Ich kann aber nicht sagen, welche Tätigkeit er ausgeübt hat. Später habe ich ihn in Buchenwald getroffen. Wir haben dort in einer Baracke zusammengelegen. Als ich entlassen wurde, kam Herr N a u c k in das Zuchthaus Bautzen. Ich bin nach dem Leiter der Gruppe V A gefragt worden. Der Name W e r n e r ist mir zwar erinnerlich, ich kann aber keine näheren Angaben über ihn machen. Ich weiß auch nicht, ob er einmal abgeordnet war. Der Name Dr. S c h e f e ist mir nicht in Erinnerung.

Zu den weiteren mir genannten Namen kann ich nur folgendes angeben:

Dr. W ä c h t e r ist mir bekannt, über seine Tätigkeit im RKPA weiß ich aber nichts. Auch er war anfangs mit in Buchenwald. Er war eines Tages plötzlich verschwunden. Wir wußten nicht, ob er verstorben war oder nach Rußland gebracht worden war.

KS. Rudolf Z a c h o w war meiner Erinnerung nach Sachbearbeiter bei der Zigeunerzentrale. Er arbeitete mit KR. O t t o zusammen.

KS. Kurt B e c k e r war mit mir in der Kartei tätig. Er wohnt jetzt in Berlin-Tegel, Stillachzeile 1. Ich habe ihn noch vor

177

kurzem besucht. Er ist schwer herzleidend und machte auf mich einen völlig verkalkten Eindruck. Er gab mir kaum vernünftige Antworten. Ich glaube nicht, daß er noch lange leben wird.

Der von mir oben schon erwähnte Richard M ü l l i n g war bedeutend älter als ich, mindestens 15 Jahre. Er war ebenfalls nach dem Kriege in Buchenwald und ist dort etwa 1946/47 verstorben. Ich habe ihn selbst zur Krankenstation gebracht, als er schon im Sterben lag.

Weitere Angaben vermag ich nicht zu machen.

Die Vernehmung ist in meiner Gegenwart laut diktiert worden. Ich verzichte darauf, sie noch einmal durchzulesen.

Genehmigt und unterschrieben:

Bernhard Bast

Geschlossen:

Wilstein

Hagel

178

Bernhard Bonse
1 Berlin 21
Handelstr. 11

Berlin, d. 30. 9. 1966

Lebenslauf

Ich bin am 21. 6. 1902 in Berlin geboren. Den ersten Schulunterricht erhielt ich in der 297. Volksschule, ging dann in die Realschule über und besuchte später zum Zweck der Vorbildung für den Lehrerberuf die Präparandie bis zur Abschlussprüfung. Wegen des seinerzeit herrschenden Lehrerüberflusses habe ich die Fortsetzung der Weiterausbildung abgebrochen und trat als Lehrling in das Bankhaus Burchardt und Brock, Berlin W 8, ein. Dort bin ich auch nach Beendigung meiner Lehrzeit bis zur Auflösung der Firma im Juni 1924 als Angestellter tätig gewesen. Von dieser Zeit ab war ich bei verschiedenen Firmen als kaufmännischer Angestellter beschäftigt.
Am 15. 11. 1928 erfolgte meine Einberufung bei der Kriminalpolizei in Berlin. 1935 wurde ich von der Kriminalpolizei zum Reichssicherheitsdienst versetzt, wo ich Schutzdienst bei verschiedenen führenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes versehen habe. Am 1. 1. 1941 erfolgte meine Versetzung zum Reichskriminalpolizeiamt. Soweit ich mich entsinnen kann, war ich dort mit der Kartei-

mäßigen Erfassung der in Deutschland lebenden Zigeuner beschäftigt. Vom März 1945 bis zu meiner am 8.5.45 erfolgten Festnahme dürfte die russische Beaufsichtigungsmacht gehörte ich dem Polizeipräsidium - Abt K. - an. Am 26.1.1950 wurde ich aus dem Konzentrationslager Buchenwald entlassen. Vom 10.7.50 bis Februar 1951 war ich als Buchhaltungsangestellter bei der Firma Strauss, Berlin N. 113, und vom 2.4.51 bis 31.12.52 als Registrator bei der Deutschen Notenbank - Abt. Privatgüterhaben, Berlin N.8, tätig. Am 2.6.53 mußte ich Ostberlin verlassen und wurde am 18.6.53 als politischer Flüchtling anerkannt. In der folgenden Zeit bis zu meiner Einstellung beim Bezirksamt Wilmersdorf am 11.2.58 war ich ohne Beschäftigung. Auf Grund meiner Herzleiden bin ich am 31.7. bei in den Ruhestand getreten.

Bernhard Kunz

Abschrift 30. September 1966

180

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn Rechtsanwalt
Eduard J e d a m z i k

85 N ü r n b e r g
Bucher Straße 52

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Wie Ihnen bereits durch die Kriminalpolizei Nürnberg mitgeteilt worden ist, sollen Sie als Zeuge zu zwei hier gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) anhängigen Ermittlungsverfahren vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Montag, den 31. Oktober 1966, 10.00 Uhr,

vorgesehen.

Da Sie den Wunsch geäußert haben, in Ihrer Wohnung vernommen zu werden, werde ich mich zu der angegebenen Zeit bei Ihnen einfinden. Sollte die Vernehmung an diesem Tage bei Ihnen nicht möglich sein, bitte ich um baldige Nachricht.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Le

1 Js 13/65 (RSHA)

V.

1) zu schreiben (1 Leseschr.) mit E.-Rück:

Herrn Ministerialrat
Paul W e r n e r
7 S t u t t g a r t
Bismarckstr.75

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager).

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Mittwoch, dem 2.November 1966, 09.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Stuttgart, Olgastr. 3, durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.
Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart, Zimmer 20, einzufinden und dort das Vernehmungszimmer zu erfragen.
Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im RKPA machen wollen.
Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, dass Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

2) laden (wie zu 1) mit E.-Rück.:
Dr. Friedrich R i e s e, Pappenheim Lkrs.Weissenburg i.Bay., Bahnhofstr. 29, für Donnerstag, d. 3.11.66, 9 Uhr
zur StA Stuttgart, Zimmer 20.

182

3) laden (wie zu 1) mit E.-Rück:
Regierungs-und Kriminalrat a.D. Martin N a u c k,
Tübingen, Lessingweg 13, für Freitag, d. 4.11.1966, 9 Uhr
zur StA Tübingen, Justizgebäude Dobler Str.14, Zimmer 17(Erdgeschoss)
- beim Lebenslauf: Angaben zur Tätigkeit im Referat V A 2 des RSHA -

4) zu schreiben (1 Leseschr.):
An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
- Verwaltung-
Stuttgart
Olgastr. 3

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes
hier: Vernehmungen in Stuttgart

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in Stuttgart am
2. und 3. November 1966, jeweils ab 9 Uhr,
zwei Beschuldigte vernehmen.
Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine geeignete Kanzleikraft (möglichst für Maschinendiktat) zur Verfügung zu stellen.
Die Beschuldigten habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer 20, geladen. Auch ich werde mich dort rechtzeitig vor Beginn der Vernehmung einfinden.
Für Ihre Hilfe danke ich im Voraus.

5) schreiben - wie zu 4)-an StA Tübingen, Dobler Str.14
jedoch: Vernehmung in Tübingen - 4.11.1966, 9 Uhr - ein Beschuldigter - geladen nach Zimmer 17 (Erdgeschoss).

6) Schreiben zu 1) - 5) mir zur Unterschrift

7) wd. vorlegen
30.9.1966

[illegible]

pf - 4. OKT. 1966 Le
zu 1-3) je 1 Schr 2x m E+Rück
4-5) je 1 Schr. 2x
ab 5/10.66 i

Abschrift

30. September 1966

183

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn Ministerialrat
Paul W e r n e r

7 S t u t t g a r t
Bismarckstraße 75

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager).

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Mittwoch, den 2. November 1966, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Stuttgart, Olgastraße 3, durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart, Zimmer 20, einzufinden und dort das Vernehmungszimmer zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im RKPA machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Le

614

1839

Rückschein

Sendungsart	Einlieferungs-Nr.	Postleitzahl (Einlieferungsamt)
Ebf.	616	1 Berlin 21

Nachnahme DM	Pf	Empfänger der Sendung
		Herrn Ministerialrat
		Paul W e r n e r
Wert DM		7 S t u t t g a r t
		Postleitzahl
		Bismarckstraße 75
		(Straße und Hausnummer oder Postfach)

614

Sendung erhalten

H. Werner

(Unterschrift)

Auslieferungsvermerk

Der Hofe [illegible] [illegible] 6/10

Rückschein

JUSTIZBEHÖRDEN
-7.10.66 * -8-10
4.
BERLIN-MOABIT

STUTTGART
-6.10.66-10
7

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe RSHA -

1 Berlin 21
Postleitzahl

Turmstraße 91

- 1 Js 13/[illegible] (RSHA)

522845 1186000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f

// P 8
PostO Anl. 15

Bf = Brief, E = Eilsendung, eingeschrieben, ET = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden, am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	Ebf.			
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nachnahme	DM (in Ziffern) Pf
Empfänger	Ministerialrat Paul Werner - 1 Js 13/65 (RSHA) -			
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	7 Stuttgart			

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht kg	g

Tagesstempel

610 -5.10.66 eb

Postannahme

1 Berlin 21

527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

522 845 1 186 000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f

// P 8
PostO Anl. 15

Postleitzah

1

BERLIN-MOABIT
-7.10.66 * -8-10
JUSTIZBEHÖRDEN

30. September 1966

184

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Friedrich R i e s e

8834 P a p p e n h e i m
Bahnhofstraße 29

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager).

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Donnerstag, den 3. November 1966, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Stuttgart, Olgastraße 3, durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart, Zimmer 20, einzufinden und dort das Vernehmungszimmer zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im RKPA machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Le

184a

Rückschein

Sendungsart	Einlieferungs-Nr.	Postleitzahl (Einlieferungsamt)
Ebf.	617	1 Berlin 21

Nachnahme DM	Pf	Empfänger der Sendung
		Herrn
		Dr. Friedrich R i e s e
Wert DM		8834 P a p p e n h e i m
		Postleitzahl Bahnhofstraße 29
		(Straße und Hausnummer oder Postfach)

Sendung erhalten

Margarethe Riese

(Unterschrift)

Auslieferungsvermerk

Mitteilung ausgeb. 6/10 M

Telegramm 7/10 M

JUSTIZBEHÖRDEN
10.10.65 6-10
4.
BERLIN-MOABIT

Rückschein

PAPPENHEIM
b
7.10.65-18
8834

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe RSHA -

1 Berlin 21
Postleitzahl

Turmstraße 91

- 1 Js 13/65 (RSHA) -

522845 1186000 10.65
DIN A 6, Kl. XI f

// P 8
PostO Anl. 15

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben.., Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	Ebf.				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nachnahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Dr.Friedrich Riese - 1 Js 13/65 (RSHA) -				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	8834 Pappenheim				

Annahmestelle der Justizbehörden Berlin

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht kg	g
647	5.10.66	ab

Tagesstempel

Postannahme

1 Berlin 21

527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Postleitzahl

1

BERLIN-MOABIT
4
10 10 66 8-10
JUSTIZBEHÖRDEN

522845 1 186000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f

P 8
PostO Anl. 15

Abschrift 30. September 1966

185

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn Regierungs- und Kriminalrat a.D.
Martin N a u c k

74 T ü b i n g e n
Lessingweg 13

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager).

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Freitag, den 4. November 1966, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Tübingen, Justizgebäude Dobler Straße 14, durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft Tübingen, Zimmer 17 (Erdgeschoß), einzufinden und dort das Vernehmungszimmer zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Referat V A 2 des RSHA machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Le

1859

Rückschein

Sendungsart	Einlieferungs-Nr.	Postleitzahl (Einlieferungsamt)
Ebf.	618	1 Berlin 21

Nachnahme DM Pf

Wert DM

Empfänger der Sendung

Herrn Regierungs- und Kriminalrat a.D.

Martin Nauck

74 Tübingen

Postleitzahl

Lessingweg 13

(Straße und Hausnummer oder Postfach)

Sendung erhalten

Martin Nauck

(Unterschrift)

Auslieferungsvermerk

Ausgewiesen durch Reisepaß / Kennkarte

Nr. F 6737609 ausgestellt am 1.P. 1.66

von Tübingen

Rückschein

TÜBINGEN u -5.10.66-13 74

JUSTIZBEHÖRDEN -7.10.66 -8-10 4. BERLIN-MOABIT

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe RSHA -

1 Berlin 21

Postleitzahl

Turmstraße 91

auftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

322845 1186000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f
P 8
PostO Anl. 15

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	Ebf.				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nachnahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Martin N a u c k - 1 Js 13/65 (RSHA) -				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	74 Tübingen				

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht kg	g

Tagesstempel

R 613 -5 10.56 eb

Postannahme

1 Berlin 21

Annahmestelle der Justizbehörden Berlin

BERLIN-M... 4 JUSTIZBE... -7.10.66

527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

522845 1 186000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f

P 8
PostO Anl. 15

30. September 1966

186

1 Js 13/65 (RSHA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
- Verwaltung -

7 S t u t t g a r t
Olgastraße 3

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes
hier: Vernehmungen in Stuttgart

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in Stuttgart am

2. und 3. November 1966, jeweils ab 9.00 Uhr,

zwei Beschuldigte vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine geeignete Kanzleikraft (möglichst für Maschinendiktat) zur Verfügung zu stellen.

Die Beschuldigten habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer 20, geladen. Auch ich werde mich dort rechtzeitig vor Beginn der Vernehmung einfinden.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Le

Abschrift

30. September 1966

187

1 Js 13/65 (RSHA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
- Verwaltung -

74 T ü b i n g e n
Dobler Straße 14

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes
hier: Vernehmung in Tübingen

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in Tübingen am

4. November 1966 ab 9.00 Uhr

einen Beschuldigten vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine geeignete Kanzleikraft (möglichst für Maschinendiktat) zur Verfügung zu stellen.

Den Beschuldigten habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer 17 (Erdgeschoß), geladen. Auch ich werde mich dort rechtzeitig vor Beginn der Vernehmung einfinden.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Le

188

V.

1) zu schreiben (1 Leseschr.) mit E.-Rück.:
Herrn
Josef Eichberger
München 9
Peter-Auzinger-Str.9/II

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord.
In diesem Verfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Dienstag, dem 8.November 1966, o9.oo Uhr,

in München durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.
Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Geschäftszimmer des Bayrischen Landeskriminalamts - IIIa/SK-, München, Barbarastr.4, 2.Etage, einzufinden und dort das Vernehmungszimmer zu erfragen.
Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, dass Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

2) laden (wie zu 1) mit E.-Rück.:
Herrn Wilhelm Supp, München 13, Schellingstr.110,
zu Mittwoch, 9.11.1966, o9.oo Uhr, Bayr.LKA.

3) zu schreiben (1 Leseschr.) mit E.-Rück.:
Herrn
Dr.Ernst Teichmann
Augsburg
Kilianstr.1

Sehr geehrter Herr Dr. Teichmann !
Wie Ihnen bereits durch die Kriminalpolizei Augsburg mitgeteilt worden ist, sollen Sie zu dem hier anhängigen Ermittlungsver-

fahren gegen Streckenbach und andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) als Zeuge vernommen werden.
Ihre Vernehmung ist für

Donnertag, den 10.November 1966, o9.oo Uhr,

in Augsburg vorgesehen. Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Kriminalpolizeigeschäftszimmer der Landpolizeidirektion, Augsburg, Fröhlichstr.2, einzufinden, wo Ihnen das Vernehmungszimmer bekanntgegeben wird.

Hochachtungsvoll

4) Schreiben zu 1) - 3) mir zur Unterschrift

5) wd. vorlegen.

3.10.66

[illegible]

gef. 4.10.66 Sch
Zu 1) - 3) jew. 1 Schrb. 2x
m. E Rück.
+ab
5.10.66 Sch

Abschrift

3. Oktober 1966

189

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Josef Eichberger

8 München 9
Peter-Auzinger-Str. 9/II

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord.

In diesem Verfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Dienstag, den 8. November 1966, 9.oo Uhr,

in München durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Geschäftszimmer des Bayrischen Landeskriminalamts - IIIa/SK -, München, Barbarastraße 4, 2. Etage, einzufinden und dort das Vernehmungszimmer zu erfragen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

Rückschein

184a

Sendungsart	Einlieferungs-Nr.	Postleitzahl (Einlieferungsamt)
E.-Bf.	535	1 Berlin 21

Nachnahme DM | Pf

Wert DM

Empfänger der Sendung

Herrn

Josef Eichberger

8 München 9

Postleitzahl

Peter-Auzinger-Straße 9/II

(Straße und Hausnummer oder Postfach)

Sendung erhalten

Eichberger

(Unterschrift)

Auslieferungsvermerk

selbst 7/10 Gl

Rückschein

JUSTIZBEHÖRDEN
10.10.66 - 8-10
4
BERLIN-MOABIT

MÜNCHEN 90
1
-7.10.66-13
8

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Postleitzahl

Turmstraße 91

- 1 Js 13/65 (RSHA) -
(Straße und Hausnummer oder Postfach)

522845 1186000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f
// P 8
PostO Anl. 15

Abkürzungen angewandt werden:

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben..., Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen u. umseitig)	E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSHA)				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nachnahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Josef Eichberger				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	8 München 9				

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht kg	g

Tagesstempel

535 -6.10.66 ab

Postannahme

1 Berlin 21

527 280 40 000 8.65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Annahmeteil für Justizbehörden Berlin-Moabit

522 845 1 186 000 10.65
DIN A 6, Kl. XI f

" P 8
PostO Anl. 15

Postleitzahl

1

BERLIN-MOABIT
4
10.10.66 * -8-10
JUSTIZBEHÖRDEN

Abschrift

3. Oktober 1966

190

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Wilhelm S u p p

8 M ü n c h e n 13
Schellingstraße 110

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord.

In diesem Verfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Mittwoch, den 9. November 1966, 9.oo Uhr,

in München durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Geschäftszimmer des Bayrischen Landeskriminalamts - IIIa/SK -, München, Barbarastraße 4, 2. Etage, einzufinden und dort das Vernehmungszimmer zu erfragen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

68 190a

Rückschein

Sendungsart	Einlieferungs-Nr.	Postleitzahl (Einlieferungsamt)
E.-Bf.	534	1 Berlin 21

Nachnahme DM | Pf

Wert DM

Empfänger der Sendung

Herrn
Wilhelm Supp

8 München 13
Postleitzahl

Schellingstraße 110
(Straße und Hausnummer oder Postfach)

Sendung erhalten

W. Supp
(Unterschrift)

MÜNCHEN 13 6.10.66 8

Auslieferungsvermerk

Selbst 6.10.

Rückschein

JUSTIZBEHÖRDEN
10.10.66 — 8-10
4
BERLIN-MOABIT

MÜNCHEN 13
6.10.66
8

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Postleitzahl

Turmstraße 91

Pkt = Paket, Pn = Postkarten, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

522845 1186000 10.65
DIN A 6, Kl. XI f
// P 8
PostO Anl. 15

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSHA)				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nachnahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Wilhelm Supp				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	8 München 13				

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht kg	g
	-5	10.56

Tagesstempel R 53

Postannahme

1 Berlin 21

527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Ausgabestelle Justizbehörden Berlin-Moabit

522845 1 186000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f

// P 8
PostO Anl. 15

Postleitz

1

BERLIN-MOABIT 4
10.10.66 ✱ -8-10
JUSTIZBEHÖRDEN

21/2

Rückschein

Sendungsart	Einlieferungs-Nr.	Postleitzahl (Einlieferungsamt)
E.-Bf.	533	1 Berlin 21

Nachnahme DM Pf

Wert DM

Empfänger der Sendung

Herrn

Dr. Ernst Teichmann

89 Augsburg

Postleitzahl

Kilianstraße 1

(Straße und Hausnummer oder Postfach)

Sendung erhalten

Teichmann

(Unterschrift)

Auslieferungsvermerk

selbst 9.6.10

Rückschein

JUSTIZBEHÖRDEN
10.10.66 8-10
4
BERLIN-MOABIT

AUGSBURG
am
7.10.66 9
82

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Postleitzahl

Turmstraße 91

Pkt = Paket, Pn = Packchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

522845 1186000 10.65
DIN A 6, Kl. XI f
// P 8
PostO Anl. 15

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSHA)				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nachnahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Dr. Ernst Teichmann				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	89 Augsburg				

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht kg	Gewicht g

Tagesstempel R 535 -5.10.66 eb

Postannahme

1 Berlin 21

527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

522845 1 186000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f

P 8
PostO Anl. 15

Postleitzahl

1

BERLIN-MOABIT
4
10.10.66 -8-10
JUSTIZBEHÖRDEN

1 Js 13/65 (RSHA)

V.

1) Vermerk:

Telefonanruf von RA Buchholz:

Er hat die Verteidigung des Beschuldigten Grahneis übernommen. Da er am 4.10.66 verhindert ist, bittet er um Verlegung des Vernehmungstermins. Ich habe mit RA Buchholz kurz den Gegenstand des Verfahrens besprochen und neuen Vernehmungstermin für Donnerstag, d. 6.10.66, 9.30 Uhr vereinbart.

RA Buchholz wird den Beschuldigten Grahneis entsprechend benachrichtigen.

2) z.d.A.

Berlin, d. 3.10.1966

Hi.

1 Js 13/65 (RSHA)

V.

1) zu schreiben (1 Leseschr.) - Einschreiben:

Frau
Betty H a m m e r
Berlin-Reinickendorf
Antonienstr. 11

Sehr geehrte Frau Hammer !

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts des Mordes. In diesem Verfahren sollen Sie als Zeugin gehört werden.

Ihre Vernehmung ist für ~~xxxxxxxxx~~
Mittwoch, den 26.Oktober 1966, o9.30 Uhr,
vorgesehen. Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstr. 91, Zimmer 554, einzufinden.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausfall entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften ~~xx~~ entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müssten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausfalls beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll

2) laden - wie zu 1):
Frau Ida Winkelmann, Berlin 36, Skalitzer Str. 99
zu Donnerstag, d. 27.10.1966, 9.30 Uhr.

3) Schreiben zu 1) und 2) mir zur Unterschrift

4) wd. vorlegen

Berlin, d. 4.10.1966

gez.

gef. 5.10.66 Sch
zu 1) Schreib. 2x (Einschr.)
2) Schreib. 2x (Einschr.) } ab 7/10.66

Abschrift

4. Oktober 1966

194

1 Js 13/65 (RSHA)

Frau
Betty Hammer

1 Berlin 52
Antonienstraße 11

Sehr geehrte Frau Hammer!

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts des Mordes. In diesem Verfahren sollen Sie als Zeugin gehört werden.

Ihre Vernehmung ist für

Mittwoch, den 26. Oktober 1966, 9.30 Uhr,

vorgesehen. Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstraße 91, Zimmer 554, einzufinden.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausfall entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müßten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausfalls beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSHA)				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nachnahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Betty Hammer				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	1 Berlin 52				

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht kg	g
-7.10.66	cb	

Tagesstempel

Postannahme

1 Berlin 21

527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Beim Ausfüllen der Spalte „Sendungsart und besondere Versendungsform" dürfen folgende Abkürzungen angewandt werden:

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben..., Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

Abschrift

4. Oktober 1966

195

1 Js 13/65 (RSHA)

Frau
Ida Winkelmann

1 Berlin 36
Skalitzer Straße 99

Sehr geehrte Frau Winkelmann!

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts des Mordes. In diesem Verfahren sollen Sie als Zeugin gehört werden.

Ihre Vernehmung ist für

Donnerstag, den 27. Oktober 1966, 9.30 Uhr,

vorgesehen. Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstraße 91, Zimmer 554, einzufinden.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausfall entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müßten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausfalls beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSHA)				
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nachnahme	DM (in Ziffern)	Pf
Empfänger	Ida Winkelmann				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	1 Berlin 36				

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht kg	g

Postannahme

Tagesstempel

1 Berlin 21

527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Beim Ausfüllen der Spalte „Sendungsart und besondere Versendungsfo[redacted] dürfen folgende Abkürzungen angewand[redacted]den:

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben.., Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

Kurt Fähnrich
Regierungs- und Kriminalrat a. D.
3251 Groß Berkel
Telefon Aerzen (05154) 647

Groß Berkel, den 2. Oktober 1966

196

eing. 5.10.66
Hi.

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht z.Hd. Frau Staatsanwältin Bilstein

1 B e r l i n 21
Turmstrasse 91

zu Gesch.Nr. 1 Js 13/65 (RSHA)

Sehr geehrte Frau Staatsanwältin !

Zu Ihrem Ermittlungsverfahren ist mir ein Vorgang eingefallen, der zwar nicht zu dem von Ihnen genannten Komplex gehört, aber möglicherweise trotzdem für Sie von Interesse sein könnte.

Da ich voraussichtlich am 24., 25. u. 26. Oktober in Berlin an einer Tagung teilnehmen muss, werde ich mir erlauben, Sie nach vorheriger telefonischer Vereinbarung aufzusuchen.

Hochachtungsvoll

Fähnrich

Übertragung der Vernehmung vom 5. Oktober 1966
(Stenogramm)

Gegenwärtig: Staatsanwältin B i l s t e i n
Justizangestellte Schele

Auf Vorladung erscheint der Kriminalsekretär i.R.

Wilhelm Louis L o t z e ,
geboren am 19. Juli 1893 in Göttingen,
wohnhaft in Berlin 44, Bouchéstraße 68,

und erklärt nach Vorbesprechung und Belehrung gemäß §§ 52, 55 StPO folgendes:

Von 1934 bis 1936 war ich zur Überwachung hochgestellter Persönlichkeiten eingesetzt. Etwa im Sommer 1936 kam ich zurück zum Polizeipräsidium. Ich war dort jedoch nur kurze Zeit. Dann wurde ich zu einer Dienststelle in der Burgstraße versetzt. Ich kann nicht mehr sagen, welche Bezeichnung diese Dienststelle hatte. Ich war bei Regierungs- und Kriminalrat Berger tätig. Im März 1939 wurde ich zum RKPA, dem späteren Amt V des RSHA, versetzt. Ich war dort bis etwa Februar 1945 bei der Registratur tätig. Daneben war ich während des Krieges auch im Luftschutzdienst eingesetzt, so daß ich nur zeitweise in der Registratur arbeitete. Dann kam ich noch mit anderen Angehörigen des RKPA zum Einsatz bei der Verteidigung Berlins. Als wir Ende März/Anfang April 1945 zurückkamen, war das Dienstgebäude am Werderschen Markt von SS besetzt. Sie hatten alles durchwühlt und die im Amt tätigen ausländischen Arbeiter erschossen. Wer dafür verantwortlich zu machen ist, weiß ich nicht.

Zu meinen Aufgaben in der Registratur gehörte es, Vorgänge für den Amtschef einzutragen und nachzuweisen. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß durch meine Registratur auch Vorgänge für die einzelnen Gruppen des RKPA durchgelaufen sind. Diese Vorgänge müssen schon bei der Poststelle auf die einzelnen Gruppen

verteilt und dann direkt bei den entsprechenden Registraturen eingetragen worden sein. Mit Geheimsachen hatte ich niemals etwas zu tun. Derartige Angelegenheiten wurden nur von dem Leiter der Registratur ROI K r a t z s c h oder seinem Vertreter PI R i e c h bearbeitet.

Über die Tätigkeit der einzelnen Gruppen des RKPA kann ich keine Auskunft geben. Wenn ich besonders nach der Tätigkeit des Referats Vorbeugung gefragt werde, so muß ich erklären, daß mir bis heute nicht bekannt war, daß es im RKPA eine Dienststelle gab, die sich mit Vorbeugung beschäftigte. Ich kenne wohl den Begriff der Vorbeugungshaft, aber nur aus meiner früheren Tätigkeit beim Polizeipräsidium. Ich kann deshalb auch nicht sagen, wer im RKPA mit einer Sonderaktion gegen Justizgefangene, die in Vorbeugungshaft übernommen wurden, zu tun gehabt haben kann. Mir ist von einer derartigen Sonderaktion nichts bekannt. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, daß Vorgänge, die sich darauf bezogen, von mir registriert worden wären. Ich weiß auch nichts davon, ob beim Amtschef V Besprechungen mit Herren vom Reichsjustizministerium über diese Sonderaktionen geführt worden sind.

Ich hatte bei meiner Tätigkeit in der Registratur keine direkte Berührung mit dem Amtschef N e b e . Ich kam nur mit dem KS R a d k e zusammen, der im Vorzimmer Nebes saß. Unter Umständen forderte auch der Adjutant Nebes, E n g e l m a n n , einmal einen Vorgang direkt bei mir an. Ich erinnere mich ferner an den Vertreter des Amtschefs, Ministerialrat W e r n e r . Er war ein sehr zugänglicher Herr, der auch einmal mit mir sprach. Er war anders als die leitenden Herren, die als Kriminalkommissare angefangen und dann schnell Karriere gemacht hatten. Beim RKPA waren als Referenten Dr. T e i c h m a n n , Oberregierungs- und Kriminalrat B e r g e r , Dr. M e n k e , Dr. W ä c h t e r , Dr. Z a u c k e , Dr. H o r n , Dr. B a u m und andere. Ich weiß aber nicht, in welchen Abteilungen die Herren tätig waren und wo sie nach dem Kriege verblieben sind.

199

Der ROI K r a t z s c h ist schon vor Kriegsende aus dem RKPA verschwunden. Soweit ich mich erinnere, war er etwa Ende 1944 in Urlaub nach Thüringen gefahren, um dort seine Frau zu besuchen. Von dieser Reise soll er nicht zurückgekehrt sein. Sein Nachfolger war dann PI R i e c h . Bei der Registratur war auch der Ministerialregistrator Hermann M a r o h n tätig. Er war schon älter und wohnte nach dem Kriege in Berlin-Mariendorf. Ob er noch lebt, ist mir nicht bekannt.

Der Amtsgehilfe P a w l o w s k i ist schon während des Krieges (etwa 1943) verstorben. Er mußte immer die durch Luftangriffe verursachten Schäden beseitigen. Dabei hat er sich auf dem Dach des Dienstgebäudes eine Lungenentzündung zugezogen, an der er verstorben ist.

Mir ist eine Reihe weiterer Namen von früheren Angehörigen des RKPA genannt worden. Sie sind mir nur zum Teil bekannt. Ich kann aber in keinem Fall angeben, welche Tätigkeit diese früheren Kollegen ausgeübt haben.

Laut diktiert, vorgelesen,
genehmigt und unterschrieben

Wilhelm Lotze

Geschlossen:

Bilstein, StA'in

Für die Richtigkeit
der Übertragung:

Justizangestellte

Sch

Absender:
Geschäftsstelle Arbeitsgruppe
der Staatsanwaltschaft
bei dem ~~Landgericht~~ Kammergericht
1 Berlin 21
Turmstraße 91

Gesch.-Nr .....

Innerhalb von Berlin West
nachzusenden

Hierbei ein Vordruck
zur Zustellungsurkunde
Vereinfachte Zustellung

Zugestellt am: _____

Inhalt:

Stenogramm über die Vernehmung
des Wilhelm L o t z e
vom 5. Oktober 1966

- 1 Js 13/65 (RSHA) -

207

13/65

123

Z. Hd § [illegible] JFZ. A. [illegible]

1. [illegible] Z. St.

[illegible]

[illegible]

[illegible] § 6. 2 66

420 AR-Z 231/59

§ 1 [illegible] § 6. 5 66 [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

499/61 (10 [illegible])

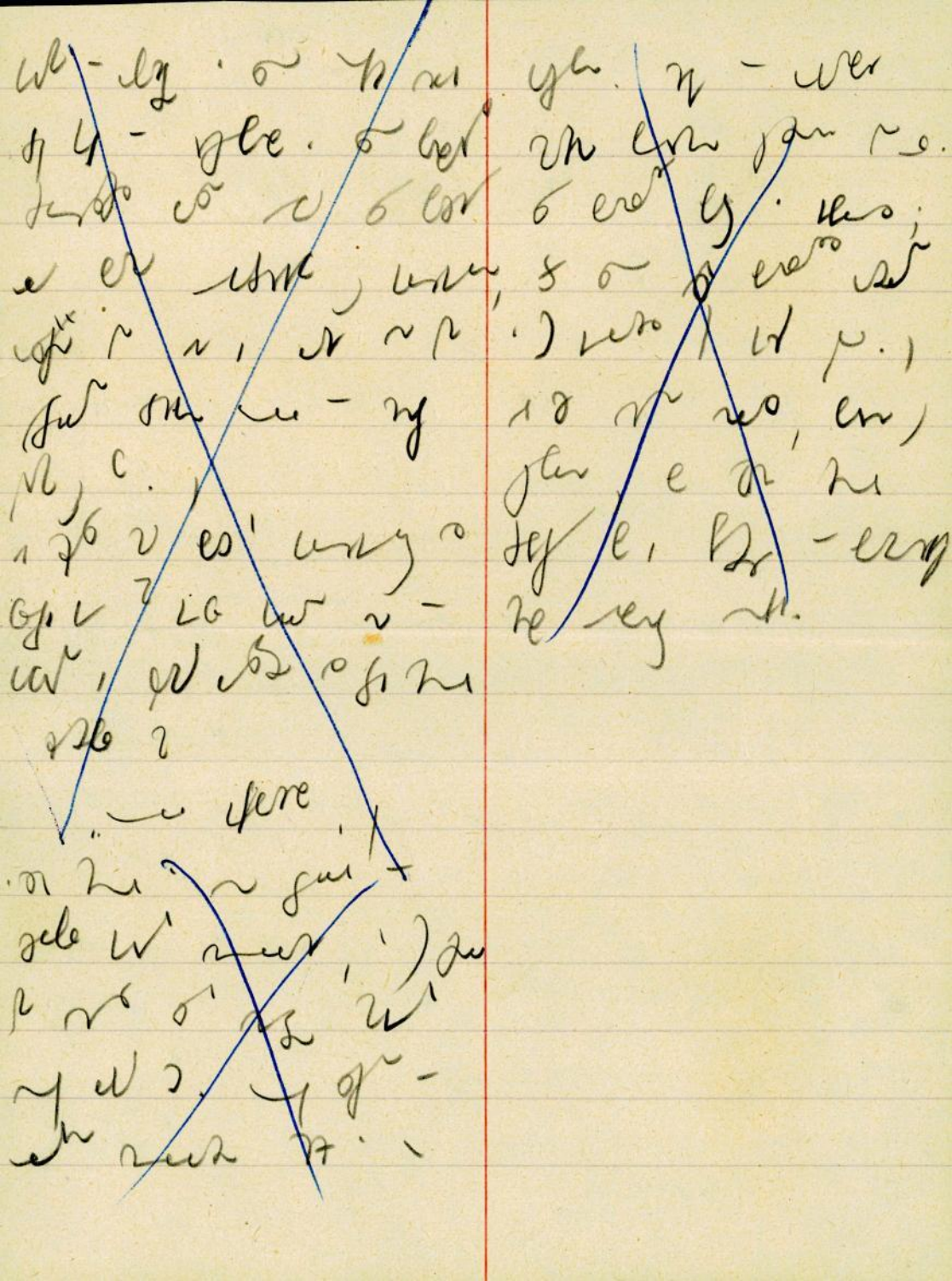
[illegible]

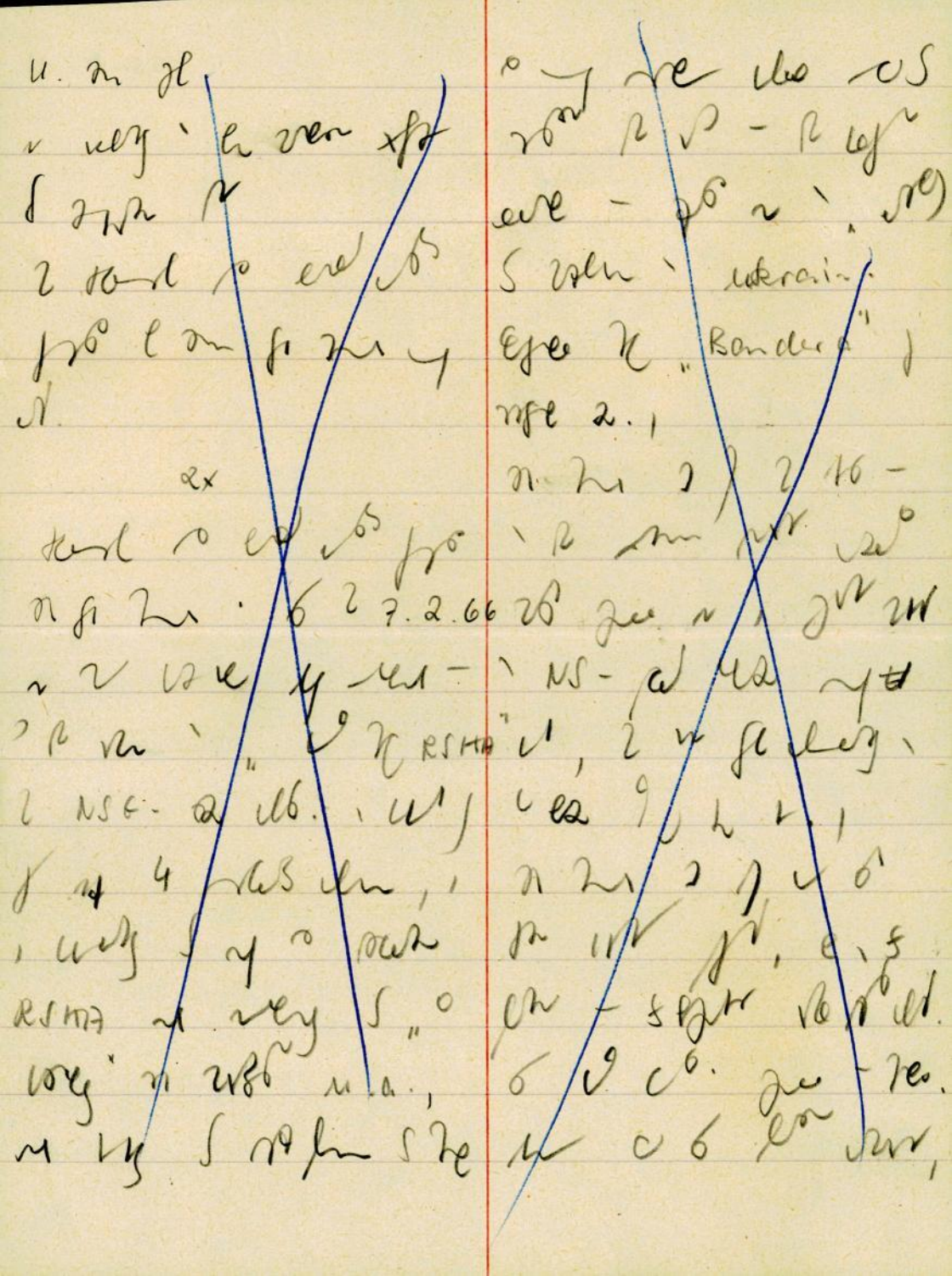
[illegible]

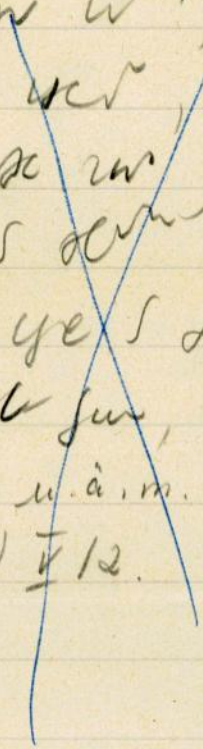
[illegible]

2. [illegible]

3. Z. d. A.







u. à. m.

 Berlin, den 6. Oktober 1966

201

Gegenwärtig: Staatsanwältin B i l s t e i n
Justizangestellte Schele

Vorgeladen erscheint um 9.45 Uhr in Begleitung des Rechtsanwalts Rainer Buchholz der Kriminalinspektor i.R.

Karl G r a h n e i s ,
geboren am 29. März 1888 in Geusa,
wohnhaft in Berlin 65, Schöningstraße 4,

Ihm wurde eröffnet, daß er in dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Beschuldigter vernommen werden soll. Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zu den Beschuldigungen zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen.

Er erklärte: Ich will mich hier zu den Beschuldigungen äußern. Wegen meines Lebenslaufes und meiner Tätigkeit im RKPA nehme ich auf meine schriftliche Äußerung vom heutigen Tage Bezug, die ich hiermit zu den Akten reiche.

Ergänzend gebe ich folgendes an: Wie ich schon in meiner Äußerung ausgeführt habe, war ich nur in der Dienststelle tätig, die die Vorbeugungshaft gegen Berufs- und Gewohnheitsverbrecher bearbeitete. Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, wie die Bezeichnung dieser Dienststelle lautete. Nachdem mir der Geschäftsverteilungsplan des Amtes V vorgelegt worden ist, möchte ich annehmen, daß es sich um die Dienststelle V A 2 a handelte. Ich erinnere mich nun auch, daß die Angelegenheiten der Asozialen bei der Dienststelle V A 2 b bearbeitet worden sind.

Mir sind aus dem Dok.Bd. VH III verschiedene Schriftstücke vorgelegt worden, die meine Unterschrift bzw. den Vermerk "gez. Grahneis" tragen. Ich erkenne diese Schriftstücke (Bl. 1, 2, 10, 11, 17, 34, 42) an. Es handelt sich um die schon in meiner schriftlichen Äußerung erwähnten Anfragen und Anforderungen von Führungsberichten.

202

Mir sind ferner aus dem Dok.Bd. VH V die Schriftstücke Bl. 3, 4 und 7 vorgelegt worden. Sie tragen das Aktenzeichen A 2 b. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich auch in der Dienststelle A 2 b gearbeitet habe. Ich kann mir deshalb nicht erklären, wieso mir diese Vorgänge zur Bearbeitung vorgelegt worden sind. Möglicherweise könnte es sich um Urlaubsvertretungen gehandelt haben. Normalerweise habe ich aber mit Asozialen nichts zu tun gehabt.

Soweit ich mich erinnere, habe ich auch nur Vorgänge bearbeitet, die solche Häftlinge betrafen, die sich schon in einem Konzentrationslager befanden. Das heißt also, Gesuche um Entlassungen, fristgemäße Haftprüfungen und sonstige Wiedervorlagen. Dagegen erinnere ich mich nicht daran, daß ich auch Vorgänge bearbeitet hätte, in denen die Vorbeugungshaft erst angeordnet und der Häftling in ein Konzentrationslager eingewiesen werden sollte. Ich will allerdings die Möglichkeit, daß derartige Akten bei mir durchgelaufen sind, nicht ganz ausschließen. Ich hatte aber keinesfalls die Befugnis, über eine Anordnung oder Einweisung zu entscheiden. Diese Entscheidung oblag meines Wissens dem Referatsleiter. Auch die Entscheidungen über Entlassungen konnte ich nicht treffen. Ich hatte lediglich meinen Vorschlag in einem Vermerk niederzulegen, die letzte Entscheidung traf auch in diesen Fällen der Referatsleiter. Lautete der Führungsbericht des Konzentrationslagers allerdings ungünstig, durfte ich den Vorgang gar nicht erst dem Referatsleiter vorlegen, sondern mußte selbst die Entlassung ablehnen. Ehe die Akten mit den einzelnen Gesuchen mir vorgelegt wurden, waren sie schon von den mir zugeteilten Kriminalsekretären B a s c h i n und G r o n o s t a y vorbereitet worden.

In meiner schriftlichen Äußerung habe ich angegeben, daß mir Todesmeldungen nicht mehr vorgelegt worden sind. Ich will jetzt doch die Möglichkeit einräumen, daß mir auch diese Akten zunächst noch einmal zur Gegenzeichnung vorgelegt worden sind. Ich bin heute danach gefragt worden, ob mir zu irgendeinem Zeitpunkt eine besondere Häufung der Todesmeldungen aufgefallen ist. Ich kann mich wohl erinnern, daß im Referat darüber gesprochen worden ist, daß in den Konzentrationslagern viele Häftlinge verstarben und daß in den Todesmeldungen immer wieder die

203

gleichen Todesursachen, wie z.B. Kreislaufstörungen, angegeben waren. Ich kann mich aber nicht besinnen, daß ich selbst eine besondere Häufung von Todesfällen bemerkt hätte oder daß mir davon von anderer Seite Mitteilung gemacht worden wäre.

Von der Sonderaktion gegen Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene, die - wie mir mitgeteilt worden ist - Gegenstand dieses Ermittlungsverfahrens ist, habe ich weder während meiner Tätigkeit beim Referat V A 2 noch später erfahren. Insbesondere habe ich nie gewußt - wie schon in meiner schriftlichen Äußerung ausgeführt -, daß Häftlinge zur "Vernichtung durch Arbeit" in Konzentrationslager gebracht werden sollten.
Mir sind heute verschiedene Schriftstücke vorgelegt worden, in denen die Sonderaktion erwähnt ist. Auch nach Vorhalt dieser Schriftstücke kann ich mich nicht erinnern, von dieser Sonderaktion gehört zu haben. Mir ist auch nicht aufgefallen, daß Angehörige anderer Dienststellen vorübergehend beim Referat V A 2 eingesetzt waren, um Benachrichtigungen an Kripostellen auszuschreiben. Mir ist aus dem Dok.Bd. "Zuchthaus Bremen" eine solche Benachrichtigung vorgelegt worden, die die Unterschrift "Lill" trägt. Ich erkläre dazu, daß mir ein Herr Lill völlig unbekannt ist.

Ich bin heute auch nach meiner Kenntnis über Exekutionen in Konzentrationslagern gefragt worden. Ich besinne mich, daß mir einmal ein Vorgang vorgelegt worden ist, der die Erschießung eines Häftlings betraf. Ich weiß nicht mehr, ob es sich um eine Erschießung auf Anordnung oder bei einem Fluchtversuch gehandelt hat. Ich habe diesen Vorgang auch nicht bearbeitet, da ich dafür nicht zuständig war. Ich habe ihn vielmehr sofort dem ROI K r a t z s c h in der Registratur zurückgegeben. Andere Fälle von Exekutionen sind mir nicht bekanntgeworden. Ich kann deshalb auch keine Angaben mehr darüber machen, ob das Amt V bei der Anordnung von Exekutionen mitgewirkt hat.

um 12.oo Uhr
Die Vernehmung wurde für eine halbe Stunde unterbrochen.

204

Fortsetzung der Vernehmung 12.40 Uhr:

Der Dienststelle V A 2 habe ich bis Kriegsende angehört. Ab 1943 war ich mit der Dienststelle nach Drögen/Mecklenburg in die Polizeischule Fürstenberg verlagert. Dort blieb ich bis kurz vor Kriegsende und kam dann nach Berlin zurück. Meine Dienststelle war dann noch kurze Zeit nach Moringen verlagert. Ich bin aber nicht mehr dorthin gegangen. Trotz mehrmaliger Aufforderung habe ich meine Abreise immer wieder hinausgezögert. Ich habe in Berlin noch einen Vorgang abgewickelt und die Entlassung eines Häftlings erreicht. Im übrigen habe ich mich irgendwie beschäftigt. Einer anderen Dienststelle war ich nicht mehr zugeteilt.

Wie ich schon in meiner schriftlichen Äußerung ausgeführt habe, war mein unmittelbarer Vorgesetzter der KR R i c h r a t h . Er unterstand dem Referatsleiter.
Leiter des Referats VA 2 war in der ersten Zeit der RR Dr. R i e s e . Er ist später versetzt worden und hat wohl die Leitung einer Kripostelle übernommen. Den Zeitpunkt seines Wegganges kann ich nicht mit Sicherheit angeben.

Zeitweise war auch KDir. A n d e x e r Leiter des Referats V A 2. Ich kann jetzt nicht mit Sicherheit angeben, ob er der Vorgänger oder der Nachfolger von Dr. R i e s e war.
KD Andexer ist später verstorben, und zwar schon vor der Verlagerung der Dienststelle nach Drögen. In Drögen war KD B ö h l h o f f Leiter der Ausweichdienststelle und des Referats V A 2.
Wer Leiter der Dienststelle V A 2 b war, weiß ich nicht genau. Wenn mir der Name KR O t t o genannt wird, kann ich nicht mit Sicherheit bestätigen, daß es sich um den Leiter dieser Dienststelle handelt. Nach meiner Erinnerung war er für Zigeuner zuständig. Auch über die interne Aufteilung der Dienststelle A 2 b und die organisatorische Stellung der Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens kann ich keine Angaben machen.

Ich kann ferner nicht sagen, wer Leiter der Gruppe V A war. Mir ist überhaupt nicht erinnerlich, in welche Gruppen das RKPA unterteilt war. Ich war immer der Meinung, daß der Leiter des Referats V A 2 unmittelbar dem Amtschef N e b e unterstand.

205

Vertreter des Amtschefs war der RuKR W e r n e r . Ich hatte mit ihm nicht viel zu tun. Er hat mich immer ausgeschaltet und bei Besprechungen nur die Kriminalkommissare zugezogen. Ich weiß nicht, ob er zeitweilig zu einer anderen Dienststelle abgeordnet war,, erinnere mich aber, daß eine zeitlang der RuKR Dr. S c h e f e bei uns war. Welche Tätigkeit er im einzelnen ausgeübt hat, kann ich nicht sagen. Es ist möglich, daß er Vertreter des Amtschefs war. Es kann aber nur für kurze Zeit gewesen sein. Meiner Erinnerung nach hat Dr. S c h e f e später die Kripoleitstelle Berlin übernommen. Wo Dr. S c h e f e nach dem Krieg verblieben ist, weiß ich nicht.

Mir sollen nunmehr eine Reihe von Namen früherer Angehöriger des RKPA genannt werden. Ich werde in jedem Fall angeben, was ich über die Tätigkeit oder den Verbleib dieser Personen weiß.

KS B a h r k e
wohnt im gleichen Hause wie ich. Er war in der Kartei des Referats V A 2 tätig.

Mein Mitarbeiter KS B a s c h i n war ein guter Arbeiter. Ich habe gehört, daß er nach dem Kriege am Grabe seiner Frau Selbstmord verübt hat.

KS B r ü n i n g ~~war~~
war meiner Erinnerung nach Sachbearbeiter bei KR Richrath. Er soll in einem Lager verstorben sein.

KI C l a u s i n g
war ebenfalls Sachbearbeiter, möglicherweise bei KK Langenau. Auch er soll im Lager verstorben sein.

KOS D o h s e
wurde meines Wissens noch zum Inspektor befördert. Er war Sachbearbeiter. Bei wem weiß ich nicht.

KI E i c h b e r g e r
ist mir gut erinnerlich. Er war als Sachbearbeiter mit Zigeunerangelegenheiten befaßt.

KK E r d m a n n
war in der Dienststelle V A 2 b tätig. Er war schon pensioniert und wurde dann wieder eingestellt. Er hatte wohl ähnliche Aufgaben wie ich. Über seinen Verbleib kann ich keine Auskunft geben.

206

Dr. G o r n i c k e l
ist mir namentlich bekannt. Welche Tätigkeit er ausgeübt hat, kann ich nicht mit Sicherheit sagen. Möglicherweise hat er mit KK L a n g e n a u zusammengearbeitet.

KS G r ö s c h e
hatte eine eigene Dienststelle. Ihm war ein Kriminalsekretär zugeteilt, möglicherweise KS H a n a c k . Er hat wohl planmäßige Überwachung bearbeitet.

KS G r o n o s t a y
war für mich tätig. Er war etwas unzuverlässig.

KOS H ä t s c h e r
war im Büro des Referats tätig. Er soll in der SBZ leben.

KS H a r d e g e n
war meiner Erinnerung nach ~~im Büro~~ in der Kartei tätig. Ich weiß nicht, ob er später Sachbearbeiter geworden ist.

KS Paul K r e t s c h m e r
war auch Sachbearbeiter. Ich treffe mich ab und an mit ihm, weiß aber nicht, bei wem er tätig war. Er dürfte aber bei der Dienststelle A 2 b gewesen sein.

KK L a n g e n a u
war Leiter einer Dienststelle innerhalb des Referats. Meiner Erinnerung nach bei V A 2 b.

Dr. M a l y
ist mir namentlich bekannt. Ich weiß auch, daß er im Referat tätig war, kann aber nicht sagen, was er im einzelnen bearbeitet hat und welche Stellung er im Referat hatte.

KR Dr. M e n k e
ist mir bekannt. Er hatte mehr allgemeine Aufgaben und gab wohl auch die Morgenmeldungen heraus. Meines Wissens hatte er mit dem Referat V A 2 nichts zu tun.

KS M o n t h o f e r (früher M o n t k o w s k i)
war Sachbearbeiter bei Richrath. Er soll im Lager verstorben sein.

RuKR N a u c k
kam in Drögen zu uns. Ich habe auch ein paar Rücksprachen bei ihm gehabt, kann aber nicht genau sagen, worum es sich dabei gehandelt hat und was Herr N a u c k im Referat bearbeitet hat.

207

KS P a u l
hat zunächst den Amtschef N e b e gefahren. Er kam später zu uns und hat in der Kartei gearbeitet. Er verkehrte mit dem KS B ahr k e und soll verstorben sein.

KS R o e s e
war schon älter. Er hat die Kantine mit Eßwaren versorgt.

KS S c h o t t k e
war Sachbearbeiter, wahrscheinlich bei V A 2 b, möglicherweise auch bei KK L a n g e n a u .

KK Dr. T e i c h m a n n
war Adjutant bei N e b e .

KS T i e s e l e r
war Sachbearbeiter, und zwar meines Wissens bei V A 2 a. Er soll kurz vor Kriegsende gefallen sein.

KS V ö l s k e
war Karteiführer. Über seinen Verbleib weiß ich nichts.

RuKR Dr. W ä c h t e r
hat allgemeine Anordnungen bearbeitet. Er soll am Entwurf der grundlegenden Bestimmungen für die Vorbeugungshaft beteiligt gewesen sein.

KK W i ß m a n n
war im Referat bei Dr. M e n k e tätig. Er hat dort die Morgenmeldungen bearbeitet.

KK W i s z i n s k y
war bei V A 2 b tätig. Womit er dort beschäftigt war, weiß ich nicht.

KOS Z a b e l
saß im Vorzimmer von N e b e . Wo er verblieben ist, weiß ich nicht.

KR Dr. Z a u c k e
war auch im Referat Vorbeugung tätig. Ich kann aber nicht sagen, wie lange er dem Referat angehört hat und welche Tätigkeit er ausgeübt hat.

Die übrigen Namen sind mir nur zum Teil bekannt. Ich kann aber nicht angeben, was die Genannten im Referat bearbeitet haben.

Außer den mir hier Genannten erinnere ich mich noch an ein Fräulein S y , die im Referat als Schreibkraft tätig war. Ihre genauen Personalien und ihr Verbleib sind mir aber nicht bekannt.

Weitere Angaben kann ich zu diesem Ermittlungsverfahren nicht machen.

Ende der Vernehmung 14.30 Uhr.

Selbst gelesen, genehmigt
und unterschrieben:

Geschlossen:

Sch

Karl Grahneis
Berlin 65, Schöningstraße 4

Am 29. 3. 1888 wurde ich als Sohn der ledigen Wirtschafterin Emilie Grahneis in Gensa bei Merseburg geboren. Meine Erziehung wurde von meinen Großeltern Friedrich und Wilhelmine Grahneis übernommen. Ungefähr als ich sechs Jahre alt war, verzogen wir nach Merseburg. Dort besuchte ich die Volksschule und wurde im Jahre 1902 aus der Abschlußklasse entlassen. Danach erlernte ich das Fleischerhandwerk in Merseburg. Als meine Großeltern starben, übernahm mein Onkel Richard Grahneis in Konz bei Trier meine weitere Erziehung. Da er Stationsvorsteher bei der Eisenbahn war, wollte er mir eine Stellung bei der Bahn beschaffen, was jedoch nicht möglich war, da sich herausstellte, daß ich farbenblind bin. Da mein Onkel eine sehr große Familie hatte, so daß ich dort auf die Dauer nicht bleiben konnte, meldete ich mich freiwillig zum Kürassier-Regiment Nr. 7 in Halberstadt, wo ich Anfang Oktober 1906 eingetreten bin. Nach Ablauf der dreijährigen Dienstzeit siedelte ich nach Berlin über und war hier bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges als Fleischer tätig. Am vierten Mobilmachungstage 1914 wurde ich zur sechsten Batterie des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments in Spandau eingezogen. Bei dieser Formation habe ich an den Kämpfen des ersten Weltkrieges bis Kriegsende teilgenommen.

Während des Krieges wurde ich mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet. Im Dezember 1918 wurde ich vom Militär entlassen.

Danach meldete ich mich auf Anraten eines Polizeihauptmanns zum Polizeidienst und wurde nach ärztlicher Untersuchung und schriftlicher Prüfung als Polizeiwachtmeister eingestellt und war als solcher in Berlin-Charlottenburg tätig. Nach mehreren Jahren wurde ich von der Schutzpolizei übernommen. Veranlasst durch eine Bekanntmachung der Abt. IV des Polizeipräsidenten in Berlin meldete ich mich zur Aufnahme in die Kriminalpolizei. Dies war ungefähr im Jahre 1923 oder 1924. Nachdem ich die dafür verlangte besondere Eignungsprüfung bestanden hatte, wurde ich dem Polizeiamt Spandau zugeteilt, wo ich

beruflich fortgebildet wurde und nach einem Jahr meine Fachprüfung mit Erfolg ablegte. Ich war dann kurze Zeit in Berlin im Dezernat für Metalldiebstähle tätig. Von 1925 bis 1930 war ich dem II. Kriminalbezirk des Polizeiamts Charlottenburg zugeteilt und kam danach in das Dezernat für Glücksspiele und Buchmacherunwesen, das der Abt. IV des Polizeipräsidenten in Berlin unterstand. Während meiner Zugehörigkeit zu dieser Dienststelle nahm ich an einem Kursus in der Polizeischule in Charlottenburg teil Nach Beendigung des Kurses bestand ich die Prüfung als Kriminalinspektor.

Ungefähr im Jahre 1940 wurde ich in das Büro der Kriminalpolizei im Ministerium des Inneren versetzt. Diese Dienststelle wurde nach meiner Erinnerung aufgelöst, als ich zusammen mit anderen Beamten in das neugegründete Reich-ssicherheitshauptamt übernommen wurde. Das RSHA bestand aus mehreren Ämtern. Ich wurde dem Amt V (Leiter: Nebe) zugeteilt, das sich hauptsächlich mit Berufsverbrechern beschäftigt. Ich wurde hier in der Dienststelle V A 2 eingesetzt, mein vorgesetzter Dezernent war Kriminaldirektor A n d e x e r , diesem unterstellt war Kriminalrat R i c h r a t h . Als Andexer während des Krieges starb (ich kann das Jahr nicht mehr angeben, es muß ungefähr 1944 gewesen sein) wurde sein NachfolgerKriminaldirektor (später Regierungsrat) B ö h l ho f f . Die Tätigkeit des Dezernats Andexer bezog sich ausschließlich auf männliche Berufsverbrecher und spielte sich folgendermaßen ab:

Wenn ein Berufsverbrecher zum dritten Male verurteilt war, erstattete die zuständige Kriminalpolizei-Leitstelle einen Bericht an das Dezernat Andexer unter Beifügung von Unterlagen. Diese Eingänge wurden Herrn Andexer unmittelbar vorgelegt und er entschied, ob der Betreffende in ein Konzentrationslager eingewiesen oder freigelassen werden sollte. Soweit ich weiß, hat Andexer Freilassungen, wenn überhaupt, nur selten verfügt. Andexer informierte dann die Kriminalpolizei-Leitstelle über seine Entscheidung und legte die Akte zur Wiedervorlage auf Frist (im allgemeinen sechs Monate). Wenn dann diese Zeit um war und die Akte von unserer Buchhaltung (d. h. Geschäftsstelle) herausge-

211

sucht wurde, wurde sie Kriminalrat Richrath vorgelegt, es handelte sich hierbei um ein polizeiliches Haftprüfungsverfahren. Von Richrath oder mir wurde dann formularmäßig von der Leitung des Konzentrationslagers ein Führungsbericht angefordert.Wenn dieser Führungsbericht günstig war oder günstige und ungünstige Angaben zugleich enthielt, wurde der Vorgang Andexer zwecks Entscheidung darüber vorgelegt, ob der Häftling entlassen werden könne. Die meisten Berichte waren aber so abgefaßt, daß sie nur Negatives enthielten, häufig noch mit einem Hinweis der Lagerleitung, daß eine Entlassung nicht zu empfehlen sei.In solchen Fällen wurde die Akte wiederum auf Frist gelegt, im allgemeinen für etwa drei Monate.

Soweit Entlassungsgesuche von Angehörigen eines Häftlings eingingen, habe ich gleichfalls weisungsgemäß von der Lagerleitung einen Führungsbericht eingeholt. Da diese Bericht im allgemeinen ungünstig waren, wurde dann den Antragstellern mit einer kurzen Begründung mitgeteilt, daß dem Entlassungsgesuch nicht entsprochen werden könne.

Es kam auch vor, daß die Angehörigen eines Häftlings unmittelbar bei Himmler Entlassungsgesuche einreichten. Bei Himmler saß ein Polizeimajor, der diese Gesuche bearbeitete und an uns sandte. Auch in solchen Fällen holte ich von der Lagerleitung einen Führungsbericht ein. Es mußte dann ein Kurzbericht über den Akteninhalt gefertigt werden, dieser ging dann über Andexer und Nebe (Letzterer unterschrieb ihn) zum Reichsführer-SS, wo dann (ob von Himmler oder dem Polizeimajor weiß ich nicht) entschieden wurde, ob dem Entlassungsgesuch zu entsprechen sei oder nicht. Der Vorgang ging dann auf dem gleichen Dienstwege zurück, und ich hatte dann die Aufgabe, den Angehörigen mitzuteilen, daß das Gesuch abschlägig beschieden sei, bzw. der Lagerleitung mitzuteilen, daß der Häftling auf Entscheidung des Reichsführers-SS zu entlassen sei.

Wenn ein Häftling starb, sandte die Lagerleitung eine Todesmeldung an uns, aufgrund derer unsere Buchhaltung die Akten weglegte. Solche Vorgänge wurden mir also nicht vorgelegt.

212

Daß diese KZ-Haft aufgrund einer Absprache zwischen Himmler und dem Reichsjustizministerium zwecks "Vernichtung durch Arbeit" angeordnet worden sei, wurde bei uns niemals gesagt. Es hieß immer, daß die KZ-Haft angeordnet werde, um den Häftling zu bessern.

Vorgänge, die sich mit Asozialen, mit politischen Häftlingen oder mit jüdischen Häftlingen befaßten, hatte ich niemals zu bearbeiten, da ja das Dezernat, dem ich angehörte, nur mit Berufsverbrechern zutun hatte.

1945 wurde ich von den Russen verhaftet und in ein Lager in Frohnau gebracht. Dank der Bemühungen meiner Ehefrau wurde ich nach etwa einem Monat entlassen. Ich fand dann Arbeit in dem Enttrümmerungsunternehmen des Herrn Hans G e i s t als Arbeiter. Geist war ein früherer Konzentrationslager-Häftling, dem ich aus dem Lager geholfen hatte und der mit seinen Dank dadurch erwies, indem er mir eine Arbeitsstelle anbot. Ich arbeitete dort bis 1950, mußte dann aber meine Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Dafür nahm meine Frau Arbeit auf, um uns finanziell über Wasser zu halten. Seit 1951 lebe ich mit meiner Frau von meiner Pension.

Berlin, den 6. Okt. 1966

Karl Grochmeis

213

Rainer Buchholz
Rechtsanwalt
1 Berlin 15
Kurfürstendamm 237
Telefon 883 15 82/83
Postscheck Berlin-West 714 84

Strafprozeßvollmacht

wird hiermit in der Strafsache ~~— Privatklagesache —~~

gegen Grahneis

wegen

Vollmacht zu meiner Verteidigung und Vertretung in allen Instanzen erteilt — und zwar auch für den Fall meiner Abwesenheit — mit der besonderen Ermächtigung:

1. Strafanträge zu stellen, Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen und auf solche zu verzichten sowie Zustellungen aller Art, insbesondere auch von Urteilen und Beschlüssen, entgegenzunehmen,
2. Untervertreter — auch im Sinne des § 139 StPO. — zu bestellen,
3. Gelder, Wertsachen und Urkunden in Empfang zu nehmen, soweit das Verfahren dazu Anlaß gibt,
4. Anträge auf Wiedereinsetzung, Wiederaufnahme des Verfahrens, Haftentlassung, Strafaussetzung und andere Anträge zu stellen.

Erfüllungsort für alle Ansprüche aus dem der Vollmacht zugrunde liegenden Rechtsverhältnis ist der Ort der Kanzlei des Bevollmächtigten.

Berlin, den 3. 10. 1966

Unterschrift

214

Dr. jur. Ernst Teichmann
89 Augsburg, Kilianstr. 1/I
(Eingang: Thommstr.) Ruf: 22040

-5. Okt. 1966

An den

GENERALSTAATSANWALT BEI DEM KAMMERGERICHT
- z.Hd.von Frau StA B i l s t e i n -

1 B E R L I N 21,
Turmstraße 91

Betrifft: Dort.Ermittlungsverfahren gegen Streckenbach u.a.frühere Angehörige des ehem. RSHA

Gesch.-Nr.: 1 Js 13/65 (RSHA)

Bezug: Vorladung vom 3.10.1966 für meine vorgesehene Vernehmung als Zeuge am 10.11.1966 in Augsburg (LaPo-Direktion)

Sehr verehrte Frau Staatsanwältin!

Von dem obigen Vernehmungstermin habe ich Kenntnis genommen und werde mich - falls Sie ihn nicht von sich aus absetzen - auch pünktlich einfinden.

Ich fürchte jedoch,daß das Vernehmungsergebnis gleich null sein wird und möchte Ihnen vorsorglich vergebliche Reisestrapazen und der Strafverfolgungsbehörde unnötige Kosten ersparen.Deshalb halte ich es für meine staatsbürgerliche Pflicht,Ihnen rechtzeitig folgende Ausführungen höflich vorzutragen:

1) Ich kenne Herrn Streckenbach nicht,habe ihn nie gesehen,nie gesprochen und weiß auch nichts über seine dienstlichen Befugnisse oder sein sonstiges Verhalten. Was sollte ich also über ihn aussagen können?

2) Erinnerlich ist mir lediglich in großen Zügen der Geschäftsbereich des Amtes V (RKPA) und dessen engster Führungsstab in der Zeit von etwa Mai 1942 bis Februar 1944.Von etwaigen strafbaren Handlungen meiner damaligen Kollegen am RKPA ist mir nichts bekannt.Im Gegenteil habe ich sie nur als honorige und sehr korrekte Menschen kennengelernt.Mit anderen Dienststellen des RSHA habe ich weder dienstlich,noch privat zu tun gehabt,so daß ich nichts über deren Tätigkeiten oder Verhalten deren Angehöriger auszusagen vermag.

3) Ferner teile ich höflich mit, daß ich im Zusammenhang von NSG-Sachen des ehemaligen RSHA schon w ie d e r-h o l t vernommen worden bin, darunter erst vor einigen Monaten von einem Staatsanwalt beim dortigen Kammergericht, dessen Namen mir allerdings entfallen ist. Bei dieser Gelegenheit hat sich einwandfrei herausgestellt, daß ich mangels Zuständigkeit, bezw. Abwesenheit in den kritischen Zeitspannen tatsächlich nichts von irgendwelchen illegalen Vorkommnissen wissen kann. Sie werden daher verstehen, daß ich weiteren Vorladungen zwar pflichtgetreu, aber doch sehr skeptisch entgegensehe und mir schon überlegt habe, ob ich nicht weitere staatsanwaltliche oder polizeiliche Vernehmungen ablehnen und mich nur mehr eventuellen richterlichen Vernehmungen zur Verfügung stellen soll.

Wenn Sie, sehr verehrte Frau Staatsanwältin Bilstein, es nach den vorliegenden Ausführungen immer noch für notwendig halten, mich am 10. November 1966 zu vernehmen, dann werde ich diesmal noch kommen, bitte Sie jedoch, den Herrn Generalstaatsanwalt beim Kammergericht zu unterrichten, daß es das letztemal ist und ich künftigen Vorladungen keine Folge mehr leisten werde.

Sollte der Termin vom 10. November 1966 abgesetzt werden, wäre ich für eine baldige Benachrichtigung aufrichtig dankbar.

Mit vorzüglichster Hochachtung,

I h r

sehr ergebener

Teichmann

(Dr. Teichmann)
Kriminalamtmann a.D.

216

Dr. Robert M. W. Kempner ~~und R. I. Levin~~
Rechtsanwälte

6 FRANKFURT AM MAIN
Feuerbachstraße 16 · Telefon 722045

5.10.1966
I sti

An die
Generalstaatsanwaltschaft
Berlin
Politische Abteilung

Turmstrasse
1 Berlin-Moabit.

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt !

Darf ich darauf aufmerksam machen, dass der nationalsozialistische Reichjustizminister Thierack und mehrere hohe Beamte und Referenten seines Ministeriums u.a. der in Nürnberg bestrafte Staatssekretär Dr. Rothenberger daran mitgewirkt haben, dass tausende von Personen dadurch ermordet wurden, dass man sie, wohl wissend was das bedeutete, von der Justiz zur Polizei überstellte.

Ich glaube, dass es notwendig sein wird, diese grossen Verbrecher zu belangen. Es erscheint mir dies wichtiger, als die an sich auch notwenigen Prozesse gegen die kleineren Übeltäter in unteren Chargen.

Näheres ergibt sich aus dem Dokument 654 PS im IMT-Prozess. An dem Verfahren haben mehrere Referenten mitgewirkt. Von polizeilicher Seite waren SS-Gruppenführer Streckenbach und SS-Obersturmbannführer Bender beteiligt, gegen die ebenfalls vorgegangen werden sollte.

Material über diese Vorgänge befindet sich auch in den Protokollen und Dokumenten des Nürnberger Juristenprozesses. Der Geschäftsstellenplan des Reichsjustziministeriums zeigt die Beteiligten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

P.S.
Für Angabe Ihres Aktenzeichens wäre ich dankbar.

Robert M.W.Kempner

2 Anlagen.

217

Das fragliche Dokument ist

654 PS
U 1 b

eine Notiz, unterzeichnet Th. (fr.Justizminister)

Auszugsweise ist es wie folgt:

Diskussion zwischen dem Reichsführer SS Himmler am 18.9.1942 in seinem Feldhauptquartier in Gegenwart von Staatssekretär Dr.Rothenb rger, SS-Gruppenführer Streckenbach und SS-Obersturmbannführer Bender.

1. Konzentration bei Sonderbehandlung aus den Händen der Polizei in solchenFällen, wo Rechtsurteile nicht streng genug sind.

Auf Vorschlag des Reichsleiters Bormann wird folgende Vereinbarung zwischen dem Reichsführer SS und mir selbst getroffen (Th.)

a) Prinzipiell soll die Zeit des Führers nicht mehr länger mit diesen Dingen belastet werden.

b) Der Reichsminister der Justiz soll entscheiden, ob und wann die Sonderbehandlung von der Polizei durchgeführt werden soll.

c) Der Reichsführer SS wird Berichte, welche erbisher an den Reichsleiter Bormann sandte, an den Reichsminister der Justiz senden.

In diesem sehr langen Dokument werden dann noch weitere Schritte angeführt, wo der Reichsminister der Justiz über die Überstellung von Juden, Zigeunern, Russen, Ukrainern etc. aus der Justizverwaltung zur Sonderbehandlung an die Polizei ergriffen werden. (oder ähnlich, könnte ich nicht gut verstehen.)

218

Datum des Poststempels

Absender nicht bekannt, Eingang: heutiges Datum

(4.10.1966)

Herrn

Rechtsanwalt
Dr.Robert Kempner

persönlich
6 Frankfurt a.M.

Sehr verehrter Herr Doktor !

Wie ich aus der Presse erfuhr,sind Sie darüber befremdet,dass zwar SS-Leute,Soldaten,Ärzte usw.wegen Naziverbrechen bestraft werden,dagegen keine Justizjuristen wegen grausamer Todesurteile.Nun,diese werden sich eben auf die Paragraphen berufen. So ist es nicht einfach ,zu sagen,ob sie dadurch nur getarnt wurden oder nicht.das Tarnen war ja damals groß geschrieben.Aber ein mal haben nach meiner Ansicht Nazijuristen die Katze aus dem Sack gelassen, als sie unter Führung des Reichsjustizministers Thierack am 18.9.42 mit Himmler offen Mordverbrechen vereinbarten.Lesen Sie doch bitte das Dokument 654-PS in den Akten des Intern.Mil.-Tribunals Bd.XXVI, 2ooff.Hiernach sollen Juden usw.durch Arbeit vernichtet,also getötet werden.Dass sie auch getötet wurden,liegt auf der Hand.In diesem Fall können nicht nur SS-Leute,sondern auch die Mitarbeiter des freiwillig aus dem Leben geschiedenen Thierack zur Verantwortung gezogen werden. Nach dem Buch "Der SS-Staat" waren in den KZs auch Sicherungsverwahrte und Zuchthäusler und kamen dort um.Wären sie in den Zuchthäusern geblieben ,wärem sie nicht gestorben.Da die Justizjuristen sie auslieferten,sind sie für deren Tod verantwortlich.Dies gilt aber auch für die Tötung der Juden usw.in den KZs,weil die Justizjuristen der SS ihnen gegenüber freie Hand gelassen hat.Es spielt also keine Rolle, ob die Juden,Zigeuner usw.vorher von der Justiz verwahrt wurden oder nicht.Man sollte meinen,dass bei dieser einfachen Sache die Verantwortlichen bestraft werden.Dies geschah aber ,soweit ich im Bilde bin, nie bisjetzt.Natürlich sitzen bei der allgemeinen Renazifizierung

Sofort! Noch heute!

1 Js 13/65 (RSHA)

219

V.

1) zu schreiben (1 Leseschr.):

Herrn
Dr. Ernst Teichmann
89 Augsburg
Kilianstr.1

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
und andere frühere Angehörige des ehem. RSHA

Bezug: Ihr Schreiben vom 5.Oktober 1966

Sehr geehrter Herr Dr. Teichmann !

Die für den 10.November 1966 vorgesehene Zeugenvernehmung soll sich in erster Linie auf Fragen der organisatorischen Gliederung des Amtes V (RKPA) und der personellen Besetzung der Gruppe V A in der Zeit von 1942 bis 1944 beziehen. Da ich aus dem mir vorliegenden Vernehmungsprotokoll vom 6.Februar 1966 und aus Ihrem Schreiben vom 5.Oktober 1966 entnehmen muss, dass Sie mir zu diesen Fragen Auskunft geben können, kann ich leider nicht auf Ihre nochmalige Vernehmung verzichten. Ich bitte Sie deshalb, sich zu dem in meinem Schreiben vom 3.Oktober 1966 genannten Zeitpunkt bei der Landpolizeidirektion Augsburg einzufinden.

Hochachtungsvoll

2) zu schreiben (1 Leseschr.):

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Robert M.W. Kempner
6 Frankfurt (Main)
Feuerbachstr.16

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
und andere frühere Angehörige des ehemaligen RSHA

Bezug: Ihr Schreiben vom 5.Oktober 1966

Sehr geehrter Herr Dr. Kempner !

Ihr Schreiben an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin-Politische Abteilung - ist mir zugeleitet worden. Ich darf Ihnen dazu folgendes mitteilen:

Wegen der im Dokument 654 PS niedergelegten Vereinbarung zwischen Himmler und dem damaligen Reichsjustizminister Dr. Thierack ~~und~~ sowie der darauf erfolgten Überstellung von Justizhäftlingen an die Polizei sind schon 1946/47 beim OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES in Nürnberg Ermittlungen gegen die der Mitwirkung verdächtigen früheren Angehörigen des Reichsjustizministeriums geführt worden. Der Ermittlungsvorgang ist dann 1948 an die deutschen Justizbehörden abgegeben und von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden fortgeführt worden. Die zwei Hauptbeschuldigten sind im Laufe des Ermittlungsverfahrens verstorben. Vier weitere frühere Angehörige des Reichsjustizministeriums hat das Schwurgericht bei dem Landgericht Wiesbaden durch Urteil vom 24.März 1952 - 2 Ks 2/51 - vom Vorwurf der Beihilfe zum vollendeten und versuchtenMord u.a. aus subjektiven Gründen freigesprochen.

Gegen Streckenbach , der damals als tot galt, und die übrigen an der Durchführung der Abgabeaktion beteiligten früheren Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes ist seinerzeit offenbar nicht ermittelt worden. Gegen sie richtet sich mein Ermittlungsverfahren 1 Js 13/65 (RSHA).

Gegen den früheren SS-Obersturmbannführer Bender war das Ermittlungsverfahren 19 Js 2178/59 der Staatsanwaltschaft Stuttgart anhängig. Es ist mit Verfügung vom 27.Juni 1961 eingestellt worden.

Ich habe Ihr Schreiben vom 5.Oktober 1966 zu meinen Akten 1 Js 13/65 (RSHA) genommen und davon abgesehen ein neues Ermittlungsverfahren einzuleiten.

In der Zeit vom 10. - 14.Oktober 1966 werde ich in Frankfurt/Main und Wiesbaden in dieser Sache Vernehmungen durchführen. Auf Wunsch stehe ich Ihnen gern zu einer Rücksprache zur Verfügung. Am 10. und 12.Oktober bin ich bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt und am 13. und 14. Oktober bei der Staatsanwaltschaft Wiesbaden zu erreichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

3) Schreiben zu 1) und 2) mir zur Unterschrift

4) z.d.A.

Berlin, d. 7.10.1966

Gi.

gef. 7.10.66 Sch
zu 1) Schrb. 2x
2) Schrb. 2x } ub 7/10.66 Z

Abschrift

7. Oktober 1966

220

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Robert M.W. Kempner

6 F r a n k f u r t (Main)
Feuerbachstraße 16

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h und andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)

Bezug: Ihr Schreiben vom 5. Oktober 1966

Sehr geehrter Herr Dr. Kempner!

Ihr Schreiben an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin - Politische Abteilung - ist mir zugeleitet worden. Ich darf Ihnen dazu folgendes mitteilen:

Wegen der im Dokument 654 PS niedergelegten Vereinbarung zwischen Himmler und dem damaligen Reichsjustizminister Dr. Thierack sowie der darauf erfolgten Überstellung von Justizhäftlingen an die Polizei sind schon 1946/47 beim OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES in Nürnberg Ermittlungen gegen die der Mitwirkung verdächtigen früheren Angehörigen des Reichsjustizministeriums geführt worden. Der Ermittlungsvorgang ist dann 1948 an die deutschen Justizbehörden abgegeben und von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden fortgeführt worden. Die zwei Hauptbeschuldigten sind im Laufe des Ermittlungsverfahrens verstorben. Vier weitere frühere Angehörige des Reichsjustizministeriums hat das Schwurgericht bei dem Landgericht Wiesbaden durch Urteil vom 24. März 1952 - 2 Ks 2/51 - vom Vorwurf der Beihilfe zum vollendeten und versuchten Mord u.a. aus subjektiven Gründen freigesprochen.

221

Gegen Streckenbach, der damals als tot galt, und die übrigen an der Durchführung der Abgabeaktion beteiligten früheren Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes ist seinerzeit offenbar nicht ermittelt worden. Gegen sie richtet sich mein Ermittlungsverfahren 1 Js 13/65 (RSHA).

Gegen den früheren SS-Obersturmbannführer Bender war das Ermittlungsverfahren 19 Js 2178/59 der Staatsanwaltschaft Stuttgart anhängig. Es ist mit Verfügung vom 27. Juni 1961 eingestellt worden.

Ich habe Ihr Schreiben vom 5. Oktober 1966 zu meinen Akten 1 Js 13/65 (RSHA) genommen und davon abgesehen, ein neues Ermittlungsverfahren einzuleiten.

In der Zeit vom 10. bis 14. Oktober 1966 werde ich in Frankfurt/Main und Wiesbaden in dieser Sache Vernehmungen durchführen. Auf Wunsch stehe ich Ihnen gern zu einer Rücksprache zur Verfügung. Am 10. und 12. Oktober bin ich bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt und am 13. und 14. Oktober bei der Staatsanwaltschaft Wiesbaden zu erreichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

Abschrift

[illegible]ber 1966

222

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Ernst Teichmann

89 Augsburg
Kilianstraße 1

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h und andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)

Bezug: Ihr Schreiben vom 5. Oktober 1966

Sehr geehrter Herr Dr. Teichmann!

Die für den 10. November 1966 vorgesehene Zeugenvernehmung soll sich in erster Linie auf Fragen der organisatorischen Gliederung des Amtes V (RKPA) und der personellen Besetzung der Gruppe V A in der Zeit von 1942 bis 1944 beziehen. Da ich aus dem mir vorliegenden Vernehmungsprotokoll vom 6. Februar 1966 und aus Ihrem Schreiben vom 5. Oktober 1966 entnehmen muß, daß Sie mir zu diesen Fragen Auskunft geben können, kann ich leider nicht auf Ihre nochmalige Vernehmung verzichten. Ich bitte Sie deshalb, sich zu dem in meinem Schreiben vom 3. Oktober 1966 genannten Zeitpunkt bei der Landpolizeidirektion Augsburg einzufinden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

223

1 Js 13 / 65 (RSHA) - (~~Stapoleit. Bln.~~)

Vfg.

1) Zu schreiben (Formular benutzen): - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28

a) Gronostay
b) Bonse
c) Lotze
d) Grahneis
e) .....
f) .....
g) .....

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp. gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. 415 AR 1310/63

Anlage(n): 4 Vernehmungsniederschrift (en)

Als Anlage (n) übersende ich 4 Vernehmungsniederschrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen Verbleib.

2) Z.d.A.

Berlin, den 7.10.66

[signature]

zu 1/ [illegible] + 4 Vern.
10/10.66

224

-59

Der Polizeipräsident in Berlin
- Abteilung I -
27. SEP. 1966
Anlagen:
Briefmarken: K1 3/1

27.9. 11. 17. 9.

+ dringend hv an abt. roem eins.=

-- funkfernschreiben --

+ ssd bytlls nr. 572 2709 0020 =

br
1. polizeipraesidium b e r l i n

bw
2. nachrichtlich kripo s t u t t g a r t

betreff: ermittlungsverfahren gegen bruno s t r e c k e n b a c h
u.a. wegen verdachts des mordes

zu fs -ssd- nr. 3508 vom 26.9.66 pp berlin roem eins - a ki 3 - 523/66 dr. friedrich r i e s e , geb. 13.7.1895, steht am 2.11.16 an seinem 2. wohnsitz in stuttgart, brahmsweg 29, bei lau, zur vernehmung zur verfuegung. er ist dort unter der telefonnummer 630817 erreichbar.=

bayerische landpolizei, landpolizeistation treuchtlingen,
i.a. gez.: ruebach+
berichtige: steht am --2.11.1966 -- usw +
+ rrr abt. roem eins 27.9. treuchtlingen nr 572 fs 0134 brandenburg +

97

225

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Nachrichtentechnisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfernschreiben	Fernspruch
Absender: I A - KI 3	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: am: - 4. OKT. 1966 um: 1127 durch: Sm	von: am: um: durch:	an: HV am: - 4. OKT. 1966 um: / durch: Sm

Spruchkopf: verschlüsselt

An

Kripo Stuttgart

nachrichtl.:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg
- I 7 (NSG) -
z.H.v. Herrn KHK OPFERKUCH -o.V.i.A.-

Betr.: Ermittlungsverfahren des GeStA b.d. KG Berlin gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes - Az.: 1 Js 13/65 (RSHA)

Bezug: hiesiges FS Nr. 32 vom 1.9.66

Die Vernehmung des Dr. Rudolf B i l f i n g e r, 20.5.03 Eschenbach geb., Stuttgart, Reinsburger Str. 51 b whft., kann wegen Terminschwierigkeiten nicht zu dem angegebenen Zeitpunkt erfolgen.
Neuer Vernehmungstermin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Der Polizeipräsident in Berlin
I A - KI 3 - 523/66

Sb.: Weiß
int.: 3015

Im Auftrage
Schumacher, KK

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Nachrichtentechnisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfernschreiben	Fernspruch
Absender: I - A - KI 3	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen:	von:	an: HV
am: 26. SEP. 1966 um: 1522	am: um:	am: 26. SEP. 1966 um: -
durch: Fm	durch:	durch: Fm

Spruchkopf: SSD (verschlüsselt)

An

Landespolizeistation
Treuchtlingen

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno S t r e c k e n - b a c h u.a. wegen Verdachts des Mordes.

Bezug: dortiges FS Nr. 288 v. 15.9.66 ;
hiesiges FS Nr. 32 v. 1.9.66

Bitte feststellen, ob Dr. Friedrich R i e s e 13.7.1895 geb
*) Pappenheim, Lkrs. Weißenburg, Bahnhofsstr. 29 whft., am 11.11.1966 dort zur Vernehmung zur Verfügung steht oder an seinem 2. Wohnsitz in Stuttgart.
Ich bitte weiterhin festzustellen, ob Dr. R. , wenn nicht am 11.11.66 beim AG Weißenburg, so doch am 2.11.66 oder 3.11.66 in Stuttgart zur Verfügung steht.
Bitte um sofortige Rückantwort.

Der Polizeipräsident in Berlin
I - A - KI 3 - 523/66

Sb.: Weiß
int.: 3015

Im Auftrage
(Paul) KK

*) Pappenheim

Din A 4 Bk 100
Vordruck
Nr. 1 NTA
900 1. 64
VIII/138

m

227

+ hv an abt. roem eins =

-- funkfernschreiben --

+ byaupd nr 2107 3009 0845 =
br

an herrn pol.- praesident berlin
roem. eins a/ ki. 3- 523/66=

betr.: ermittlungsverfahren gegen bruno streckenbach
u.a. wg. morces- gsta. bei dem kammergericht berlin
1 js 13/65 (rsha)

hier: vorladung des zeugen dr. ernst reichmann zur vernehmung
am 10.11.1966 um 0900 uhr.-

dr. reichmann wurde von der beabsichtigten vernehmung in kenntnis gesetzt. er glaubt, dasz die vernehmung nicht notwendig ist, weil er bruno streckenbach nicht kennt. der name liegt ihm nur im ohr und weil er ueber dessen dienstliche taetigkeit nichts aussagen kann. der zeuge reichmann stellt sich jedoch zur vernehmung am 10.11.1966 zur verfuegung, falls dies trotzdem erforderlich sein sollte.=

pol.- dir.- augsburg kripo ki roem. eins/1/ 84/66 ba/
i.a.gez. baur +

+ rrr abt roem eins 30.9. augsburg 2107 kunert +